Diesel-Rabatz, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 33 – 18. August 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Große Gesten überdecken zweitrangige Themen: CDU-Chefin Merkel im Wahlkampf

Bild: Imago

Die große Ablenkung

Wahlkampf bizarr: Merkel und Schulz klammern heikle Punkte gemeinsam aus

Der Wahlkampf 2017 zündet nicht. Warum? Weil die Deutschen so zufrieden sind? Das stimmt nur auf den ersten Blick.

Kanzlerin Merkel und ihr SPD-Herausforderer Schulz haben die „heiße Phase“ des Wahlkampfs eingeläutet. So wird berichtet. Das wurde auch Zeit: Nur gut fünf Wochen trennen uns noch vom entscheidenden Termin.

Zu anderen Zeiten brannte so kurz vor dem wichtigsten deutschen Urnengang förmlich die Luft. Bis in die Betriebe und Familien hinein lieferten sich die Anhänger des Kanzlers und seines Konkurrenten leidenschaftliche Wortgefechte.

Nicht so 2017. Eine merkwürdige Stille liegt über diesem Wahlkampf. Kandidat Schulz will eine Kampagne entflammen, aber sie zündet nicht. Amtsinhaberin Merkel setzt dagegen auf ihre alte Strategie des Einschläferns, die sie schon zweimal zur Wiederwahl führte. Sie profitiert von dem, was Schulz zu schaffen macht: die oberflächliche Zufriedenheit der Bundesbürger mit ihrer derzeitigen Lage, die von allen Umfragen bestätigt wird.

Hinter der vordergründigen Zufriedenheit mit der Gegenwart verbirgt sich indes eine tiefe Verunsicherung, was die Zukunft angeht. Laut Studien der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung und anderer Institute sorgen sich die Deutschen insbesondere vor einem allgemeinen Kontrollverlust, der unter anderem aus der Schwächung des Nationalstaats und seiner Institutionen hervorgehe.

> Studien zeigen tiefe Verunsicherung der Deutschen

Hier dürfte die Ursache für die Erfolglosigkeit der SPD-Kampagne zu suchen sein: Während Schulz „mehr Gerechtigkeit“ und zusätzliche Sozialgeschenke verspricht, sehen die Deutschen die Grundlagen ins Rutschen geraten, auf denen das alles fußen soll. Das lässt solche Versprechen fadenscheinig wirken. Doch über diese Sorge will Schulz ebenso wenig reden wie Merkel.

Warum nicht? Weil derlei Befürchtungen geradewegs zurückgehen auf die Aufgabe von Grenzkontrollen und die daraus resultierende Gefährdung der inneren Sicherheit. Hier aber haben alle heute im Bundestag vertretenen Fraktionen historisch versagt. Daher sind sie vereint bemüht, die Wurzeln der deutschen Verunsicherung nicht anzusprechen – es könnte ihren Parteien nur Schaden zufügen.

Neben der Asylkrise und ihren unkalkulierbaren Langzeitfolgen lauert zudem die ungelöste Euro- und Schuldenkrise im Hintergrund weiter. Auch sie verunsichert Menschen, die sich um die Stabilität ihrer Daseinsvorsorge und die Zukunft ihrer Nachkommen Gedanken machen.

So bleibt der Wahlkampf lau und bizarr zugleich, zumal große Medien das Ihre tun, um Ersatzthemen wie „Dieselkrise“ oder „Gift-Eier“ in den Mittelpunkt zu rücken, damit Zuwanderung, Kontrollverlust oder Euro dahinter verborgen bleiben mögen. Die Wähler, so scheint es jedenfalls, lassen sich davon noch einmal ausmanövrieren. Die Wirklichkeit gewiss nicht. Sie meldet sich dann eben nach der Wahl. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Keine Gefahr

Es ist schon absurd, wie US-Präsident Donald Trump und sein Widersacher Kim Jong-un sich mit plakativer Kriegs-Rhetorik gegenseitig zu übertreffen versuchen. Dass dieser Krieg der Worte zu einem richtigen Krieg eskaliert, ist eher unwahrscheinlich. Im Falle Trumps stehen seine Berater zwischen ihm und dem Roten Knopf, allen voran sein Verteidigungsminister, der besonnene James N. Mattis. Was allerdings die Folge eines nordkoreanischen Angriffs auf die USA wäre, daran lässt dieser keinen Zweifel: Die Vernichtung Nordkoreas und der Untergang seines Volkes. Es spricht einiges dafür, dass Kim über die Komponenten für Atomraketen verfügt, die US-Territorium erreichen könnten. Das heißt aber noch nicht, dass er einsatzbereite Waffensysteme hat. Im Gegensatz zu Trump könnte er als absoluter Alleinherrscher damit allerdings tun und lassen, was er will.

Mag Kim auch nicht so aussehen, so ist er doch alles andere als unintelligent oder gar irre. Er hat einst inkognito eine internationale Schule in der Schweiz besucht, weiß also, wie der Westen tickt. Weil er gut Englisch, Französisch und Deutsch spricht, kann er die Berichterstattung in den ausländischen Medien selbst verfolgen und ist nicht auf naturgemäß gefilterte Informationen seiner Umgebung angewiesen. Kim kennt also das Risiko eines Angriffs. Dass er sich trotzdem zu gefährlichen Drohgebärden versteigt, hat neben innenpolitischen Gründen auch mit seiner Eitelkeit zu tun. Außer China hat Nordkorea keine Freunde. Wenn die Welt ihn schon nicht schätzt, dann soll sie ihn wenigstens fürchten. Es liegt an der Welt, sein Spiel nicht mitzuspielen. Kim wird sich hüten, aus Verärgerung darüber leichtfertig einen selbstmörderischen Schritt zu tun.

Geld für »Wolfskinder«

Betroffene können jetzt Antrag auf Entschädigung stellen

Gute Nachricht für die „Wolfskinder“, jene Ostpreußen, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges als elternlos gewordene Kinder vor allem in Litauen Aufnahme fanden. Wie der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) jetzt mitteilte, sollen die „Wolfskinder“ auf Empfehlung des im Bundesinnenministerium angesiedelten Beirates zur Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter endlich eine Entschädigung erhalten.

Die heute hochbetagten Betroffenen ringen seit Jahrzehnten um ideelle und politische Anerkennung ihres schweren Schicksals. Als deutsche Kinder sind sie bisher durch alle Raster der Entschädigungsgesetze gefallen. Die GfbV setzt sich seit Jahren für eine Entschädigung der Betroffenen ein und appelliert an die Verwaltungsbehörden, ihren Prüfungsspielraum großzügig auszuschöpfen.

> Voraussetzung ist Zwangsarbeit

Dazu hatte sie dem Beirat eine wissenschaftliche Stellungnahme des Historikers Christopher Spatz vorgelegt, in welcher der Nachweis geführt wird, dass viele „Wolfskinder“ von der Besatzungsmacht und später auch von den Familien, die sie aufgenommen hatten, zur Arbeit gezwungen wurden. Im April hatte die GfbV zudem einen unter anderem von zahlreichen Prominenten unterzeichneten Appell an die Bundesregierung gerichtet, den Betroffenen wenigstens eine symbolische Wiedergutmachung zu gewähren.

Nach Angaben der GfbV leben in Litauen noch rund 55 „Wolfskinder“, in Deutschland noch einige hundert. Diese können noch bis Ende des Jahres beim Bundesverwaltungsamt in Köln einen Antrag auf Entschädigung stellen. Darin müssen sie nachweisen, dass sie Zwangsarbeit leisten mussten. *J.H.*

Als Schlepper enttarnt

NGO-Schiffe schalten Transponder ab, um nicht geortet zu werden

Nachdem die im Mittelmeer aktiven Nichtregierungsorganisationen (NGO) sich geweigert haben, den von der italienischen Regierung in Absprache mit der EU vorgelegten Verhaltenskodex zu unterzeichnen, erhärtet sich der Verdacht, dass diese Organisationen sich selbst als Schlepper betätigen beziehungsweise mit kriminellen Schleuserbanden zusammenarbeiten. Einen weiteren Hinweis darauf bietet das für jedermann kostenlos zugängliche Internetportal marinetraffic.com. Auf diesem Portal können alle Schiffe identifiziert und auch verfolgt werden, sofern sie eine bestimmte Größe haben. Es fällt auf, dass Schiffe der NGO, die vor der libyschen Küste operieren, immer wieder vorübergehend ihre Transponder abschalten, um nicht geortet werden zu können.

> Nachprüfbar auf marinetraffic.com

Dieses Verhalten lässt sich nur damit erklären, dass sie während dieser Zeit in libysche Hoheitsgewässer eindringen, um dort Menschen aufzunehmen, die sie anschließend als angebliche Flüchtlinge, die sie aus Seenot gerettet hätten, nach Italien bringen. Würden sie bei ihrem Treiben an der libyschen Küste geortet werden, wären sie der Schlepperei überführt.

MarineTraffic.com bedient sich der Daten automatischer Identifikationssysteme, die per Funk Navigations- und Schiffsdaten austauschen. Nach dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See muss auf praktisch jedem „Berufsschiff“ ein solches System installiert sein. Klickt man auf der MarineTraffic-Seite auf ein Schiff, erhält man Informationen über die Landesflagge, den Schiffstyp, den Status, die aktuelle Geschwindigkeit, den Kurs, die Länge und Breite, den Tiefgang und den Zielhafen. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Mehr Skepsis gegenüber EU

Erfurt – Insgesamt 53 Prozent der Deutschen lehnen die angeblich alternativlose Euro-Rettungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel ab. Das geht aus einer Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA hervor. Demnach befürworten 21 Prozent ein allgemeines Ende der Hilfsprogramme und geregelte Staatsinsolvenzen in der Euro-Zone. Weitere 19 Prozent sind der Meinung, dass die Euro-Zone einen Ausschluss- und Austrittsmechanismus benötigt. Zudem wollen 13 Prozent zu den nationalen Währungen zurückkehren. Auch die Ablehnung der EU insgesamt wächst. So wollen 42 Prozent der Befragten allgemein „weniger „Europa". 21 Prozent wollen, dass die EU Kompetenzen zurückgibt, und sechs Prozent sind sogar für die Auflösung der EU. *J.H.*

Neue Achse Türkei – China

Ankara – Die Türkei und China haben einen „Sicherheitspakt" geschlossen. Da die türkische Führung ein elementares Interesse daran hat, Teil der von China ausgehenden Initiative „Neue Seidenstraße" zu werden, beendete Ankara seine in Zusammenhang mit der Uiguren-Frage stehende antichinesische Haltung. Bei seinem jüngsten Besuch in Peking erklärte der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu, dass man die Sicherheit Chinas als seine eigene betrachte. Insbesondere die islamistische Ostturkestanische Islamische Bewegung werde von der Türkei von nun an als Terrororganisation behandelt. Von China, den meisten Staaten Innerasiens, Russland und selbst den sie stützenden USA war die panturanistisch-islamistische Gruppierung schon geraume Zeit verboten worden, konnte aber durch die örtlichen Behörden unbehelligt von der Türkei aus operieren. Ein weiterer Grund für die Annäherung der Türkei an China ist der, dass sich Washington insbesondere nach dem Putschversuch in der Türkei massiv gegen seinen alten Vasallen gestellt und gegen diesen mit Hilfe der Gülen-Bewegung, die ihre Zentren in den USA und zunehmend auch in Deutschland hat, operiert. Auch in Syrien scheint das US-amerikanisch-türkische Bündnis inzwischen weitgehend erloschen zu sein, wobei Ankara nun seinen ausdrücklichen Dank für dessen „maßgeblichen Beitrag zur Beendigung des Krieges" an Peking richtete. China bereitete bereits unmittelbar nach dem G20-Gipfel den Wiederaufbau Syriens in einer sino-syrischen Konferenz in Peking vor und wird daher in Zukunft wohl eine zentrale Rolle im östlichen Mittelmeerraum spielen, mit der sich die Türkei arrangieren muss. Im Ausgleich für ihre Abkehr von früheren Verbündeten und ein weiteres Zugehen auf Peking möchte die Türkei die Förderung eines sogenannten Mittleren Korridors der Neuen Seidenstraße durch China erreichen. Dieser Korridor soll sich durch die Türkei und von dort aus entlang des Kaspischen Meeres über Zentralasien nach China erstrecken. Hierbei hat Ankara vor allem die im Bau befindliche, aber unter anderem an finanziellen Engpässen leidende innertürkische Hochgeschwindigkeitseisenbahnstrecke von Edirne in der europäischen Türkei bis nach Kars im Osten des Landes im Auge, für welche die Regierung chinesische Unterstützung sucht. *T.W.W.*

Lukratives Trugbild

Der »Klimawandel« ist nichts als ein Konstrukt, mit dem sich gutes Geld verdienen lässt

Das Wetter der letzten Monate war sehr günstig für die „Klima-Katastrophen-Jünger". Jeder Blitz durchzuckte uns und weckte Schuldgefühle. „Klimaexperten" dominieren den „Zeitgeist", haben die mediale Deutungshoheit. Dabei führen sie uns nur an der Nase herum.

Als der Mensch die irdische Bühne betrat, war die Erde belebt und überall gab es Wetter, sehr unterschiedliches Wetter. Der Mensch war gezwungen, sich dem Wetter zu fügen und anzu passen, wollte er überleben. Ändern konnte er es nicht. An der Ohnmacht des Menschen vor dem Wetter hat sich nichts geändert, an dessen Unbeständigkeit, Launenhaftigkeit, wie Unberechenbarkeit. Das Wetter schläft nie und bietet jeden Morgen neuen Gesprächsstoff. Man kann sich über das Wetter aufregen, es beschimpfen oder verdammen. Es reagiert nicht, nimmt keine Wünsche an. Kein Mensch ist „schuld" am Wetter. Er muss es überall auf der Erde nehmen, wie es kommt, muss sich mit ihm arrangieren. Seine Bekleidung, seine Behausung, der Feldanbau, der Ernteertrag, alles richtet sich nach dem Wetter. Es ist politisch neutral, so dass verfeindete Politiker sich beim Gespräch über das Wetter näherzukommen versuchen.

Gespräche über das Wetter entwickeln sich aber mehr und mehr zum Politikum. Es ging los im Mittelalter, als man begann, Menschen für das Wetter verantwortlich machen zu wollen. Viele Frauen mussten diesen Irrglauben als Hexen auf dem Scheiterhaufen mit ihrem Leben bezahlen. Geholfen hat es nichts, aber der Mensch ist immer auf der Suche nach Schuldigen. „Wissenschaftler" verkündeten, dass das „Klima" das Wetter steuere, das „Klima" aber wieder durch den Menschen gesteuert werde, ob seines unnatürlichen und luxuriösen Lebensstils. Die „Industrienationen" würden die Natur ausbeuten, fossile Rohstoffe verbrennen, mit „Treibhausgasen" die Luft verpesten, eine „Klimakatastrophe" auslösen. Glaubte man dieser These, wären wir kollektiv schuld am Wetter.

Der Chef des Berliner-Mercator-Instituts für Klimafolgenforschung, Ottmar Edenhofer, sagte: „Aufgehalten werden kann der Klimawandel nicht mehr. Aber er kann noch gebremst werden." Ein möglicher Weg aus der Sackgasse sei die CO2-Bespreisung. Hat dieser Experte sich einmal gefragt, ob das Wetter bestechlich ist und wie viel es kosten würde, ein „Gewittertief mit Unwetterpotenzial" aufzulösen oder zu verhindern, dass feuchtwarme Luft aus Südwest mit nasskalter Luft aus Nordwest über Deutschland „zusammenstößt"?



Das Wetter macht nun einmal, was es will: Wenn es gewittert, gewittert es, wie hier in Berlin

Foto: Imago

Peter Hoffmann vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sagte: „Ganz 'normale' Bilderbuchsommer, trocken und mit Temperaturen um die 25 bis 30°C über Wochen, werden immer seltener. Normal werden zunehmend längere Trockenperioden und Hitzephasen, gefolgt von Stark- und Dauerregen." Diese immer wieder unterstellte „Normalität" gibt es beim Wetter nicht. Berechnet man an einem Ort über 100 Jahre die Jahresmitteltemperatur und bildet daraus ein „Jahrhundertmittel", so kann man davon ausgehen, dass dieser keinem einzigen Mittel der 100 Jahre entspricht. Wenn schon ein „normaler" Bilderbuchsommer nicht „normal" ist, dann kann er noch weniger als „Norm" angesehen werden, die sich einstellen wird, wenn wir „Autofasten", uns nur „vegetarisch ernähren, nur zu Fuß gehen.

Der „Klimaexperte" Mojib Latif sieht die Zunahme der „Gefahr extremer Wetterlagen" im „Klimawandel", obgleich er genau die Definition von „Klima" kennt. Um zu einem „Klimawert" zu kommen, muss man 30 Jahre an einem Ort Wetterdaten erheben und sie dann statistisch zu einem „Klimawert" verdichten. „Klima" ergibt sich aus dem Wettergeschehen. Der Wetterwandel bedingt den Klimawandel! Es ist unwahr zu sagen, der „Klimawandel" verursache den Wandel des Wetters, eine Zunahme der Wetterextreme.

Die Floskel „Rettet das Klima" klingt wie ein Ruf nach einer Wettervergangenheit, die sich nicht zurückholen lässt. Wetter ruht nie wie die Zeit. Beide sind umkehrbar. Was es heute an Wetter gibt, ist alles schon mal da gewesen, wenn auch in chaotischer Reihenfolge. Wenn Experten verkünden „zu heiß, zu kalt, zu nass – Wetterextreme in Deutschland nehmen zu", dann ist dies nichts als ganz billige Wahrsagerei, Spökenkiekerei.

Alle Hochwasser, 2010 an der Oder und Weichsel, 2006 an der Elbe, 2005 an der Donau, 2002 an der Elbe, 2001 an der Weichsel, 1999 an der Donau, 1997 an der Oder, 1995 und 1993 am Rhein haben nichts mit dem „Klimawandel" zu tun. Alles ist Folge von Tiefdruckgebieten, die ihren Ursprung über dem Golf von Genua haben. Von 1970 bis 2005 hat es in Europa 222 Hochwässer gegeben. Noch verheerender waren 1362 und 1634 die beiden „Großen Mandränken". Auch das Rheinhochwasser 1784 ist nicht auf die „Dampfmaschine" zurückzuführen.

Es ist höchste Zeit, dass wir nicht blind dem „Wissen" der Elite in Politik und Wissenschaft glauben. Seien wir kritischer und bauen wir auf unser logisches Urteilsvermögen. Dann werden wir sehen, dass viel „Wissen" auf haltlosen Vermutungen und nicht auf Fakten beruht. Wer nicht selbst denkt, sondern denken lässt, lässt sich passiv durch das Leben führten, als ängstliches „Schaf" am „Nasenring".

Befreien wir uns von diesem Nasenring. Das ist leicht bei Drohung mit der „Klimakatastrophe". Man denke einfach nur an die Definition von „Klima". „Klima" ist eine vom Wetter abgeleitete Größe, ein Konstrukt des Menschen und kein Naturvorgang. Das Wetter ist ein realer Vorgang, das „Klima" dagegen ein imaginärer Vorgang, ein „vorgestelltes Ding". Das Bild von der „Klimakatstrophe" ist somit ein Trugbild, ein Gespenst. Es wurde konstruiert, um uns Angst einzujagen und Bußgeld für unsere „Klimasünden" einzutreiben.

Wolfgang Thüne

»Bild-Zeitung von rechts«

Neues Boulevardblatt »Deutschland-Kurier« schließt Lücke bei den konservativen Printmedien

Die überregionalen Zeitungen in Deutschland befinden sich hinsichtlich der Auflagenzahlen im freien Fall. Das hat nur teilweise etwas mit der Konkurrenz durch das Internet und einem veränderten Leseverhalten der Konsumenten zu tun. Ein ganz wesentlicher Faktor ist die schwindende Akzeptanz der Staats- und Konzernmedien als objektiver Informationsquelle. Unzählige nachgewiesene Falschberichterstattungen, Halbwahrheiten und Manipulationen rechtfertigen den Ruf der „gleichgeschalteten" Massenmedien als „Lügenpresse".

Was sich die enttäuschten Leser gerade in Zeiten sich zuspitzender Krisen wünschen, ist eine politisch, weltanschaulich und ökonomisch in jeder Hinsicht unabhängige Zeitung, die niemandem außer der Wahrheit verpflichtet ist und die hart in der Sache, aber verbindlich im Ton berichtet und kommentiert.

Doch gerade in dem Teil des gesellschaftlichen Spektrums, den bis vor wenigen Jahren noch politisch der konservative Flügel der Union und publizistisch Medien wie der „Rheinische Merkur", die „Welt", die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" oder das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" abgedeckt haben, klafft heute eine große Lücke. Die Medien in diesem Bereich sind entweder weit in die linksliberale Mitte gerückt oder längst eingegangen.

In diesem freigewordenen Raum in der „rechten Mitte" haben bei den Wochenzeitungen die *PAZ* und die „Junge Freiheit" ihren festen Platz gefunden. Was in diesem Segment bisher fehlte, ist eine Boulevardzeitung, eine wöchentlich erscheinende „Bild von rechts", wie David Bendels im Gespräch mit der *PAZ* meint. Diese Lücke will er mit dem seit gut einem Monat erscheinenden „Deutschland-Kurier" schließen. Bendels ist Chefredakteur des neuen Blattes und zugleich Vorsitzender des als Herausgeber fungierenden Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten. Er will den Lesern die Möglichkeit geben, „sich von den mehr oder weniger durch die Political Correctness gleichgeschalteten Medien unabhängig über alle Themen zu informieren, die sonst gar nicht, tendenziös oder verzerrt dargestellt werden".

Das könnte so auch in der Eigenbeschreibung dieser Zeitung stehen, allerdings widmet sich die *PAZ* tatsächlich allen Themen, von der Politik über die Wirtschaft bis zu Kultur und Geschichte. Bei ihrem neuen „Marktpartner" – eine Konkurrenz im eigentlichen Sinne ist der acht Seiten umfassende „Deutschland-Kurier" nicht – geht es hingegen ausschließlich um Politik, vor allem um Innenpolitik, auch wenn andere Themenbereiche wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik zwangsläufig gestreift werden. Sport, bunten Klatsch und Promi-Tratsch, die typischen Boulevard-Themen also, sucht man hier vergebens. So ist der „Deutschland-Kurier" zwar eine Zeitung in Boulevard-Aufmachung mit Tabloidformat, aber eben kein eigentliches Boulevard-Blatt. Bendels sieht in dieser Aufmachung einen Vorteil: Den Lesern die Themen, die ihnen unter den Nägeln brennen, in klarem, einfachem und pointiertem Stil näherbringen.

Ergänzung, keine Konkurrenz zur *PAZ*

Gestartet ist das neue Blatt mit einer Auflage von 300 000 Exemplaren, die zunächst kostenlos in mehreren Berliner Bezirken an die Haushalte verteilt wurden. Die weitere Verbreitung erfolgt jede Woche in einer anderen Stadt beziehungsweise in anderen Stadtteilen. Wo der „Deutschland-Kurier" aktuell verteilt wird, erfährt man auf dessen Internetseite. Man kann ihn auch für vier Wochen gratis zur Probe oder für 52 Euro im Jahresabo beziehen. Denn er soll, so Bendels, nicht nur unkonventionell, sondern auch erschwinglich sein. Außerdem kann man ihn kostenlos im Internet lesen.

Noch gibt es keinen festen Redaktionssitz, und die freien Mitarbeiter kommen mittels Telefonkonferenzen und E-Mails zusammen. Als regelmäßige Autoren konnte Bendels namhafte Journalisten gewinnen, darunter den ehemaligen Chefredakteur der „Bild", Peter Bartels, den ehemaligen „FAZ"-Redakteur Konrad Adam, Bruno Bandulet, Guido Reil und weitere, „die ihren Arbeitgebern den Rükken gekehrt haben, weil sie den Linksrutsch der deutschen Medien und das Denk- und Schreibdiktat der Politikal Correctness nicht mehr länger hinnehmen wollen", so Bendels. Aber auch Politiker wie die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, die österreichische FPÖ-Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz und der CDU-Renegat Maximilian Krah werden sich regelmäßig zu Wort melden.

Erwartungsgemäß ist das neue Medium vielen ein Dorn im Auge. Reflexartige Anwürfe in den Medien wie „rechtes Revolverblatt", „Zentralorgan der Wutbürger" oder „rechtspopulistisches Krawallblatt" kontert Bendels mit Humor: Die breite Berichterstattung sei doch eine großartige Werbemaßnahme für den „Deutschland-Kurier", die man so selbst gar nicht hätte finanzieren können. Den Vorwurf, die Zeitung sei ein AfD-Blatt zur versteckten Wahlwerbung, weist er zurück. Zwar erlaube man sich, „bei Wahlen Empfehlungen abzugeben, Fakten zum Durchbruch zu verhelfen und kritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen", doch seien sowohl der „Deutschland-Kurier" als auch sein Trägerverein „politisch und konfessionell unabhängig". Und zur AfD gäbe es keinerlei Verbindungen.

Diese Unabhängigkeit gelte auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Finanziert würden der Verein und seine Zeitung durch zahlreiche große und kleine Spenden, vor allem aber von den mittlerweile über 14 000 Unterstützern, „engagierte Bürger aus ganz Deutschland und aus allen Gesellschaftsschichten, die dem Linksrutsch in der deutschen Parteienlandschaft und der links-grünen Ideologisierung unserer Gesellschaft entgegenwirken" wollten. Den Groß-Finanzier im Hintergrund, den die Konkurrenz gern an den Pranger stellen wolle, gäbe es nicht, versichert Bendels.

Daran, dass der „Deutschland-Kurier" zum Erfolg wird, hat er keinen Zweifel. Allein die immens positive Resonanz auf die erste Ausgabe und etwa 600 000 Zugriffe auf die Online-Ausgabe schon am ersten Tag zeigten, dass viele Bürger auf den „Deutschland-Kurier" gewartet hätten. *Jan Heitmann*

Kein Kompromiss in Sicht

Sudetendeutsche Landsmannschaft will neue Satzung verabschieden – Es ist schon der dritte Anlauf

Die Sudetendeutschen sehen der Entscheidung mit Spannung entgegen: Am letzten August-Wochenende will die Bundesversammlung ihrer Landsmannschaft zum dritten Mal in Folge versuchen, die Satzung der Organisation neu zu formulieren.



Durch die Volksgruppe zieht sich ein Riss: Hauptkundgebung beim 68. Sudetendeutschen Tag in Augsburg Bild: Imago

Am 29. Juni hatte das Landgericht München I alle Beschlüsse und Wahlen vom 27./28. Februar 2016 aufgehoben. An jenem Wochenende war auf Drängen der „Reformer“ um Bernd Posselt (CSU) der Vereinszweck – „Wiedergewinnung der Heimat“ und Restitution beziehungsweise gleichwertige Entschädigung – gestrichen worden. Gegen diesen Beschluss klagte Ingolf Gottstein, ein Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus Mönchengladbach, unterstützt von Freunden aus dem national-konservativen Witikobund, mit Erfolg. Das Gericht argumentierte, die Beschlüsse seien allesamt nichtig, „da sie nicht in einer ordnungsgemäß einberufenen Mitgliederversammlung erfolgt sind“.

Zum Hintergrund: Der inzwischen verstorbene Versammlungsleiter Edmund Liepold hatte als ältestes Mitglied der Bundesversammlung wegen offensichtlicher verfahrensrechtlicher Mängel bei der Einberufung die Sitzung gar nicht erst eröffnet. Er wünschte den Delegierten nach kurzer Begrüßung eine gute Heimreise und verließ den Saal. Die Versammlung wurde daraufhin durch das zweitälteste Mitglied, Herbert Fechtner, eröffnet. In deren Verlauf kam es zu den umstrittenen Entscheidungen. In seinem Urteil, gegen das die Landsmannschafts-Spitze Berufung beim Oberlandesgericht München eingelegt hat, findet sich auch der brisante Hinweis, dass die Wahl des Sprechers der Sudetendeutschen Volksgruppe vom 27. Februar 2016 „nichtig und Bernd Posselt nicht Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe ist“.

Folgt man dieser Auslegung, dann hat die Landsmannschaft derzeit keinen Sprecher. Ihr Bundesvorstand sieht das allerdings anders und will „im Rahmen einer weiteren Bundesversammlung die 2016 in München und 2017 in Wiesbaden gefassten Beschlüsse unter abermals sorgfältigster Prüfung der satzungs- und vereinsrechtlichen Anforderungen erneut zur Abstimmung zu stellen“. In der aktuellen Auseinandersetzung spielt auch die Frage eine Rolle, inwieweit der Klägeranwalt, der Münchner Jurist Heinz Veauthier, auf die Verhaltensweisen von Edmund Liepold Einfluss genommen hat und ob dies eventuell als „Fremdbestimmung“ zu werten ist.

Die vom Landgericht München I unterstellte Unbefangenheit des Alterspräsidenten Liepold stehe, so die Landsmannschafts-Spitze in „höchstem Zweifel“, wie die „Sudetendeutsche Zeitung“ schreibt. Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden des Urteils vom 29. Juni 2017 hatte sie eine „Klarstellung“ veröffentlicht. Sie beschränkte sich damals auf den Hinweis, dass diese juristische Entscheidung noch nicht rechtskräftig sei und daher „bislang keinerlei juristische Konsequenzen“ habe. Es müssten sich erst die Juristen damit befassen.

Das ist nun geschehen. Während des Sudetendeutschen Tages 2017 in Augsburg hatte Posselt durchblicken lassen, dass er gewillt sei, an dem „Reformkurs“ festzuhalten, „auch wenn wir in der Bundesversammlung zehnmal abstimmen“. Manches deutet nach Meinung seiner Kritiker darauf hin, dass er bereits vor dem Sudetendeutschen Tag den Tenor der Gerichtsentscheidung kannte, er sein Wissen aber für sich behielt, um den groß gefeierten Auftritt des tschechischen Vizepremiers Pavel Belobradek während der Hauptkundgebung am Pfingstsonntag nicht zu gefährden. Für den christlich-demokratischen Politiker aus dem Nachbarland war die Satzungsänderung Voraussetzung für seine Präsenz in Augsburg.

Am 28. Februar 2015 hatte die Bundesversammlung der Landsmannschaft erstmals versucht, deren Satzung zu „reformieren“, wie Posselt es formulierte. Das zuständige Registergericht in München stoppte jedoch die „Reform“. Begründung: Da es sich um eine Zweckänderung handele, hätten erst die Mitglieder gefragt werden müssen – was nicht geschehen ist. Das Gericht folgte im Wesentlichen der Argumentationslinie des Rechtsanwalts Veauthier, der bei seiner Prüfung des Vorganges zu dem Ergebnis gekommen war: „Dieser Beschluss (vom 28. Februar 2015) ist nichtig. Er ist nicht satzungskonform zustande gekommen, denn die Bundesversammlung besitzt keine Legitimation, den Vereinszweck abzuändern oder aufzuheben. Der Beschluss ist auch rechtswidrig, denn für eine Zweckänderung ist die Zustimmung aller Mitglieder des Vereins erforderlich (§ 33, Abs. 1 S.2 Bürgerliches Gesetzbuch). Die einstimmige Zustimmung fehlt.“

Das Amtsgericht München hat die Nichtigkeit der Satzungsänderung am 19. Mai 2015 bestätigt. Gleichwohl hatte der „Schirmherr“ der Sudetendeutschen, Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), bereits am 18. Februar 2015 in einem Interview der – inzwischen eingestellten – „Prager Zeitung“ den „historisch zu nennenden Verzicht der Sudetendeutschen auf Restitution oder Entschädigung“ als vorbildlich herausgestellt. Seit mehr als zwei Jahren zieht sich also ein Riss durch die Volksgruppe. Ob und wann er gekittet werden kann, wird vom Ausgang der bevorstehenden Bundesversammlung abhängen. Ein tragfähiger Kompromiss beginnt sich derzeit nicht abzuzeichnen. *Gernot Facius*

MELDUNGEN

EU: Bahnfahren kostenlos?

Straßburg – Der Haushaltsausschuss der EU steht der Idee eines Interrail-Passes als Geschenk zum 18. Geburtstag für jeden EU-Bürger positiv gegenüber. Eine genaue Finanzierung müsse aber noch ausgearbeitet werden. So steht es im Entwurf für den Haushaltsplan 2018. Die Idee fürs Gratisticket stammt vom CSU-Politiker Manfred Weber, dem Vorsitzenden der konservativen EVP-Fraktion im EU-Parlament. 30 Tage lang sollen junge Interrail-Reisende die Möglichkeit bekommen, alle 28 EU-Mitgliedstaaten kennenzulernen. In die Kritik geriet das Projekt wegen der enormen Kosten: Geschätzt werden mehr als zwei Milliarden Euro *(siehe dazu den Kommentar auf Seite 8).* *FH*

Terror-Reise ist strafbar

Karlsruhe – Bereits der Versuch, nach Syrien auszureisen, um sich dort in einem Terrorcamp ausbilden zu lassen, ist strafbar und rechtfertigt eine Haftstrafe. Mit diesem Beschluss hat der Bundesgerichtshof (BGH) die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landesgerichts München I verworfen, durch das dieser wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt worden war. Der deutsche Staatsbürger war 2015 in die Türkei eingereist und hatte versucht, nach Syrien weiterzureisen, um sich dort nach Überzeugung der Richter im Umgang mit Waffen und Sprengstoffen ausbilden zu lassen und sich einer „islamistischen Gruppierung“ anzuschließen. Der BGH hat das Vorliegen der Voraussetzungen der Strafbarkeit auf der Grundlage der getroffenen Feststellungen bejaht und auch keine Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit der angewandten Strafnorm erhoben. Das Urteil ist damit rechtskräftig. *J.H.*

Ausgang ungewiss

Prozesse gegen linke G20-Randalierer beginnen

Die juristische Aufarbeitung der linken Gewalt beim G20-Gipfel in Hamburg um den 7. und 8. Juli beginnt diesen Monat vor dem Hamburger Amtsgericht: Ein 24 Jahre alter Pole hatte laut Staatsanwaltschaft Zwille, Feuerwerkskörper und Reizgas dabei, als er am 8. Juli verhaftet wurde. Bisher verlaufen die Ermittlungen zum gesamten Täterkreis ohne große Erfolge. Bei 160 Verfahren und 32 Verdächtigen in Untersuchungshaft sind wenige konkrete Urteile zu erwarten.

Wenn die Gewalttäter vom schwarzen Block die Vermummung ablegten, sahen sie aus „wie der Gymnasiast von nebenan“, bilanzierte Hartmut Dudde, G20-Einsatzleiter der Polizei, nach den Ausschreitungen. Gewalt als vermeintlich risikoloser Spaß für die Täter und großer Schaden für eine breite Öffentlichkeit ging als Signal von Hamburg um die Welt. Krankenhäuser verzeichneten rund 213 verletzte Polizisten und über 70 verletzte Demonstranten. Die Polizei selbst registrierte laut Dudde mit 592 verletzten Kollegen wesentlich mehr. Der Bund stellt bis zu 40 Millionen Euro für die beispielsweise durch Plünderungen, Autobrandstiftung und brennende Barrikaden Geschädigten in Aussicht. Insgesamt 345 Straftaten wurden bis Ende Juli im Zusammenhang mit dem Gipfel angezeigt. Ermittler werden noch weitere aufdecken.

Während verharmlosende Berichte über Randalierer in den Medien breiten Raum einnehmen, muss sich am 29. August mit dem jungen Polen erstmals ein mutmaßlicher Täter vor Gericht rechtfertigen. Weitere Tatverdächtige aus dem Ausland warten laut Staatsanwaltschaft auf ihre Prozesse. Während des Gipfels hatten Zeugen von Gewalttätern aus dem gesamten EU-Ausland berichtet. Einige der um den G20-Gipfel festgenommenen deutschen Tatverdächtigen sprechen vom Zufall, der sie wegen abgesperrter Straßen in die Brennpunkte der Gewalt getrieben habe und von einer überforderten Polizei sowie Willkür in der Gefangenensammelstelle.

Scholz fordert »harte Bestrafung« der Täter

Die politische Aufarbeitung droht in Richtung einer Debatte um Polizeigewalt zu kippen. So wird über einen auf Video dokumentierten Polizeieinsatz am Rande des Gipfels in einem Industriegebiet diskutiert. Die von der Polizei selbst gemachten Bilder sollen laut Medienberichten entscheidende Minuten der „Aufstoppung“ eines Demo-Zuges zeigen und im Widerspruch zu Aussagen von Polizisten stehen. Laut Polizeibericht brachten die Beamten bei dem Aufmarsch zahlreicher Vermummter 73 Personen „mit einfacher körperlicher Gewalt zu Boden“. Die Teilnehmer wurden eingekesselt. Einige Eingekesselte verletzten sich bei einem Fluchtversuch über einen nahen Zaun als dieser einstürzte. Die Polizei fand Sturmhauben, Handfackeln und eine Zwille. Die Festgenommenen dieses sogenannten „Rondenbarg-Ereignisses“ werden in absehbarer Zeit die Gerichte beschäftigen. Insgesamt 59 Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs laufen.

Die von Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) geforderte „harte Bestrafung der Täter“ steht und fällt nicht nur mit den mitunter schwer zu erbringenden Tatnachweisen gegen Einzelne, die im Schutz einer Gruppe Straftaten begingen, sie hängt auch von der politischen Gesamtbewertung ab. *Sverre Gutschmidt*

Was weiß Dresden?

Riesige ungenutzte Asyllager lassen neue Welle befürchten

Ende 2016 musste es die sächsische Staatsregierung auf mehrmaliges Nachbohren des AfD-Landtagsabgeordneten André Barth hin zugeben: Für die „Sicherung“ der seit ihrer Fertigstellung leer stehenden Erstaufnahmeeinrichtung für „Flüchtlinge“ (EAE) in Dresden-Johannstadt fallen pro Monat Kosten in Höhe von 60 024 an (*PAZ* 2/2017). Diese Verschwendung von Steuermitteln war freilich nur die Spitze des Eisberges, denn von großen EAE im sogenannten „Stand-by-Modus“ (Wartestand) mit mehreren 100 Plätzen, in die bis heute kein einziger Asylsucher einzog, existieren im Freistaat noch weitere neun.

Welche Summen an Steuergeldern insgesamt für die Geisterobjekte flossen, wollte die AfD-Fraktion natürlich ebenfalls wissen und stellte deshalb mehrere Kleine Anfragen. In seiner Antwort teilte Innenminister Markus Ulbig (CDU) kürzlich mit, man habe 2016 für die nicht genutzten EAE 56,6 Millionen Euro ausgegeben. Darüber hinaus geht aus den nun vorgelegten Zahlen auch hervor, wie teuer die Erstaufnahme von „Flüchtlingen“ den Freistaat 2015 und 2016 insgesamt kam: Um den Betrieb sämtlicher EAE auf seinem Territorium zu gewährleisten, musste Sachsen in diesen beiden Jahren 297 Millionen Euro aufwenden. Diese wurden unter anderem für den Wachschutz (90,4 Millionen), Taschengelder (3,8 Millionen) und Krankenkosten (17,6 Millionen) fällig.

Dazu kamen weitere 243 Millionen Euro im Zusammenhang mit der Errichtung der Asylsucher-Unterkünfte. Relativ wenig Geld verschlang dahingegen die Rückkehrberatung, welche offensichtlich nur auf Sparflamme lief: 2015 waren es null und 2016 dann 95 622 Euro.

Die AfD-Fraktion im sächsischen Landtag bezeichnet es als Skandal ersten Ranges, dass sich der Freistaat derart viele kostspielige leer stehende EAE leiste: Das für deren Bewachung, Reinigung und Instandhaltung bereitgestellte Geld sei in Bildung oder Innere Sicherheit deutlich besser investiert gewesen, so die Oppositionsfraktion. Nach den Berechnungen Barths hätte die CDU-SPD-Koalitionsregierung von Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) mit den 56,6 Millionen Euro ein Jahr lang das Gehalt von 772 Lehrern oder 1585 Polizisten bezahlen können.



André Barth Bild: privat

Offenbar hält Sachsens Staatsregierung die zehn ungenutzten EAE weiter für unentbehrlich. Diese Haltung steht in verblüffendem Kontrast zu der in der Öffentlichkeit verbreiteten Einschätzung, dass die große Einwanderungswelle vorbei sei.

Dieser mögliche Widerspruch von Reden und Handeln brachte die sächsische AfD-Fraktion zu der Vermutung, dass man im Hause Tillich wohl Dinge wisse, die vor der Bevölkerung derzeit noch geheim gehalten würden. Wörtlich schrieb Barth dazu auf seiner Internetseite: „Liegen etwa bereits Pläne im Kanzleramt, nach der Wahl gestrandete Wirtschaftsflüchtlinge aus Griechenland und Italien im großen Stil einfliegen zu lassen?“ *Wolfgang Kaufmann*

Zeitzeugen


Bild: CF

Barbara Hendricks – Bundesumweltministerin Hendricks reichen die beschlossenen Maßnahmen nicht aus. Fahrverbote oder die teure Hardware-Nachrüstung seien noch nicht vom Tisch. Mittel- und langfristig sieht die SPD-Politikerin die Förderung von alternativen Antrieben mit Strom, Gas und Wasserstoff sowie regional den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Radwegenetztes als Lösung.

Alexander Dobrindt – Der Bundesverkehrsminister (CSU) versprach nach dem Gipfel, dass den Haltern älterer Diesel-Fahrzeuge keine Kosten entstehen würden. Dobrindt spricht sich gegen die Einführung einer blauen Plakette aus. Er hält es für wirkungsvoller, beim Schadstoffausstoß von Taxen, Bussen und Behördenfahrzeugen anzusetzen, die ständig in Städten unterwegs sind.


Bild: CF

Winfried Hermann – Der grüne Verkehrsminister Baden-Württembergs hält die Frage, wer für die Nachrüstung älterer Dieselfahrzeuge am Ende zahlt, durch den Dieselgipfel nicht hinreichend geklärt. Um Fahrverbote und die zu erwarteten Proteste zu vermeiden, ist er, wie auch einige SPD-Politiker, für die Einrichtung eines Fonds, in den die Automobilhersteller entsprechend der Anzahl der von ihnen verkauften Dieselfahrzeuge, einzahlen, um so die Nachrüstung zu finanzieren.

Markus Klamert – Bei einem Einfahrverbot in deutsche Innenstädte könnten Besitzer von Euro5-Dieseln möglicherweise Autohersteller oder -verkäufer auf Schadenersatz verklagen. Es liege ein „enteignender Eingriff" vor, so der Münchner Rechtsanwalt gegenüber „Auto-Bild". Würde der Wert des Pkw durch die neue Norm deutlich geschmälert, käme eine staatliche Entschädigung in Frage.


Bild: CF

Elon Musk – In seiner Batteriefabrik in der Wüste von Nevada testet Tesla-Mitbegründer Elon Musk in seiner „Gigafactory" neue Methoden, die Ökobilanz von E-Mobilen zu verbessern. Musk gibt sich überzeugt davon, dass Elektroautos die Zukunft gehöre. Mit dem aktuell auf den Markt gebrachten Model3 will der kalifornische Autohersteller ein Massenmodell etablieren, dessen Reichweite bei 400 Kilometern liegt. Der Preis liegt bei erschwinglichen 35 000 Dollar.

Schrott nach wenigen Jahren?

Nach Abgas-Skandal: Auto-Konzerne fördern Umstieg auf moderne Dieselfahrzeuge

Statt für Klarheit hat das am 2. August in Berlin durchgeführte „Nationale Forum Diesel" vielfach zur Verunsicherung der Autohalter geführt. Ob und welche Folgen den Besitzern von Dieselfahrzeugen drohen, ist nämlich keineswegs schlussendlich geklärt.

Die Diskussionen nach dem sogenannten Dieselgipfel zeigen, dass ein Kampf der Lobbyisten entfesselt wurde. Autohersteller und deren Kunden stehen mit ihren Positionen Umweltschützern und Politikern gegenüber, die ein Verbot von Dieselautos in den in der Tat stark abgasbelasteten Großstädten fordern.

Als erste Maßnahme nach dem Gipfel sollen 5,3 Millionen Euro5- und Euro6-Dieselfahrzeuge bis Ende 2018 ein Software-Update erhalten, das den Stickoxid-Ausstoß reduziert. Doch damit sind drohende Fahrverbote noch nicht vom Tisch, wie Bundesumweltministerin Barbara Hendricks betonte. Linke Politiker fordern die Einführung einer blauen Plakette, mit der nur noch Diesel-Fahrzeuge der Euro6-Norm bestimmte Innenstadtzonen befahren dürften, ADAC und das Bundesverkehrsministerium sind dagegen. Die derzeitige Regelung, Euro5- und Euro6-Diesel mit einem Software-Update sauberer zu machen, ist ein Kompromiss, um Fahrverbote und eine zu erwartende Klagewelle zu verhindern.

Womit Halter von Diesel-Pkw rechnen müssen, wollte die *PAZ* von den führenden deutschen Autoherstellern wissen. Insgesamt lässt sich sagen, dass Kunden mit Euro5- und Euro6-Dieseln kostenlose Updates erhalten, für ältere Fahrzeuge bleibt nur der Umstieg auf modernere Autos.

Laut Volkswagen ist nämlich in den allermeisten Fällen eine Nachrüstung älterer Fahrzeuge nicht wirkungsvoll und aus technischen Gründen nicht möglich. Es fehlt schlicht und einfach der Platz für den Einbau moderner Katalysatoren und der dann notwendigen „AdBlue"-Tanks. Für die Nachrüstung älterer Fahrzeuge sei eine Entwicklungsleistung notwendig, die mehrere Jahre dauern würde. Das bedeute hohe Kosten für die Hersteller (1500 Euro pro Fahrzeug). Bei dem in den Medien zitierten „Nachrüstkatalysator" handelt es sich laut VW um einen Prototypen im frühen Stadium, bei dem ebenfalls noch viel Entwicklungsleistung investiert werden müsste. Deshalb fördert VW den Umstieg von älteren Diesel-Modellen der Abgasstufen Euro1 bis Euro4 auf modernere und umweltfreundlichere Fahrzeuge modellabhängig mit Umweltprämien von bis zu 10 000 Euro.

> Fahrverbote und blaue Plakette sind noch nicht vom Tisch

Mercedes-Benz hat nach eigenen Angaben bereits rund drei Milliarden Euro in eine neue Diesel-Motorengeneration investiert, mit deren Emissionswerten auch die künftigen strengen Abgasvorschriften der EU erfüllt werden können. Verbaut wird der neue Motor bereits in der neuen E-Klasse seit 2016.

Als Reaktion auf den Dieselskandal bietet die Daimler AG Besitzern von älteren Dieselfahrzeugen Umtauschprämien in Höhe von 2000 Euro an, wenn sie noch in diesem Jahr einen neuen Benz kaufen. Kunden, deren Gebrauchtwagen verschrottet werden, erhalten einen Wertausgleich. Die Höhe werde in einem Wertgutachten eines unabhängigen Instituts (Dekra, TÜV) festgelegt. Außerdem will die Daimler AG die Stickstoff-Emissionen von mehr als drei Millionen Mercedes-Benz-Fahrzeugen durch eine freiwillige Servicemaßnahme um zirka 25 bis 30 Prozent im normalen Fahrbetrieb senken. Das Unternehmen investiert dafür nach eigenen Angaben einen Betrag von rund 220 Millionen Euro. BMW bietet europaweit eine Prämie von 2000 Euro an. *Manuela Rosenthal-Kappi*


Neue Abwrackprämien: Für die Verschrottung ihrer alten Diesel-Fahrzeuge bieten Autohersteller ihren Kunden Rabatte Bild: Imago

Trotz Kritik ist Diesel unverzichtbar

Bei der Diskussion um Dieselfahrzeuge kam nur am Rande oder gar nicht die Verschmutzung durch die Zunahme von Lkw auf deutschen Straßen zur Sprache. Laut Umweltbundesamt stoßen moderne Lkw kilometerbezogen 31 Prozent weniger Kohlendioxid (CO_2) aus als 1995. Bei Pkw sei der Wert um 13 Prozent zurückgegangen. Weil aber im Laufe der Jahre der Verkehr zugenommen habe, hebe dieses Mehr den Fortschritt wieder auf.

Dabei ist bei neuen Diesel-Pkw der Partikelausstoß durchaus mit Benzin-Pkw vergleichbar. Der Verbrauch von Kraftstoffen verteilte sich im Jahr 2015 – bezogen auf den Energiegehalt – zu 53 Prozent auf Diesel, zu 27,7 Prozent auf Benzin. Dass Diesel beim Kraftstoffverbrauch führt, liegt an dessen breit gefächerten Einsatzmöglichkeiten. Mit Diesel werden neben Lkw beispielsweise auch landwirtschaftliche Geräte, Straßenbaumaschinen, Busse, Schienenfahrzeuge und Schiffe betrieben. Überall dort, wo Stromerzeugungsaggregate zum Einsatz kommen, etwa in abgelegenen Gegenden oder als Notstrom-Erzeuger in Rechenzentren, Krankenhäusern und Kernkraftwerken, ist Dieselkraftstoff im Einsatz.

> Einsatz in vielen Bereichen

Diesel- haben gegenüber Ottomotoren den Vorteil, dass sie weniger Kraftstoff verbrauchen und besonders bei Langstrecken Vorteile bringen. Ältere Dieselfahrzeuge gelten nun als Hauptverursacher für die hohen Stickstoff-Konzentrationen in der Luft vor allem in Großstädten wie Stuttgart. Experten bezweifeln das. Sie sehen die Industrie und Lkw als Haupt-Luftverpester.

Bei Einführung einer blauen Plakette drohen aber allein Haltern von Diesel-Pkw Fahrverbote. Rund 13 Millionen Diesel wären ausgesperrt, darunter auch fast neue Autos mit Euro5-Norm, die erst 2015 gekauft wurden. Fahrverbote könnten für Händler und Dienstleister, die ihren Sitz in Verbotszonen haben, existenzbedrohend werden, wenn Kunden und Lieferanten sie nicht mehr anfahren dürften. *MRK*

Noch nicht serienreif

Politik fördert E-Mobilität trotz mangelnder Alltagstauglichkeit

Allen Bemühungen der Bundespolitik, das Elektroauto als Fortbewegungsmittel erster Wahl zu etablieren, ist der Elektroantrieb technisch noch weit davon entfernt, die Funktion eines universalen Mobilitätsgaranten zu übernehmen, wie es Benzin- oder Dieselfahrzeuge der modernen Generation sind. Die Gründe dafür sind banal und liegen auf der Hand: Der geringe Aktionsradius eines Elektromobil-Akkus lässt nur die Nutzung auf Kurzstrecken zu. Es fehlt an Ladestationen, die Ladezeiten der Batterien sind zu lang, und in dicht bebauten Gebieten wie Innenstädten, wo Menschen in der Regel in Mehretagenhäusern leben, ist die zeitnahe und ausreichende Versorgung mit Ladestationen nicht zu bewerkstelligen.

Trotz Förderung erreicht der Anteil von Elektro-Autos in kaum einem europäischen Land mehr als einen Prozent, in Deutschland sind es noch weniger. Nur in Norwegen ist der Anteil höher, weil seit Jahren durch Subventionen, Steuerentlastungen und Vorteilen im Stadtverkehr Anreize geschaffen wurden. Dennoch ist auch dort das Elektromobil meist nur Zweitfahrzeug.

> Geringe Reichweite, lange Ladezeiten, schlechte Ökobilanz

Selbst die Ökobilanz des Elektromotors fällt zurzeit noch weit schlechter aus als die eines Verbrennungsmotors. Allein für die Herstellung der Batterie entstehen bei den derzeitigen Kapazitäten zwischen 3,7 und 20 Tonnen des Treibhausgases CO_2. Der in Deutschland verwendete Strommix an den Tanksäulen stammt zu zwei Dritteln aus Kohle- und Gaskraftwerken, die wiederum CO_2 erzeugen. Diesen Wert erreicht ein moderner Diesel erst, wenn er bereits 150 000 Kilometer unterwegs ist.

Bislang ist der Handel mit Elektromobilen für die Hersteller oft ein Minusgeschäft. Selbst der als Vorreiter geltende US-amerikanische Hersteller Tesla strauchelte bereits und musste durch einen Staatskredit gestützt werden. Viele Kunden waren wieder abgesprungen, weil die Lieferzeiten zu lang waren. Derzeit arbeiten auch deutsche Autokonzerne mit Hochdruck an der Entwicklung besserer E-Autos. Sie können sich im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen. *MRK*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Merkel besucht Stasi-Gefängnis

Kanzlerin lobt das Engagement der Gedenkstätte Hohenschönhausen gegen Linksextremismus



Berlins Kultursenator Klaus Lederer („Die Linke“) fehlte beim Rundgang: Hubertus Knabe (r.) öffnet beim Rundgang die Tür zu den Hofgangzellen. Links neben Angela Merkel Staatsministerin Monika Grütters

Bild: Leh

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zwei Tage vor dem 54. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer die Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen besucht. Auf einer Kundgebung am Brandenburger Tor hat die „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG) am 13. August an das erlittene Unrecht unter der SED-Diktatur erinnert.

Merkel hat eine Stunde lang die ehemalige zentrale Untersuchungshaftanstalt des DDR-Staatssicherheitsdienstes in Berlin-Hohenschönhausen besucht. Als Kanzlerin hatte sie die Gedenkstätte bereits einmal im Jahr 2009 besichtigt. Jetzt wurde sie von ihrer Kulturstaatsministerin und Berliner CDU-Vorsitzenden Monika Grütters sowie dem örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Pätzold begleitet.

Der Berliner Kultursenator Klaus Lederer (Die Linke), der durch sein Amt auch Vorsitzender des Stiftungsrats der Gedenkstätte Hohenschönhausen ist, begrüßte sie kurz bei ihrer Ankunft, nahm aber nicht an Merkels Rundgang teil. Der Historiker und Direktor der Gedenkstätte, Hubertus Knabe, hat in seinem sehr lesenswerten Buch „Die Wahrheit über Die Linke“ vermerkt, Lederer „kommt als braver Strahlemann daher“. Zugleich erinnerte Knabe daran, dass Lederer zum Beispiel als damaliger Berliner Landeschef der „Linke“ gemeinsam mit seiner Parteifreundin Petra Pau in einer Anzeige zum Tod von Markus Wolf, dem ehemaligen Stellvertreter von Stasi-Chef Erich Mielke, schrieb: „Wir trauern um unseren Freund und Genossen, einen streitbaren Kämpfer, der aufrecht durch sein Leben ging.“

Nach üblen Erfahrungen mit dem früheren „Linke“-Kultursenator und Ex-SED-Funktionär Thomas Flierl hatte der geradlinige und streitbare Hubertus Knabe letztes Jahr auch in einem Gastbeitrag im Berliner „Tagesspiegel“ davor gewarnt, erneut einen Vertreter der „Linke“ zum Kultursenator zu ernennen.

Merkel erklärte in Hohenschönhausen vor der Presse, sie sei „auch sehr froh, dass hier in der Gedenkstätte Arbeit gegen Linksradikalismus geleistet“ werde. „Ich glaube“, fügte sie hinzu, „dieser Ort ist besser als viele andere dafür geeignet, das auch sehr authentisch tun zu können.“ Die von Hubertus Knabe geleitete Gedenkstätte bietet als wohl einzige Institution in Deutschland spezielle Seminare für Schüler und Lehrer über Linksextremismus an. Dazu gehört das Modellprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt.“ Die Teilnahme ist für Jugendliche, Schulen und andere Bildungseinrichtungen kostenlos. „Die Seminare können in der Gedenkstätte, bei vorhandenen Kapazitäten aber auch bundesweit direkt an der Einrichtung durchgeführt werden“, heißt es in einer Information.

Die Kanzlerin legte am Gedenkstein für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft im ehemaligen Stasi-Gefängnis gemeinsam mit dem früheren politischen Häftling Arno Drefke einen Kranz nieder. Danach besichtigte sie die Dauerausstellung „Inhaftiert in Hohenschönhausen: Zeugnisse politischer Verfolgung 1945-1989“.

Der ehemalige Häftling in Hohenschönhausen und Bautzen, Mike Fröhnel, schenkte der Bundeskanzlerin einen Schlüssel des Bautzener Gefängnisses. Merkel erklärte, sie werde den Schlüssel im Kanzleramt „an entsprechender Stelle ausstellen“.

> Der Schönfärberei der DDR-Diktatur den Kampf ansagen

Bei dem Rundgang mit Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe wurde die Bundeskanzlerin auch über die geplanten Baumaßnahmen und Renovierungsarbeiten informiert. Ab Mai bis voraussichtlich Herbst 2019 soll die Gedenkstätte für 8,8 Millionen Euro denkmalgerecht saniert werden. Die Kosten tragen je zur Hälfte der Bund und das Land Berlin.

Im Jahr 2016 zählte die Gedenkstätte rund 455 000 Besucher, die Hälfte von Ihnen Schüler. Für 2017 wird mit 470 000 Besuchern gerechnet. Die geplanten Sanierungsarbeiten betreffen unter anderem die Freigangszellen, das Haftkrankenhaus und die Werkstatthöfe, in denen Gefangene Zwangsarbeit leisten mussten. Die Sanierung betrifft über 800 Räume. Tapeten, Bodenbeläge und Wandanstriche sollen ebenso restauriert werden wie Türen und Gitter. Es soll auch neue moderne museale Bereiche und Seminarräume geben.

Merkel erklärte: „Das Unrecht, das in der DDR geschehen ist, das hier auch viele Menschen persönlich in schrecklicher Weise erfahren mussten, darf nicht in Vergessenheit geraten.“ Die Bundesregierung und Berlin würden sich weiter dafür engagieren, „diesen Ort der Erinnerung offenzuhalten“. Sie sei „sehr betroffen“, dass im vergangenen Jahr wegen der großen Nachfrage sogar viele Führungen abgesagt werden mussten. „Fast 50 000 Menschen mehr hätten hierherkommen können“, erklärte sie. Deshalb werde man prüfen, „ob wir noch andere Möglichkeiten haben, um Menschen diesen Kontakt mit der Vergangenheit, diesen sehr authentischen und damit auch sehr schmerzhaften und sehr bewegenden Kontakt zu ermöglichen“.

Auf der gemeinsamen Kundgebung des Fördervereins der Gedenkstätte und der UOKG am 13. August am Brandenburger Tor forderte Hubertus Knabe, auch das ehemalige Gefängnis der Volkspolizei in der Keibelstraße am Alexanderplatz „endlich für die Öffentlichkeit zugänglich“ zu machen. Der „Schönfärberei“ der DDR-Diktatur müsse „entschieden der Kampf angesagt werden“. Auf der Kundgebung sprachen auch der UOKG-Vorsitzende und Vizepräsident des Brandenburger Landtags, Dieter Dombrowski, sowie der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn. *Michael Leh*

Ganz dezent wächst ein Bürgerblock

Von Theo Maass

Die drei bürgerlichen Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus zeigen im politischen Tagesgeschäft immer mehr Übereinstimmungen. Zunächst war es der Flughafen Tegel, der geschlossen werden sollte. Die FDP machte sich für dessen Offenhaltung stark. Sie zog mit einem überraschend starken Ergebnis ins Landesparlament ein. Die AfD stellte sich umgehend hinter die FDP-Forderung.

Die seit 2016 wieder oppositionelle CDU erkannte ihre Zuneigung zu Tegel erst später, aber immerhin. Die Bürgerinitiative pro Tegel hat genug Unterschriften und die rot-rot-grüne Landesregierung muss sich nun einer Volksabstimmung stellen.

Der linke Senat startet derweil eine Attacke gegen den motorisierten Individualverkehr. „Mobilitätsgesetz“ nennt die von den Grünen gestellte Verkehrssenatorin Regine Günther ihr Vorhaben, mit dem sie den Autofahrern in Berlin ganz offen den Krieg erklärt. Der Straßenraum soll radikal zu Lasten des Autoverkehrs neu verteilt werden.

Wieder aber machen die drei bürgerlichen Parteien gemeinsam Front gegen den Senat. Im Hintergrund stand auf der Gegenseite ein Bürgerbegehren für ein „Radgesetz“, das rund 100 000 Berliner per Volksbegehren unterstützt hatten. Diese geleisteten Unterschriften dienen als Rechtfertigung für das „Mobilitätsgesetz“.

Nach einer Umfrage im linksliberalen „Tagesspiegel“ sind aber gerade einmal 26,5 Prozent der Befragten für das „Radgesetz“, 73,5 Prozent wollen andere Prioritäten setzen. Offenbar können selbst viele Berliner, die 2016 Rot-Rot-Grün in die Regierung gewählt haben, mit der Verkehrspolitik ihrer bevorzugten Parteien nicht viel anfangen. So aber bereitet die Berliner Verkehrspolitik weiteren Boden für eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien – zunächst in der Opposition.

Weitere Gemeinsamkeiten von Schwarz, Gelb und Blau dürften es in der Wirtschafts-, Bildungs- und Baupolitik sichtbar werden. Auch hier bieten sich gemeinsame Initiativen an. Wenn die AfD in Berlin weiterhin konsequent politikunfähiges Personal von Amt und Mandat fernhält, kann auch der böswilligste Kritiker nichts gegen ein Bürgerbündnis einwenden.

Gemeinsame Jahre in der Opposition könnten dann den Weg für eine politische Wende in Berlin bereiten. In einer Bürgerregierung könnten FDP und AfD die CDU vielleicht davon abhalten, in jene merkwürdige Beliebigkeit zurückzufallen, die ihre Regierungsbeteiligung von 2011 bis 2016 kennzeichnete. Damals war von „konservativem“ Profil bei der Hauptstadt-Union kaum noch etwas zu erkennen.

Front gegen Autofahrer

Berlins Verkehrssenatorin Günther setzt ganz auf das Fahrrad

Die parteilose, von den Grünen gestellte Berliner Verkehrssenatorin Regine Günther will mehr Radfahrer und öffentlichen Nahverkehr massiv auf Kosten des Autoverkehrs stärken. Der Schwerpunkt in Günthers Gesetzentwurf liegt dabei indes fast ausschließlich auf dem Fahrrad.

Im Einzelnen fordert sie 100 Kilometer „Radschnellwege“, den fahrradgerechten Umbau von zahlreichen, als gefährlich eingestuften Knotenpunkten sowie die flächendeckende Anlage von Radstreifen auf Haupt- und Nebenstraßen, die so breit sind, dass ein Überholen möglich ist.

Die hierfür erforderliche Fläche wird dem motorisierten Individualverkehr entzogen: „Auf vielen Straßen (werden) wohl Fahrspuren und Parkplätze wegfallen“, so Günther. Die 100 000 neuen Abstellplätze für Räder gehen zu Lasten der Fußgänger. Günther will den Anteil des Radverkehrs in der Innenstadt bis 2025 von jetzt 15 auf 30 Prozent steigern. Bis 2050 will sie den Verkehr in Berlin „klimaneutral“ gestalten. Die Senatorin weiter: „Wir sind sicher, dass das Gesetz das Verkehrssystem insgesamt verbessern wird.“ Heinrich Stößenreuther von der Initiative „Volksentscheid Fahrrad“ äußerte sich zufrieden, denn 80 bis 90 Prozent seiner Forderungen seien im Entwurf enthalten. Ähnlich äußerte sich Tilmann Heuser vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

> Opposition geißelt »Autohass-Politik«

Der verkehrspolitische Sprecher der Berliner CDU, Oliver Friederici, verurteilt die Maßnahme als reines Fahrradgesetz und bemängelt eine mögliche Behinderung des Straßenbahnverkehrs in der Stadt. Sein Kollege von der AfD, Frank Scholtysek, kritisiert: „Der gesamte Gesetzesentwurf zeigt unverblümt, worum es Rotrotgrün eigentlich geht: um die rücksichtslose Durchsetzung einer ideologisch verblendeten Autohass-Politik! Das Auto als Feind Nummer 1 soll auf Biegen und Brechen aus der Stadt verbannt werden.“ Auch die FDP ist gegen den Gesetzentwurf.

An der Senatorin prallt die Kritik ab: „Je mehr Menschen auf Bus, Bahn oder Fahrrad umsteigen können und wollen, desto schneller kommen auch die voran, die auf das Auto angewiesen bleiben.“ Laut Günther sind ihre Bemühungen „bundesweit einmalig“. Landes- und Bezirksbedienstete sollen vermehrt auf Dienstfahrräder verwiesen werden. *Hans Lody*

A100 wird gebaut

BUND scheitert bei Berliner Behörde

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) wollte die Kontroverse um Dieselmotoren nutzen, um den Bau der Autobahn A100 in Berlin zu stoppen. Mehr noch, sogar die bereits fertiggestellten Anlagen sollten „zurückgebaut“, ergo abgerissen werden. Karsten Sommer, Anwalt des Vereins, wettert: „Es geht letztendlich um das Leben der Menschen.“

Der BUND hatte jahrelang erfolglos gegen den Weiterbau der Autobahn geklagt. Erneute Klagen würden zwar geprüft, heißt es von Seiten des Umweltverbandes. Sie erscheinen aber eher aussichtslos. Anders sähe es dann aus, wenn die (von der den Grünen nahestehenden Senatorin Regine Günther geführte) Verkehrsverwaltung die Baugenehmigung für die Autobahn widerrufen sollte.

Dahin schienen die Bemühungen des BUND zu gehen. Der Berliner BUND-Verkehrsexperte Martin Schlegel erklärte, Ziel des neuen Vorstoßes sei es nicht, jahrelange juristische Auseinandersetzungen zu führen.

> Diesel-Debatte sollte als Anlass dienen

Man wolle eine schnelle Lösung – zum Wohl der Allgemeinheit, wie Schlegel es nennt. Mit anderen Worten, die grün dominierte Verwaltung sollte ihre Verwaltungsakte widerrufen und dadurch eine neue Situation schaffen. Der BUND forderte Senatorin Günther zum entsprechenden Handeln auf.

Doch dort holte sich der Umweltverband nun ein Abfuhr. Beim BUND ist ein ablehnendes Antwortschreiben des Leiters der Abteilung für Planfeststellung eingegangen. Die Behörde wirft dem BUND vor, sein Vorbringen sei „nicht substanziiert“. *H.L.*

Chinesen zeigen Hitlergruß

Zwei chinesische Touristen sorgen in Berlin für ein antifaschistisches Sommertheater. Vor dem Reichstag fotografierten sie sich gegenseitig dabei, wie sie den „Hitlergruß“ entboten. Zwei aufmerksame Streifenpolizisten riefen ihre Kollegen herbei, welche die beiden Männer festnahmen. Nun mahlen die Mühlen der Strafverfolgung. Die beiden 36 und 49 Jahre alten Chinesen haben ein Strafverfahren zu gewärtigen. Gegen Zahlung von je 500 Euro Sicherheitsleistung wurden beide auf freien Fuß gesetzt. Bis zur Anklageerhebung gemäß Paragraph 86a (Verwendung von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen) sowie Paragraph 130 (Volksverhetzung) des Strafgesetzbuches dürften beide Deutschland wieder verlassen haben. Das Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole kann in Deutschland mit einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren bestraft werden. Allerdings dürfte China seine heimgekehrten Bürger kaum ausliefern. *H.L.*

MELDUNGEN

Albanien sicherer als Deutschland

Genf – Das schweizer Weltwirtschaftsforum gibt jedes Jahr eine Liste der sichersten Urlaubsländer heraus. Finnland liegt in diesem Jahr auf Platz Eins. Deutschland ist in Zeiten islamischen Terrors dramatisch abgerutscht. Es fiel um 31 Plätze zurück und rangiert jetzt auf Rang 51 hinter Ländern wie Rumänien, Tadschikistan oder Albanien. Die Schlusslichter aller 136 bewerteten Länder bilden El Salvador und Kolumbien. Ein Trost für Deutschland: Das Weltwirtschaftsforum bewertet in seiner Tourismusanalyse auch andere Kritierien. Im Bereich Gesundheit und Hygiene belegte Deutschland den ersten Platz. *FH*

Kiew steht im Verdacht

Kiew – Der ukrainische Sekretär des Sicherheitsrats, Alexander Turtschinow, hat einen in der „New York Times“ erschienene Bericht dementiert, in dem der ukrainische Raketenbauer „Juschmasch“ verdächtigt wird, durch Raketenlieferungen an Nordkorea zu dessen erfolgreichem Atomprogramm beigetragen zu haben. Damit würde die Ukraine gegen die Anfang August vom UN-Sicherheitsrat verschärften Sanktionen gegen Pjöngjang verstoßen. Die Zeitung beruft sich auf Experten und Geheimdienste sowie auf eine Analyse der britischen Denkfabrik International Institute for Strategic Studies (IISS). Deren Experte Michael Elleman hält es für durchaus wahrscheinlich, dass die Triebwerke aus der Ukraine – möglicherweise illegal – geliefert wurden. Die Triebwerke erinnerten an ehemalige Sowjettriebwerke, die nur zu wenigen Firmen der ehemaligen Sowjetunion führten. Turtschinow sprach von einer antiukrainischen Kampagne, die von russischen Geheimdiensten lanciert worden sei. *MRK*

»Wo ein Russe ist, ist Russland!«

Fast jeder Dritte Bewohner Estlands ist ein gebürtiger Russe – Wie gefährdet ist das Land dadurch?

„Wo ein Russe ist, ist Russland!“, lautet die Maxime des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Demzufolge würde auch Estland zu Russland gehören. Wie groß ist vor diesem Hintergrund die Gefahr eines russischen Einmarsches in das Baltikum im Allgemeinen und die Republik Estland im Besonderen?

In Estland machen gebürtige Russen knapp ein Drittel der 1,3 Millionen Köpfe zählenden Bevölkerung aus, in einzelnen Orten sogar über die Hälfte. Die meisten von ihnen sind gegenüber der estnischen Regierung loyal, schon wegen des weitaus höheren Lebensstandards und des besseren Klimas als in ihrer alten Heimat. Unmöglich erscheint indes nicht – der Kreml könnte selber nachhelfen –, dass einige von ihnen Russland „um Hilfe bitten“, was für Putin ein willkommener Anlass zum Einmarsch in dieses Land wäre.

Es kommt hinzu, dass der jetzige US-Präsident vielfach Bewunderung für Putin äußerte und ein Sonderverhältnis zu ihm aufbauen zu wollen schien, wenn sich dieses auch neuerdings wohl geändert haben dürfte. Auch hat er bisher kein Wort verloren über das Baltikum. Er hat zwar mehrfach Reval wegen seines Zwei-Prozent-Beitrags für Militärzwecke gelobt, aber sein Unterstützer Newt Gingrich lehnt jeden Beistand für das Baltikum ab mit der Behauptung, Estland sei „eine Vorstadt von Sankt Petersburg“.

Zumindest Trumps Berater werden wissen, dass der Artikel V des NATO-Vertrages bei einem militärischen Angriff auf einen baltischen Staat die NATO und die USA zu einem Eingreifen verpflichtet. Ein passives Hinnehmen würde überdies jedes Vertrauen der Europäer zu den Vereinigten Staaten zerstören, wobei andererseits das Vertrauen der Esten in die europäischen NATO-Partner auch nicht besonders stark ist.

Völlig unabhängig von den offenbar oft wechselnden Äußerungen Trumps sind bereits seit etlichen Jahren die CIA sowie – schon aus alter Tradition – der britische MI6 und der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) in Estland aktiv und arbeiten recht eng mit den dortigen Nachrichtendiensten zusammen. Der Leiter des militärischen Nachrichtendienstes Estlands, Oberstleutnant Kaupo Rosin, sagte erst unlängst, das Baltikum „ist bedroht, wenn auch nicht unmittelbar“.

Mit Argwohn verfolgen sie alle Russlands für September vorgesehenes größtes Manöver seit 1991 mit 500 000 Soldaten, wenngleich dessen Schwerpunkt nach allen bisherigen Erkenntnissen wohl weiter südlich liegen dürfte. Dass Russland durch eine wachsende Militärpräsenz an Estlands Grenzen, subversive Propaganda und eine keineswegs erfolglose Militärspionage seinen Nachbarn zumindest zu beunruhigen sucht, ist ein offenes Geheimnis. Der vor zehn Jahren erfolgte Cyberangriff Russlands, der Reval eine ganze Woche vollständig lähmte, ist keineswegs vergessen.

> Für kommenden Monat plant Putin das mit 500 000 beteiligten Soldaten größte Mannöver seit 1991

Noch Ende vergangenen Jahres befürchtete Estland, die Russen würden zu Beginn eines Wochenendes mit Massen von Panzern überfallen. Selbst mit Hilfe der dort stationierten 1000 britischen Soldaten wäre Estland nur 60 Stunden zu halten, sodass nach einem verbreiteten Slogan in den russischen Grenztruppen „am Montagmorgen unsere Soldaten ihre Füße in der Ostsee waschen werden“. Eine westliche Rückeroberung würde laut Putins Worten einen direkten Krieg bedeuten.



Russlands Panzerwaffe ist nach wie vor respekteinflößend: T-90 auf dem Roten Platz *Bild: pa*

Längst aber hat sich das Bild Estland sowohl in psychologischer als auch in militärischer Hinsicht völlig verändert. Es war wohl der Trotz seiner Menschen gegen die vermeintlich drohende, nunmehr dritte „Befreiung“ durch Moskauer Militär, der den Patriotismus und damit die Verteidigungsbereitschaft der Esten enorm steigerte, die ohnehin als tapfere Soldaten bekannt sind. Hatte man lange Zeit eine, wenn auch nur moralische Unterstützung des Westens vermisst, so herrscht heute nicht nur in Regierungskreisen, sondern auch bei dem berühmten Mann auf der Straße allgemein Zuversicht. „Die Sicherheit unseres Landes steht an erster Stelle“, bekommt man auf diesbezügliche Fragen wiederholt zu hören.

Eine wichtige Unterstützung der estnischen Streitkräfte, die weder über eine Luftwaffe noch über Panzer verfügen, war die Entsendung von 3500 US-Soldaten der 3. Kampfbrigade der 4. Infanteriedivision, welche nicht der NATO, sondern direkt dem Pentagon untersteht. Dies geschah ohne Absprache mit Trump, der diesen Schritt aber auch nicht widerrief. Zusammenstöße mit russischen Militäreinheiten würden eigentlich Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Russland bedeuten. Seit Juni überfliegen auch vom Radar nicht erfassbare sogenannte Tarnkappenbomber der USA das östliche Ostseegebiet. Ganz neu ist der Einsatz modernster Radarsatelliten, die auch durch Wolken, Regen und Schnee nicht gestört werden und sogar unterirdische radioaktive Anlagen aufspüren können. Zu erwarten ist, dass die USA in aller Kürze Estland mit Flugabwehrraketen vom Typ „Patriot“ versehen werden.

Unter diesen Gegebenheiten scheint ein russischer Überraschungsangriff auf Estland unmöglich. Gegenwärtig sind die Panzer Moskaus nah der estnischen Grenze noch mit Übungsmunition für Manöver versehen. Sie mit scharfem Kriegsgerät auszurüsten würde angesichts notwendiger größerer Truppenbewegungen den heutigen Satelliten nicht entgehen. Erdbodengeräte der CIA vermelden auch Bewegungen schwererer Fahrzeuge in Echtzeit, wie etliche Vorfälle in der damaligen DDR bewiesen.

Bereits 48 Stunden nach einem russischen Einmarsch wären US-Flugzeuge mit nuklearen Gefechtsfeldwaffen im Baltikum. Man sollte unterstellen, dass zugleich eine Division der US-Armee mit 15 000 bis 20 000 Mann aus dem Raum Frankfurt am Main und Wiesbaden einsatzbereit wäre. Der Traum vom „Füßewaschen“ an der Ostseeküste wird zumindest hinsichtlich des baltischen Küstenabschnitts eine Illusion bleiben. Wohin eine kriegerische Auseinandersetzung letztlich führen könnte, ist leicht vorstellbar. In Reval glaubt man an die Einsicht Putins, dass ein Atomkrieg das Ende Russlands und seiner selbst bedeuten würde.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Kriegsgefahr im Himalaya

Grenzstreit zwischen Indien und China droht weiter zu eskalieren

Im Himalaya stehen sich erneut chinesische und indische Truppen feindlich gegenüber, und es werden erstmals schwerwiegende kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den beiden verfeindeten asiatischen Großmächten befürchtet. Begonnen hatte der aktuelle Konflikt im Juni, als die chinesische Armee mit dem Bau einer Straße beim Ort Doka La im Westen des bisher in keine staatlichen Strukturen eingebundenen Hochlands von Donglang an der Grenze zu Bhutan begann, das von China wie von Bhutan als Teil des eigenen Territoriums betrachtet wird. China kann sich bei seinen Ansprüchen auf den britisch-chinesischen Grenzvertrag von 1890 berufen, der damals allerdings ohne Beteiligung Bhutans abgeschlossen worden war.

Bhutan, das keine diplomatischen Beziehungen zu China unterhält, bat nach Beginn der Baumaßnahmen das verbündete Indien um Hilfe. Delhi hat ohnehin dauerhaft Pioniertruppen und Militärausbilder im nördlichen Nachbarland stationiert und rückte mit Truppen auf dem Plateau ein, die sich direkt neben den chinesischen postierten. Daraufhin unterbrachen die Chinesen den Straßenbau.

Nun wirft China Indien einen Einmarsch in sein Hoheitsgebiet vor, während Indien China einen illegalen Übertritt in das Gebiet seines Verbündeten unterstellt. Hochrangige Vertreter beider Seiten sprechen von einem äußerst schwerwiegenden Konflikt, den es so noch nie gegeben habe und der zu weitaus mehr Toten als die bisherigen Grenzkriege beider Länder führen könnte. Eine Auseinandersetzung in dieser Schärfe hatte es in der Region seit dem Indisch-Chinesische Grenzkrieg von

> Eskalation nach dem Beginn des Baus einer chinesischen Straße

1962 nicht mehr gegeben, der etwa 2000 Tote gefordert und zu einer bis heute andauernden Feindschaft zwischen beiden Staaten geführt hatte.

Indien hatte in letzter Zeit die Verteidigungsanlagen entlang seiner Nordgrenze massiv ausgebaut, was China zum Bau der Straße und zum Abriss eines aufgelassenen indischen Bunkers im Donglang veranlasste – offenbar um das militärische Gleichgewicht in der Grenzregion ein kleines Stück weit wiederherzustellen. Indien sieht dadurch umgekehrt seinen nahen Schiliguri-Korridor bedroht, der als dünner Landstreifen zwischen Nepal und Bangladesh den Hauptteil Indiens mit dessen nordöstlichen Provinzen verbindet. Delhi befürchtet, dass Peking im Kriegsfall nach Süden vorstoßen und diese Verbindung kappen könnte, obwohl die militärische Stärke Chinas in der Region hierzu bis auf Weiteres kaum ausreichen dürfte. Bislang war das Gebiet denn auch niemals Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen. Sie fanden stets weiter westlich und östlich statt. Im Juli erneuerte China seine Aufforderung an Indien, das Donglang-Gebiet umgehend zu verlassen, sperrte den nur zwei Jahre zuvor für Pilger freigegebenen wichtigen Grenzübergang zum Kailash am Nathula und begann demonstrativ mit scharfen Schießübungen seiner in Tibet stationierten Streitkräfte. Umgekehrt zieht Indien umfangreiche Truppenverbände entlang der Grenze zusammen. Schon längst kochen in beiden Staaten von den Medien beflügelt die Volksseelen hoch, und es dürfte angesichts der verfahrenen politischen Lage erheblicher diplomatischer Anstrengungen bedürfen, einen friedlichen Ausstieg aus der aktuellen Kriegsspirale zu finden. *Thomas W. Wyrwoll*

Überraschende Kehrtwende

Paris will größte Schiffswerft des Landes nicht Italienern überlassen

Frankreichs Regierung hat mit ihrer Ankündigung, die größte Schiffswerft des Landes zu verstaatlichen, für Verärgerung im Nachbarland Italien gesorgt. Noch in der Amtszeit von Präsident François Hollande war nämlich vereinbart worden, dass die italienische Gruppe Fincantieri 48 Prozent an dem Schiffbauer STX in Saint-Nazaire übernimmt, weitere sieben Prozent sollten von der Sparkassenstiftung Cassa di Risparmio gehalten werden. Zur Überraschung der Italiener hat Frankreichs Regierung nun eine abrupte Kehrtwende gemacht. Verbunden mit einer kurzen Frist ging an die italienische Seite die Forderung, auf eine Mehrheit an Frankreichs bekanntester Werft zu verzichten. „Wenn unsere italienischen Freunde unseren redlichen Vorschlag nicht akzeptieren, wird der Staat sein Vorkaufsrecht wahrnehmen“, so Wirtschafts- und Finanzminister Bruno le Maire.

Die früher unter dem Namen Chantiers de l'Atlantique bekannte Werft gehört bislang mehrheitlich der südkoreanischen Gruppe STX Offshore and Shipbuilding. Der französische Staat hält bislang 33 Prozent an dem Unternehmen. Düpiert ist mit der Kehrtwende vor allem Europas größter Schiffbauer, das italienische Unternehmen Fincantier. Die Italiener hatten geplant, unter anderem mit der Übernahme der französischen Werft eine Art „Airbus der Schifffahrt“ auf die Beine stellen zu können. Laut französischen Medienberichten soll der italienische Konkurrent auch der einzige gewesen sein, der ein Kaufangebot für die STX-Werft abgegeben hat.

Die französische Presse spekuliert unterdessen, welche Motive hinter der in Paris getroffenen Kehrtwende stecken. In einigen

> Die Übernahme war bereits vereinbart worden

Berichten wird die Vermutung geäußert, eine Verstaatlichung könnte lediglich ein Zwischenspiel sein, die Regierung wolle die Werft später an einen großen italienischen Betreiber von Kreuzfahrtschiffen weiterreichen.

Andere Beobachter sehen Befürchtungen vor dem Abfluss französischer Technologie nach China als Grund. Der italienische Schiffbauer Fincantieri hat im Reich der Mitte ein Gemeinschaftsunternehmen zum Bau von Kreuzfahrtschiffen gegründet.

Frankreichs Regierung nennt als Motiv Sorgen um die regionale Wirtschaft und um die Sicherheit der Arbeitsplätze. Dabei sind die Aufträge in Saint-Nazaire auch aufgrund italienischer Aufträge für Jahre gesichert.

Die Wende bei der Übernahme von STX ist nicht der einzige Punkt, der im Vorfeld eines für Ende September geplanten französisch-italienischen Gipfeltreffens für Verstimmung in Rom sorgt. So hat Frankreichs Präsident bei der Aufnahme von Asylsuchern zwar wiederholt Solidarität von den osteuropäischen EU-Mitgliedern gefordert, als allerdings aus Italien unlängst die Forderung kam, im Mittelmeer auch Häfen in anderen EU-Ländern für „Flüchtlingsschiffe“ zu öffen, wehrte Frankreich ab. Auch der Vorstoß Emmanuel Macrons, in Libyen Registrierungsstellen für Migranten einzurichten, ist nicht nur in Brüssel, sondern auch in Rom nicht sonderlich gut aufgenommen worden. Mit der öffentlichen Ankündigung Macrons, notfalls im Alleingang ohne die EU, solche Zentren in Libyen zu etablieren, musste sich die EU-Kommission düpiert fühlen. Italiens Regierung musste wiederum zur Kenntnis nehmen, dass Paris sie bei Verhandlungen zu den Migrationszentren in Libyen nicht dabei haben will. *Norman Hanert*

Bald darf der Sündenbock ran

Soll ein Deutscher auf EZB-Chef Draghi folgen? Der müsste dann für die Fehler seiner Vorgänger büßen

Die Amtszeit des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, endet zwar erst 2019. Schon jetzt aber werden mögliche Nachfolger genannt. Recht gute Chancen werden Bundesbankchef Jens Weidmann eingeräumt. Gute Aussichten? Kaum: Ein Deutscher kann an der Spitze der EZB nur verlieren.

Vor allem aus den Reihen der CDU/CSU sind Forderungen zu hören gewesen, nach Mario Draghi müsse ein Deutscher an die Spitze der EZB rücken. Nach acht Jahren endet Draghis Amtszeit im übernächsten Jahr, eine Verlängerung ist nicht möglich.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) sprachen im Mai davon, bei der Besetzung des EZB-Chefpostens deutsche Ansprüche geltend machen zu wollen. CSU-Politiker forderten das bereits im vergangenen Jahr. Draghis Nachfolger müsse „ein Deutscher sein, der sich der Tradition der Währungsstabilität der deutschen Bundesbank verpflichtet fühlt", so der Vizechef der Unionsfraktion, Hans-Peter Friedrich (CSU), im Frühjahr 2016.

Als weiterere mögliche Kandidaten gelten neben Jens Weidmann momentan auch François Villeroy de Galhau von der Banque de France und der niederländische Notenbankchef Klaas Knot. Für Weidmann spricht, dass mit Wim Duisenberg und Jean-Claude Trichet bereits ein Niederländer und ein Franzose an der Spitze der EZB gestanden haben. Auch ein weiterer Vertreter der Banca d'Italia als unmittelbarer Nachfolger von Mario Draghi ist nur schwer vorstellbar.

Vor diesem Hintergrund könnte ein Vertreter Spaniens oder Portugals durchaus das Rennen um den EZB-Spitzenposten machen, sollte Jens Weidmann nicht kandidieren. Tatsächlich sprechen einige Gründe dagegen, im übernächsten Jahr ausgerechnet einen Deutschen zum Nachfolger Draghis zu machen: Die Gefahr eines Scheiterns der von Mario Draghi und teilweise auch schon unter seinem Vorgänger Jean-Claude Trichet angeschobenen expansiven Geldpolitik ist bereits enorm, und das Risiko wächst ständig weiter. Nach den umstrittenen Käufen von Staatsanleihen durch die EZB rückt nun immer mehr das Problem überschuldeter und unproduktiver Unternehmen ins Blickfeld, denen die Pleite droht, sollte die EZB ihre Nullzinspolitik beenden.

> Experte: Mit ihrer Geldpolitik hat die Euro-Zentralbank eine »riesige Pleitewelle« aufgestaut – es droht ein Fiasko

Die Bank of America stuft rund neun Prozent der größten börsennotierten Unternehmen in Europa als sogenannte „Zombie-Firmen" ein. Unternehmen also, die durch die Zentralbankpolitik nach dem Beispiel Japans künstlich am Leben erhalten werden, obwohl sie sich aus eigener Kraft eigentlich nicht mehr am Markt halten können. Man könnte auch sagen: klinisch tot.

In der „Neuen Züricher Zeitung" warnte der Unternehmensberater Markus Krall vor den Folgen der zehn Jahre anhaltenden Billigzinspolitik der EZB: „Im Kern stauen wir eine riesige Pleitewelle auf, die umso grösser wird, je weiter wir sie nach hinten verschieben." Krall, der Unternehmen und Banken seit 25 Jahren bei der Risikobewertung berät, machte auch auf das hohe Volumen von schlechten Krediten in den Büchern europäischer Banken aufmerksam. Die Europäische Bankenaufsicht bezifferte die Summe der Kredite mit hohem Ausfallrisiko bei europäischen Banken Ende 2016 auf rund eine Billion Euro, mehr als das Dreifache eines deutschen Bundeshaushalts. Eine EU-weite Pleitewelle von Unternehmen, eingeleitet durch eine Zinserhöhung der EZB, würde den Berg notleidender Kredite schnell weiter in die Höhe treiben. Absturzgefahr lauert auch an den Aktienmärkten und bei den Immobilienpreisen, sollte die Flut billigen Geldes verebben.



Seit Jahren in ständigem Gegensatz: Jens Weidmann (l.) und Mario Draghi Bild: Getty

Jeder Nachfolger Draghis, vor allem aber ein deutscher Kandidat, droht damit in eine Zwickmühle zu geraten. Hält die EZB an der ultralockeren Geldpolitik fest, kann sie damit überschuldeten Staaten und Unternehmen zwar weiteren Aufschub verschaffen. Die Deutschen müssten allerdings sehr stark die Lasten dieser Geldpolitik zahlen: Durch ausbleibende Zinsen auf Erspartes, hohe Immobilienpreise und Mieten und spürbaren Preisauftrieb im Alltagsleben. Kommt es am Ende zum Crash, müsste wiederum die Deutsche Bundesbank als größte Mitgliedsbank die größten Verluste durch die Anleihekäufe der EZB verkraften.

Damit nicht genug. Deutschland droht sogar, dass es zusätzlich zu den finanziellen Lasten des Euro-Rettungsversuchs am Ende auch noch die Rolle eines Sündenbocks zugeschoben bekommt. Sollte es nämlich ein Vertreter der Bundesbank sein, der als EZB-Chef die Geldschleusen in der Eurozone wieder schließen muss, überrollt eine umfassende Pleitewelle von Zombie-Unternehmen und überschuldeten Staaten wie Griechenland und Italien ganz Europa. Mit einem Deutschen an der Spitze der EZB, der die expansive Geldpolitik wieder zurückfährt, wäre der Vorwurf vom „deutschen Komplott" zur Schädigung des übrigen Europa geradezu programmiert. *Norman Hanert*

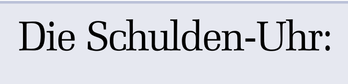
MELDUNGEN

Chinesen wollen Fiat kaufen

London – Der italienisch-amerikanische Autokonzern Fiat Chrysler steht möglicherweise vor einer Übernahme durch ein chinesisches Unternehmen. Rund 15 Milliarden Euro soll der Konzern mit Hauptzentrale in London nach Schätzungen wert sein. Er gilt als siebtgrößter Autohersteller der Welt, arbeitet im Vergleich zur Konkurrenz aber wenig profitabel. Das macht ihn zum Übernahmekandidaten. Gleich mehrere chinesische Technikkonzerne sind interessiert. Es wäre ihre zweite Übernahme eines europäischen Autoherstellers. Volvo ist bereits im Besitz der Geely Gruppe. Zu Fiat Chrysler gehören unter anderem die Marken Jeep, Dodge und Alfa Romeo.

Online-Werbung in der Krise

Freiburg – Fast sieben Milliarden Euro werden jährlich allein in Deutschland mit Internet-Werbung umgesetzt. Experten befürchten jetzt aber massive Einbrüche. Die Wirksamkeit der digitalen Werbe-Botschaften wird immer mehr bestritten. Die Freiburger Agentur Virtual Identity errechnete beispielsweise, dass hierzulande 800 Millionen Euro in Onlinewerbung investiert werden, die niemand wahrnimmt. Der US-Konzern Procter & Gamble strich bereit, 100 Millionen Dollar Internet-Werbeetat. *FH*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.987.061.495.216 €
Vorwoche: 1.987.021.523.453 €

Verschuldung pro Kopf:
24.179 €
Vorwoche: 24.179 €

(Dienstag, 15. August 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Eine Art Öko-Firma?

Warum die Deutsche Umwelthilfe den Diesel bekämpft

Ein kleiner Verein mit nicht einmal 300 Mitgliedern mischt die Republik auf. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kämpft für Dieselfahrverbote und klagt gegen die Autoindustrie. Einer der beiden Bundesgeschäftsführer ist Jürgen Resch, ein wortgewaltiger Mann, der sich selbst als Umweltlobbyist verstanden wissen will und gerne seine Unabhängigkeit betont. Kritiker nennen seine DUH geringschätzig einen Abmahnverein. Der Verein streitet vor Gericht für den Umweltschutz und für Verbraucherinteressen, erwirkt Abmahnungen und verdient sehr viel Geld damit. Denn die Buß- und Strafgelder, die sie vor Gericht erstreitet, darf sie behalten. Das waren etwa 2,5 Millionen Euro 2015. Aus Mitgliedsbeiträgen nimmt der Verein keine 170 000 Euro ein. Pro Jahr stehen dem Verein rund acht Millionen Euro zur Verfügung, mittlerweile beschäftigt er 80 Mitarbeiter. Den Großteil seiner Einnahmen bestreitet er aus Spenden.

Zu den Unternehmen, die Reschs Verein unterstützen gehören mit der Telekom, ein Unternehmen, das zu rund einem Drittel direkt oder indirekt in Staatsbesitz ist, und mit Toyota sogar ein Automobilkonzern. „In Japan werden die Toyota-Werke größtenteils mit Atomstrom betrieben. Das stört die Deutsche Umwelthilfe offenkundig nicht. Und Toyota hat ein vitales Interesse an der Schädigung zum Beispiel von VW", schreibt die Zeitung „Börse am Sonntag". Die DUH sei keine klassische Umweltorganisation mit Ortsgruppen, wie etwa der Bund



DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch Bild: DUH

für Umwelt- und Naturschutz, sondern eher eine Art Öko-Firma, die Kampagnen, Klagen und Projekte initiiert, analysiert die „Süddeutsche Zeitung".

Die Umwelthilfe ist einerseits eine klageberechtigte Umweltorganisation und andererseits seit 2004 eine „qualifizierte Einrichtung", die an der Marktüberwachung teilnimmt und das Recht hat, Verstöße gegen Verbraucherschutzvorschriften zu verfolgen. Dieses Privileg hat sie der rot-grünen Bundesregierung zu verdanken. Die Nähe zu den Grünen ist unübersehbar. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann duzt den DUH-Chef und stand ihm doch vor wenigen Wochen als Gegner vor Gericht gegenüber. Die DUH klagte in Stuttgart und gewann. Mit dem wohl richtungsweisendem Urteil machte Resch den Weg frei für ein Diesel-Fahrverbot in der baden-württembergischen Landeshauptstadt.

„Es reicht nicht, Missstände nur zu beklagen. Erst wenn man gegen diese konsequent vorgeht, kann man auch etwas erreichen", sagt Resch. In einem jahrelangen Kampf ums Dosenpfand trug er dazu bei, dass die Getränkeindustrie nicht mehr unbegrenzt Verpackungen zum Wegwerfen auf den Markt bringen konnte. Dies war bislang sein größter Erfolg.

Nun steht er mitten in der Entscheidungsschlacht gegen die Autoindustrie. Ehemalige Weggefährten sagen, dass die Vorstellung, er könne der Mann sein, der das Ende des Dieselmotors eingeleitet habe, Resch sehr schmeicheln würde. *Peter Entinger*

Wahlkampfhelfer Wirtschaft

Die Deutschen sind mehrheitlich zufrieden, und das hilft Merkel

Die deutsche Wirtschaft ist nach wie vor erfolgreich. Die Unternehmen exportierten in den ersten sechs Monaten Waren im Gesamtwert von 638,4 Milliarden Euro ins Ausland. Das waren 6,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Im ersten Halbjahr 2016 war das Plus noch deutlich geringer ausgefallen. Mit rund 2,5 Millionen ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Zahl der Beschäftigten liegt mit 44,1 Millionen auf einem Höchststand. Der Geschäftsklima-Index des Münchner Ifo-Instituts als wichtigster Frühindikator für die deutsche Wirtschaft erreichte im Juli den dritten Monat in Folge ein Rekordniveau. „Die überwältigende Mehrheit in Deutschland ist mit der wirtschaftlichen Situation zufrieden", konstatiert denn auch Manfred Güllner, Chef des Forsa-Instituts. Für die Bundeskanzlerin seien dies gute Nachrichten. „Ihre Ausgangslage ist äußerst komfortabel", sagt er gegenüber Börse-Online. „Gute Konjunkturdaten nutzen meist der Regierung – es sei denn, sie ist fürchterlich schlecht."

An der positiven Stimmung ändert auch die Export-Delle im Juni nichts. Im sechsten Monat dieses Jahres waren die Exporte so kräftig gesunken wie seit fast zwei Jahren nicht mehr. Sie gingen im Vergleich zum Vormonat um 2,8 Prozent zurück. Noch stärker als die Ex- waren die Importe gesunken, nämlich um 4,5 Prozent. Vorangegangen waren allerdings jeweils kräftige Anstiege, worauf Analysten äußerten, es handelte sich um normale Schwankungen.

> Wo viel Licht ist, ist starker Schatten

Der Rückgang der Exporte sei „eine technische Korrektur, ähnlich wie bei der Industrieproduktion. Das ist nach fünf Anstiegen in Folge verkraftbar", lautete der Kommentar Andreas Rees von Unikredit gegenüber dem „Handelsblatt". Der deutsche Außenhandel habe im ersten Halbjahr trotz der vielen protektionistischen Tendenzen weltweit stark abgeschlossen, bestätigte Anton Börner, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen. (BGA). „Den negativen Vormonatsvergleich" hält er „dabei für vernachlässigbar".

Mit Sorge beobachtet die deutsche Export-Branche allerdings protektionistische Pläne, wie sie US-Präsident Donald Trump ins Gespräch bringt, der die deutsche Wirtschaftsmacht zuletzt stark kritisiert hat. „Damit sich der Außenhandel als eine Säule der deutschen Wirtschaft auch weiterhin so positiv entwickelt, ist es notwendig, mit unseren gleichgesinnten Partnern gegen den Protektionismus anzukämpfen", mahnte der BGA-Chef.

Doch selbst, wenn es gelingen sollte, protektionistische Tendenzen abzuwehren, wäre das noch nicht die Lösung aller Probleme. Denn noch zumindest sind die deutschen Außenhandelszahlen gut, und trotzdem hat die Erwerbsarmut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zufolge in Deutschland stärker zugenommen als in anderen EU-Ländern. 3,7 Millionen habe im Jahre 2014 die Zahl der Beschäftigten betragen, die trotz regelmäßiger Arbeit als arm gelten. Und auch die Altersarmut wachse in Deutschland seit 2009 kontinuierlich. Jeder Achte über 65 Jahren sei inzwischen betroffen. *P.E.*

Hanebüchen

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Der Titel der WDR-Dokumentation lässt die Tendenz schon ahnen: „Die Story: Von Rügen bis Usedom. Rechtsruck im Ferienparadies“ will Urlauber auf die Probleme der Einheimischen aufmerksam machen und erklären, warum so viele AfD wählen.

Von getragener Musik unterlegt, werden zunächst malerische Landschaften im „Sehnsuchtsort der Deutschen am Ostseestrand“ gezeigt. Die Ferienunterkünfte sind nahezu ausgebucht, weil die Deutschen in diesem Jahr lieber Urlaub zu Hause machten. Eigentlich müsste das ja ein gutes Zeichen sein und zum Wohlstand der Inseln beitragen. Warum also wählten in Peenemünde 46 Prozent bei der letzten Wahl die AfD und fünf Prozent die NPD? Auch in Wolgast wählten 35,8 Prozent AfD, und in anderen Orten waren es nicht viel weniger. Der Grund ist schnell gefunden: Frust und die Wut über schlechte Lebensbedingungen sowie das Versagen der Politik treibe die Menschen in die Arme von Populisten, fand das Filmteam heraus. Die Leute seien nicht rechts, sondern es handele sich um Protest. Untermauert wird dies mit Originaltönen befragter Bürger. Sie beklagen, dass Krankenhäuser und Geburtshilfestationen geschlossen werden, die hohe Arbeitslosigkeit beziehungsweise, dass es nur schlecht bezahlte Jobs in der Gastronomie und der Tourismusbranche gebe und viele junge Menschen deshalb ihre Heimat verlassen.

Der Film kontrastiert Einheimische, die in heruntergekommenen DDR-Bauten im Hinterland leben mit Strandvillen in Binz, die – in der DDR fast verfallen – saniert und zu Spekulationsobjekten wurden, sehr zur Freude der Immobilienbranche, die jährliche Zuwachsraten von zehn Prozent verbucht. Arbeitsplätze entstehen dadurch nicht. Gut bezahlte Jobs seien selten und würden unter der Hand vergeben. Einige ersehnen deshalb die DDR, „in der alles besser war“, zurück. Ein junger Mann mit Sprachfehler, der erst nach der Wende geboren wurde, schwärmt von den Vorzügen der DDR.

Gelernte Fachkräfte im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im Bäderbetrieb konkurrieren mit ungelernten Arbeitnehmern aus Polen, Ungarn und Tschechien. Sie alle verdienen ein Durchschnittsgehalt von 1000 Euro netto. Dass dies im Westen auch nicht selten der Durchschnitt für einen Ganztagsjob ist, erwähnt der Film nicht.

Fordert WDR zu Boykott auf?

Nun befürchten Hoteliers Einbußen durch die Wahlerfolge der AfD, weil man vor allem im Ausland besorgt reagiere. Die Bürgerwut richte sich auch gegen Asylanten. In Trassenheide auf Wolgast wurde ein Asylantenheim angezündet. Asylsucher kommen zu Wort, die über die Fremdenfeindlichkeit in Mecklenburg klagen. Die Urlauber interessierten alle diese Probleme nicht, heißt es. Auch nicht die Reichen aus Berlin und Hamburg, die Luxus-Wohnungen an der Ostsee kaufen, die sich Einheimische niemals leisten können.

Hanebüchen ist der Sprecherkommentar zum Schluss, dass Urlauber ihrer Lieblingsferienregion den Rücken kehren könnten, wenn sich die Lage verschlimmere. Soll das eine öffentlich-rechtliche Aufforderung zum Urlaubsboykott sein?

Generation Interrail

Von Volker Kleinophorst

Wenn ich mir so überlege, was ist eigentlich meine Generation, wie könnte man die bezeichnen? Für die 68er bin ich, Jahrgang 1957, eindeutig zu jung. Die Generation Golf waren die verwöhnten, kleinen Geschwister. Für die bin ich schon zu alt. Wir gingen jobben und hatten alte Schlurren.

Interrail, das war das Phänomen meiner Jugend. Das Interrail-Ticket kam 1972 auf den Markt und war an meiner Schule gleich der Hit. Ein Monat, ein Ticket, ein Preis und unbegrenzt Zugfahren in ganz Europa. Damals kostete ein Ticket (Jugendlicher, 2. Klasse) für einen Monat 235 Mark (zirka 118 Euro) heute 493 Euro (zirka 1000 Mark).

Schon im ersten Sommer waren ganz viele damit unterwegs, war es sozusagen „alternativlos“.

Hello sweet Bahnhof: Interrail war ein riesiges Kennenlernprogramm für die Jugend Europas. Wir waren die erste Generation, die sich nicht zuerst auf einem Schlachtfeld begegnete. Mein Opa kannte England und Frankreich noch durch die Kriegsgefangenschaft. Das Interrail-Europa war so vielfältig, die Menschen, die Kulturen zwischen Schweden, Spanien und Griechenland so unterschiedlich. Das war toll. Europa halt. In seinem Glanze. Manchmal fremd. Warum nicht?

Für mich war diese Zeit auf den Zeltplätzen Europas, in den billigen Pensionen in England oder an französischen Stränden nicht unwichtig. Als Deutscher konnte man sich nicht beschweren, was die Aufnahme anging. Unter uns Jugendlichen eh nicht, aber auch die meisten Älteren waren bereit, zu sehen, dass wir nun wirklich nicht „dabei“ waren. Dass es in anderen Ländern andere Regeln, Produkte, Sprachen, Währungen gab, habe ich immer interessant gefunden. Eine Belastung sah ich darin nie. Ein Europa der Vaterländer eben, nicht eine globalisierte Soße.

Die Kontakte dieser Zeit reichen bis in die Gegenwart und haben die europäischen Idee und mein Einverständnis mit dem, was sich heute leider als schlechter Scherz entpuppt, massiv beeinflusst. Dass ich mich als Europäer fühle, hat jedenfalls mehr mit Interrail als mit EU-Politik zu tun. Natürlich bin ich weiter für Europa, auch für offene Grenzen. Aber innerhalb Europas. Von den Außengrenzen war nie die Rede.

Heute will die EU so ein Ticket spendieren, damit man die Vielfalt Europas erlebt (siehe Seite 3). Aber welche Vielfalt? Dass H&M auch in Lissabon die beste Lage okkupiert hat? Wie die Moscheen in Spanien aussehen? Ob Europa anderswo genauso schnell zerfällt wie in Deutschland? Erst einmal ist heute eine Zugtour durch Europa im Gegensatz zu meiner Jugend ziemlich gefährlich. Einfach auf einem Bahnhof pennen? In diesen Zeiten, wo Bruderliebe und Humanität gerne mal mit dem Messer durchgesetzt wird, ist es schlichtweg lebensgefährlich.

Was man heute auf so einem Trip sieht, ist ja noch nicht einmal mehr „besuchen Sie Europa, solange es noch steht.“ Da sind wir schon millionenfach drüber hinaus. Das Europa, das man in den 70ern erleben konnte, das gibt es nicht mehr. Was mich wirklich drückt: Die heute mit 18 in den Zug steigen, kennen das schon gar nicht mehr anders. Die können sich ein europäisches Europa schon gar nicht mehr vorstellen.



Interrail früher: Für 235 Mark Europa in seinem Glanze und in seiner Vielfalt kennenlernen. Interrail heute: eine bedrückende, eventuell lebensgefährliche Erfahrung für 493 Euro

Bild: Imago

Frei gedacht



Die Siebengescheiten oder Neunmalklugen

Von Eva Herman

Der Spieß hat sich von selbst umgedreht, so ganz allmählich, Stück für Stück. Gewiss, es hat lange gedauert, bis ich endlich erkennen musste, dass ich die Welt nicht retten kann. Weder kann ich die Welt retten, noch ist es möglich, geistesträge Mitmenschen wachzurütteln, um sie auf die vielfältigen Gefahren hinzuweisen, die wie ein vollbeladener Güterzug auf uns zurasen. Der Prozess hat wirklich lange gedauert, viele, viele Jahre lang, bis sich das alles von einem vorsichtigen Ahnen bis zur unumkehrbaren Erkenntnis konkretisierte. Ich hatte derweil alles gegeben, sogar meinen gutbezahlten Job, meinen viele Jahre lang erarbeiteten guten Leumund, meine wirtschaftliche Sicherheit. Ebenfalls hatten sich viele angebliche Freunde und ‚gute‘ Kollegen ganz plötzlich verabschiedet. Jawohl, ich wollte tatsächlich die Welt retten oder zumindest unser Land. Damit meine ich vor allem unsere Kinder, Mütter, Väter, um es kurz auszudrücken: Mir ging es um unsere Zukunft, um unser Fortbestehen.

Doch nun hat sich der Spieß umgedreht, fast wie von selbst: Neulich erst schnappte der letzte Zentimeter ein, damit war es dann geschehen. Genau anders herum ist es jetzt. Und ganz ehrlich: Ich fühle mich leichter, ein enormer Druck ist abgefallen. Jetzt will ich weder die Welt retten noch unser Land. Ich habe eingesehen, dass es nicht möglich ist. Du kannst weder missionieren noch etwas ändern, sie wollen es nicht. Bloß nicht nachdenken, nur nicht etwas am eigenen Leben ändern müssen. Lieber weiter so im Trott, bis zum bitteren Ende, das von einigen ja durchaus schon erahnt wird. Dafür haben sie etliche Gegenargumente parat, die noch flacher sind als meine schöne Heimat Ostfriesland.

Wir wollen diese Leute für diesen Aufsatz einmal die Siebengescheiten nennen, andere sagen auch Neunmalklug. Das Schlimme ist: Viele dieser Siebengescheiten sind ja eigentlich ganz nett. Du kannst Dich gut mit ihnen unterhalten über alle möglichen Themen, sie wirken so normal und freundlich, so wie früher. Aber sobald Du nur mit den Themen anfängst, mit „diesen Themen“, da schauen sie Dich an, mit kreisrunden, weit aufgerissenen Augen, und sie verstehen Dich nicht mehr. Als sei es eine Geschichte vom anderen Stern, die Du berichtest: Unser Land wird derzeit islamisiert. „Das ist doch lächerlich“, pflegen die Siebengescheiten dann zu sagen, „nur eine vorübergehende Sache, ganz gewiss nicht angenehm. Aber so schlimm ist es nun auch wieder nicht, mach mal halblang.“ Sie schauen Dich dann auch an, als ob gleich die Nazifalle zuschnappt, die Siebengescheiten können nämlich ziemlich unangenehm werden. Nein, sie wollen nicht verstehen, dass uns jetzt dasselbe Schicksal droht wie einst dem Irak, dem Iran, Libyen, Syrien, Jugoslawien und so weiter. Vor einigen Jahrzehnten noch gab es in diesen Ländern weitgehend Frieden zwischen den verschiedenen Religionen, die Menschen lebten nebeneinander und miteinander. Natürlich flammten hier und da Stammesfehden auf, doch sie konnten stets in Grenzen gehalten werden. So genau hätten die Siebengescheiten da noch nicht hingeschaut, sagen sie dann meist. Auch nicht, als sich unser Land an den NATO-Einsätzen beteiligte. Nein, mit Auslandspolitik muss man sich halt auskennen, da halten wir uns lieber heraus.

Tja, und jetzt sind wir dran. Kaum zu glauben, oder? Es wird genau so kommen, wie auch dort schon. Die Siebengescheiten checken es aber nicht. Weil sie partout nicht wollen. Letztendlich hatte es bei uns ja all die Jahre auch ganz gut geklappt im Miteinander, obwohl schon in den 60ern ein vergleichsweise massiver Zuzug von Bürgern islamischer Herkunft verzeichnet wurde. Millionen wurden es schließlich. Damals warnten noch unsere Politiker: „Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag!“ (Helmut Schmidt 1981). „Wir sind kein Einwanderungsland!“ (Hans-Dietrich Genscher 1984). „Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert“ (Angela Merkel 2004). Das alles haben die Siebengescheiten vergessen, ebenso wie die Politiker selbst sich kaum daran erinnern. Oder warum kehrte Angela Merkel ihre damals getätigte Aussage jetzt ins komplette Gegenteil: „Es ist offenkundig, dass der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört“ (Angela Merkel 2015). Auch hier werden die Siebengescheiten nicht einmal stutzig. Sie fragen nicht, sie forschen nicht, sie lesen auch nichts nach, denn ihnen genügt, was Jan Hofer oder Claus Kleber abends verkünden. Damit haben sie sich nämlich ausreichend informiert, finden sie, wurden in Wahrheit in Form gebracht, abgerichtet, von den sogenannten Nachrichtenexperten.

Ja, die Siebengescheiten. Zum Glück bin ich fertig mit ihnen. Ich erkläre ihnen nichts mehr, dieser innere Drang hat endlich aufgehört zu existieren. Denn die Siebengescheiten sind es gar nicht wert. Perlen vor die Säue. Seit 2015 konkretisierten sich hier im Land ganz deutlich die Indizien. Und nun? Ja, klar, sagen die Siebengescheiten, alles Einzelfälle. Wirklich? Sie glauben es immer noch nicht, dass die Verhältnisse jetzt unumkehrbar geworden sind. Unsere Kinder lernen seit Neuestem islamische Rituale in der Schule, dagegen verschwinden christliche Symbole zunehmend aus dem Blickfeld. Die Ernährung in Kantinen und Schulen ist zunehmend halal, das Schächten der Tiere, gegen das einst Grüne und Greenpeace wie auch Tierschutzvereine Sturm liefen, ist längst im Alltag angekommen. Die Haute-Couture-Kreateure in Paris, Mailand und New York bringen Hijab und Burka auf die internationalen Laufstege, die Prêt-à-Porter-Fashion zieht nach, schließlich kommt die neue Mode bei beherrschenden Globalistenketten wie H&M an. Alles normal, finden die Siebengescheiten, sogar chic ist es. Sie stören sich auch nicht an den Fakten, dass die immer noch täglich einströmenden Migranten einen hohen Anteil an Kriminellen, gar an Terroristen haben, die jetzt Furcht, Schrecken, Gewalt und Mord verbreiten. Die Siebengescheiten, sie bleiben völlig ungerührt. Keine Anzeichen von Sorge oder Furcht. Selbst ihre Rente, ihre Altersversorgung, all ihre Sicherheiten des Sozialsystems, es scheint den Siebengescheiten nicht wichtig zu sein. Sonst würden sie wohl etwas genauer die derzeitigen Aushöhlungsvorgänge beobachten. Die Siebengescheiten scheren sich auch nicht darum, dass unter den Millionen Einwanderern tatsächlich auch wirkliche Flüchtlinge sind, die genauso in unmenschlichen Auffanglagern landen und hier, genau wie in ihrer Heimat, null Zukunft haben wie auch der Millionenrest. Diese Differenzierung bereitet den Siebengescheiten offenbar viel Mühe, weswegen sie alle kurzerhand als Flüchtlinge bezeichnen. Wer guckt, das macht die Kanzlerin schließlich auch.

Der Ballast ist fort: Ich fühle keine Verantwortung mehr für die derzeitigen Vorgänge in unserem Land. Der Glanz des Dichtens und Denkens ist längst verloschen, er ist nicht mehr zurückzuholen. Heute bestimmen die Siebengescheiten das Bild. Die Siebengescheiten werden Ende September eine neue Regierung wählen. Und nichts wird sich verändern. Ich habe mich entschlossen, den Siebengescheiten jegliches Gespräch zu entziehen: Ich rede nicht mehr mit ihnen. Der Ballast ist damit abgefallen. Mir geht es gut. Die momentane Entwicklung könnte auch nur ein Übergang sein in eine neue Zeit.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Die Sprach-Rempler

Die vor 400 Jahren gegründete »Fruchtbringende Gesellschaft« und ihre späten Früchte in der heutigen Welt

Seit 400 Jahren gibt es so etwas wie eine Sprachpolizei. Am 24. August 1617 wurde mit der „Fruchtbringenden Gesellschaft“ in Weimar eine Akademie zur Pflege der deutschen Sprache gegründet. Am Vorabend des Dreißigjährigen Krieg erkannte man, dass man das Volk mit sprachlichen Regeln „anstupsen“ müsse, damit es im Land zu Veränderungen kommt. So läuft das bis heute.

Jüngst ist die 27. Auflage des Dudens erschienen. Gegenüber der früheren Auflage des Rechtschreibwörterbuchs der deutschen Sprache sind 5000 neue Wörter aufgenommen, darunter Anglizismen und Fremdwörter wie Selfie (Selbstporträt per „Smartphone“), Undercut (ein Frisurenschnitt), facebooken (Verbform von: sich mit „Facebook“ beschäftigen), Hygge (Dänisch für Gemütlichkeit), queer (alles andere als heterosexuell) oder Fake News (Falschnachrichten).

Hätten die Mitglieder der „Fruchtbringenden Gesellschaft“ heute noch das Sagen, dann wären Sie gegen diese Sprachverhunzung wohl Sturm gelaufen. Als Fürst Ludwig von Anhalt-Köthen vor 400 Jahren die Sprachgesellschaft ins Leben rief, ging es ihm und seinen Mitstreitern, darunter Herzog Wilhelm IV. von Sachsen-Weimar, gerade darum, alles Fremdsprachliche aus Wissenschaft und Dichtung zu verbannen. Denn die Gelehrten- und die Dichtersprache war größtenteils noch Latein. Daran änderte auch Luthers Bibelübersetzung nicht sehr viel, die zunächst nur dafür sorgte, dass die deutsche Sprache in den reformierten Kirchen einzog.

Da die Gründungsväter der „Fruchtbringenden Gesellschaft“ dem protestantischen Glauben nahestanden, ging es ihnen darum, dass Deutsch zur Standardsprache in allen gesellschaftlichen Bereichen wird. Ziel sei es, so hieß es 1622: „Fürs ander / daß man die Hochdeutsche Sprache in ihren rechten wesen und standt / ohne einmischung frembder außländischer wort / auffs möglichste und thunlichste erhalte / uñ sich so wohl der besten außsprache im reden / alß der reinesten art im schreiben uñ Reimen-dichten befleißige.“ In ihrer Blütezeit bis 1680 hatte die Gesellschaft über 500 Mitglieder, darunter die Barockdichter Gryphius, Opitz, Zesen, und Harsdörffer.

Die Brüder Grimm mit ihrem „Deutschen Wörterbuch“ und schließlich Konrad Duden mit dem nach ihm benannten Lexikon setzten die Anstrengungen nach einer einheitlichen Nationalsprache fort. Dabei diente die Sprache auch einer politischen Willensbildung. Im Kampf um die Einheit einer deutschen Nation im 19. Jahrhundert suchte man in der Sprache einen gemeinsamen Nenner, unter dem sich alle Volksgruppen – Ostpreußen, Schlesier, Bayern, Rheinländer, Hanseaten – vereinen ließen.

Sprache diente seit jeher politischen Zwecken. So verfolgte schon die „Fruchtbringende Gesellschaft“ die Absicht, eine deutsche Hochsprache durchzusetzen, damit sich auf diese Weise der Protestantismus durchsetzt. Dichter wie Gryphius oder Opitz, die zu Beginn ihrer Karriere auf Latein dichteten, sorgten mit ihren deutschen Sonetten dafür, dass andere nachzogen. Sie „stupsten“ ihre Kollegen praktisch an, es ihnen gleichzutun.

„Nudging“ heißt dieses vom US-Verfassungsrechtler Cass Sunstein und dem Verhaltensökonomen Richard Thaler in ihrem Buch „Nudge – wie man kluge Entscheidungen anstößt“ propagierte „Anstupsen“ auf Englisch, und das hat sich unter diesem Fremdbegriff inzwischen längst in die Politik eingeschlichen. Dort herrscht inzwischen ein elitärer Politsprech, der sich wenig von den Zeiten der Fruchtbringenden Gesellschaft unterscheidet. Hat der Gelehrten- und Dichterzirkel damals mit dem Latein sein Herrschaftswissen gegenüber dem ungebildeten und größtenteils analphabetischen Volk im Verborgenen gehalten, so zieht die politische Klasse heutzutage sprachlich eine Trennlinie zu den einfachen Leuten durch Anglizismen oder Neologismen, also Wortneuschöpfungen. Weil Zuwanderer keine Flüchtlinge sind, man mit ihnen aber trotzdem Mitleid haben soll, heißen sie jetzt „Geflüchtete“. Und die „Willkommenskultur“ ersetzt die deutsche „Gastfreundschaft“ für „Gastarbeiter“, ein Begriff, der jetzt vermieden wird, weil „Gäste“ wieder gehen.



Fremdwörterbuch? Im Zeitalter, das weniger von Fakten als von Emotionen lebt, ist „postfaktisch“ als neuer Eintrag in die 27. Auflage des Rechtschreibdudens aufgenommen worden Bild: Imago

Nichts verdeutlicht stärker die politische Scheidewand zwischend der Politik und der Gesellschaft als der Versuch, uns die Leichte Sprache und die Gendersprache schmackhaft zu machen. Als „Nudges“, „Anstupser“, lässt man ganz offizielle Testballons fliegen. Zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein Anfang Mai erhielten alle „WählerInnen“ eine „Wahl-Benachrichtigung für die Wahl zum Land-Tag“, die in Leichter Sprache erklärte: „Sie können am Wahl-Tag zur Wahl gehen.“

Eine Sprache, die für geistig Behinderte oder Immigranten verständlich sein soll, wird so zum neuen Hochdeutsch für alle. Manche Medien geben den willigen Helfer dieser neuen fruchtbringenden Gesellschaft. Die „Augsburger Allgemeine“ veröffentlicht bereits seit einiger Zeit Nachrichten auch in Leichter Sprache.

Nicht erst seit dem „Neusprech“ in George Orwells „1984“ wissen wir, dass Sprache ein ideales Mittel für politische Manipulation ist. Ein „Euro-Rettungsfonds“, den die Politiker gerne im Munde führen, ist praktisch dasselbe wie ein „Euro-Krisenfonds“, letzterer ist aber näher an der Wahrheit dran.

Eine „Krise“ bewirkt eine Abwehrhaltung, eine „Rettung“ aber setzt auf Emotionen. Und genau das ist es, was solche sprachlichen Mogeleien anstupsen sollen: das solidarische Verhalten der Masse mit den politischen Entscheidungsträgern.

Im Kanzleramt beschäftigt sich eine auch linguistisch geschulte Projektgruppe mit diesen sanften Propagandamethoden des „Nudgings“. Die Projektleiterin heißt Eva Christiansen und steht auch dem Referat „Medienberatung“ vor. Hier ist eine Fruchtbringende Gesellschaft am Werk, die ihre neuen sprachlichen Früchte über die Medien direkt zu verbreiten weiß. Und das Gute für die Regierenden: Der Bürger merkt noch nicht einmal, wie er sprachlich ausgetrickst wird und Ausdrücke wie „Verpartnerung“, „Hasskriminalität“ oder „postfaktisch“ kritiklos übernimmt. *Harald Tews*



MELDUNGEN

Monteverdi satt beim Musikfest

Berlin – Das Musikfest Berlin, das im Rahmen der Berliner Festspiele bis zum 18. September läuft, wird am 31. August in der Philharmonie von der Staatskapelle Berlin eröffnet. Daniel Barenboim dirigiert Bruckners 8. Sinfonie. Eine weitere Bruckner-Sinfonie, die Neunte, spielt am 6. September das Royal Concertgebouw Orchestra Amsterdam. Im Mittelpunkt steht aber Claudio Monteverdi, dessen 450. Geburtstag dieses Jahr gefeiert wird (die *PAZ* berichtete). Fünf Veranstaltungen sind ihm gewidmet, darunter ist am 2. September eine Aufführung seiner Oper „L'Orfeo“ in der Philharmonie. Karten unter Telefon (030) 25489100 oder online unter tickets.kbb.eu. Programminfos: www.berlinerfestspiele.de. *tws*

Friesenkultur in der Hauptstadt

Berlin – Das Museum Europäischer Kulturen widmet seine 14. Europäischen Kulturtage den drei Frieslanden: Nordfriesland und Ostfriesland im Nordwesten Deutschlands sowie die Provinz Friesland in den nordöstlichen Niederlanden. Zu den Friesischen Kulturtagen, zu denen vom 24. August bis 24. September eine Reihe von Vorträgen, Lesungen und Konzerten laufen, gesellt sich vom 25. August bis 2. April 2018 die Ausstellung „InselWesen. InselAlltag“. Dabei sind Bilder der Fotografin Mila Teshaieva zu sehen, die als „Artist in residence“ über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren auf der Insel Föhr lebte und deren Bewohner porträtierte. Das Museum Europäischer Kulturen, Arnimallee 25, 14195 Berlin, ist von Dienstag bis Freitag jeweils 10 bis 17 Uhr sowie von Sonnabend bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr geöffnet, Telefon (030) 266424242. *tws*

Helden der Kindheit

Aus dem Kinderzimmer ins Museum – Bundeskunsthalle widmet sich der Comic-Kunst

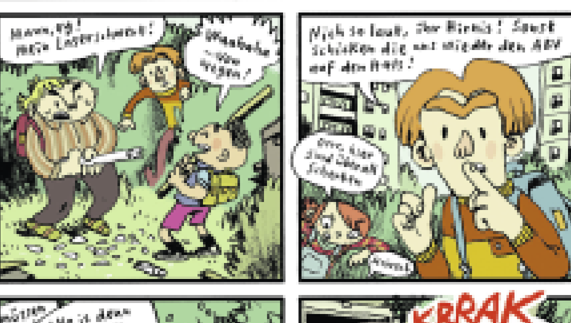
Asterix und Obelix, Donald Duck, Tim und Struppi – das sind für viele heutige Erwachsene die Helden der Kindheit. Wer hätte gedacht, dass die trivialen Bilderfolgen, die man in zerrissenen Heften gelesen hat, später einmal durchaus Museumsqualität besitzen würden? Zu erleben ist das in der Ausstellung „Comics! Mangas! Graphic Novels“, die noch bis zum 10. September in der Bonner Bundeskunsthalle zu sehen ist. Nach Museumsangaben ist dies mit rund 300 Exponaten aus Europa, Japan und den USA die bislang umfangreichste Ausstellung dieser Art in Deutschland.

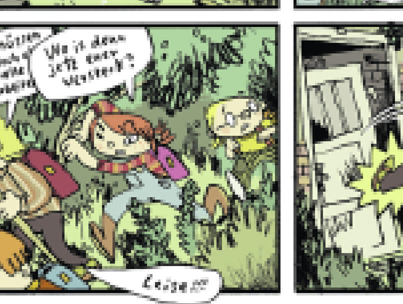
Comics können, wie diese Übersichtsschau anschaulich zeigt, auf eine lange Geschichte zurückblicken. Sie entstanden als Massenmedium Ende des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten, während in Deutschland Autoren wie Wilhelm Busch mit ihrer gezeichneten Literatur Erfolge feierten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erreichten die großen Tageszeitungen in den USA Millionen von Lesern mit ihren Comic-Serien – werktags in schwarz-weiß, sonntags in Farbe. Erwachsene Leser sollten vorranggig angesprochen werden, dann erst Kinder. Inzwischen gehören Comic-Strips, aber auch Karikaturen längst zum täglichen Standard auch in deutschen Tageszeitungen und Zeitschriften.

Zur Jugendkultur wurden Comics in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre. Zu dieser Zeit kamen Comic-Hefte mit ihren Superhelden auf. Wer würde nicht Superman oder Batman kennen? Einen Wandel weg von der Jugendkultur gab es dann in den 1960er Jahren: Ältere Leser wurden vermehrt angesprochen und als Zielgruppe wiederentdeckt. Das erklärt den Siegeszug von Popeye, Lucky Luke oder Hägar, dem Schrecklichen. Sein ganzes Potenzial entdeckt der Comic derzeit mit dem Entstehen der „Graphic Novels“, die historische Ereignisse bildlich hochwertig erzählen.

In Bonn ist die Ausstellung auf den ersten Blick klassisch aufgebaut. Im Eingangsbereich führt ein Film kinomäßig in das Thema Comic ein. Die Comics sind dann in den folgenden Räumlichkeiten quasi wie Kunstwerke an den Wänden aufgehängt. Also alles wie gehabt?







Deutsche Zeichenkunst: „Kinderland“-Comic des Berliners Mawil von 2016 Bild: Mawil / Reprodukt

Nein, mitnichten. Filmstationen, ein bemalter VW-Bus, Büchertische, Vitrinen mit Spielfiguren für Kinder und drei Stationen mit 3-D-Brillen – die Kuratoren haben bei der Gestaltung der Ausstellung ihrer Phantasie freien Lauf lassen können. Aufwendig gestaltet zeigen die dreidimensionalen Präsentationen eine orientalische Stadtlandschaft oder „Hogan's Alley“, einen der ältesten Comics überhaupt. Beeindruckend ist allein schon die Bandbreite an Ausstellungsobjekten zur Geschichte der Comics, mit Porträts berühmter Autoren, mit Beispielen der Populär-, Manga-, Independent- und Graphic-Novel-Kultur.

Im Großen und Ganzen überzeugt diese Ausstellungskonzeption. Die Inhalte sind stringent getrennt und optisch durch die verschiedenartigen Wandfarben in den jeweiligen Räumen auseinanderzuhalten. Der Besucher kann die chronologische Entwicklung der Unterhaltungsform „Comic“ eigenständig nachverfolgen. Dass es am Ende des Rundganges noch einen kleinen Museumsladen gibt, in dem Comics in ihrer ganzen Bandbreite verkauft werden, ist natürlich dem Kommerz geschuldet. Angesichts des fehlenden Ausstellungskataloges sei diese Form der Vermarktung dann schon erlaubt. *Andreas Rüdig*

Blondes Gift

Mauerfall als Kulisse für »Atomic Blonde«

Na also, jetzt wissen wir es genau: Charlize Theron riss die Mauer ein. Ganz alleine und mit viel weiblicher Schlagkraft. In dem Film **Atomic Blonde**, der am 24. August in die Kinos kommt, rollt die südafrikanische Schauspielerin wie eine Dampfwalze über das Berlin der Wendezeit von 1989 hinweg. Als Agentin des britischen Geheimdiensts MI6 ist sie die Spionin, die in die Kälte geht und im Nahkampf ein Heer von Russen sowie Verrätern aus den eigenen Reihen ins Jenseits befördert, nur um an eine belanglose Agentenliste zu kommen.

Nebenher kippt irgendwie von selbst die Mauer um. Die Deutschen – mit Til Schweiger als biederem Uhrmacher und Barbara Sukowa als Pathologin – spielen bloß die Nebenrolle, dafür überleben sie . Die deutsche Geschichte selbst dient nur als Fassade für ein stilistisch aufgepepptes Agentenmärchen unter kalten Kriegern.

Man merkt, dass US-Regisseur David Leitch früher selbst Stuntman war. Seine perfekten Kampfchoreografien stellen alles andere in den Schatten. So auch die Faszination für Berlin, die in der Vorlage für den Film, Antony Johnstons Graphic-Comic "The Coldest City", zum Ausdruck kommt. Theron kämpft sich solo als blondes Gift tapfer durch Berlin, mimt auch verzweifelt die mit blauen Flecken übersäte verletzbare Heldin, bleibt aber kalt und unnahbar wie der gesamte Film. *H. Tews*



Kalte Krieger an Berliner Mauer: Agentin Broughton (Charlize Theron, l.) und Kollege Percival (James McAvoy) Bild: Focus Features LLC.

Die rasenden »Schädlinge ausmerzen«

60 Jahre Tempolimit in geschlossenen Ortschaften – Nur sehr zögerlich bediente Deutschland das Bremspedal

In den Wirtschaftswunderjahren ging es mit rasantem Tempo voran, auch auf den Straßen. Angesichts der zunehmenden Zahl der Unfälle trat das Bundesverkehrsministerium auf die Bremse. Am 1. September 1957 wurde eine Geschwindigkeitsbegrenzung eingeführt: 50 Kilometer pro Stunde in geschlossenen Ortschaften.

Das eigene Auto wurde zum sichtbarsten Symbol des Erfolgs. Wer es bereits zu etwas gebracht hatte, der Herr Fabrikdirektor etwa, Protagonist vieler Kinofilme aus dieser Ära, fuhr Opel Kapitän. Die Nobelkarosse schaffte eine Höchstgeschwindigkeit von 126 Kilometern pro Stunde und kostete 9950 Mark. Der Wagen fürs Volk, der Käfer, erreichte auch mit Rückenwind deutlich weniger auf dem Tacho, aber jeder Autofahrer wollte das Bestmögliche aus seinem Liebling herausholen. Mit der Zahl der Zulassungen stieg die Zahl der Unfälle dramatisch, hauptsächlich verursacht durch Raser. Schon 1951 stellte der damalige Verkehrsminister Hans Christoph Seebohm fest: „Wir müssen in der Lage sein, derartige Schädlinge, die ständig Unfallgefahr für sauber fahrende Menschen heraufbeschwören, aus dem Verkehr auszumerzen."

Der Gedanke an eine Geschwindigkeitsbegrenzung wurde zum Reizthema. Der ADAC verteidigte, ebenso wie heute, die Rechte des souveränen Autofahrers, der sich vom Staat nicht ins Lenkrad greifen lassen will. 1952 stand in der „ADAC Motorwelt", „dass die Unfälle nicht eine Folge wilder Disziplinlosigkeit, sondern eine Frage des unerträglich unsicheren technischen Straßenzustands sind, ... gegen den selbst der sorgfältigste Straßenbenutzer oft machtlos ist".

Im engen Schulterschluss mit der Autoindustrie, in deren Werbung für ein neues Modell die Höchstgeschwindigkeit als wichtigster Kaufanreiz galt, machte der ADAC Front gegen die Einführung von Tempolimits. Die waren keine neue Erfindung. In der Weimarer Republik hatten ab 1927 bereits 30 Kilometer pro Stunde für Personenkraftwagen in Ortschaften gegolten. Im Dritten Reich wurden Geschwindigkeitsbegrenzungen vorübergehend abgeschafft, vor dem Krieg aber wieder eingeführt, um den Benzinverbrauch zu drosseln. Ab 1939 waren Tempo 40 in Städten und maximal 80 außerhalb von Ortschaften erlaubt.

Diese Regelung galt nach dem Kriegsende weiter, auch wenn sich kaum einer daran erinnerte. Im Dezember 1952 wurde das Gesetz der Nationalsozialisten vom Bundestag gekippt. Auf Deutschlands Straßen sollte nichts mehr an die unselige Zeit erinnern. Doch als 1955 der einmillionste Volkswagen in Wolfsburg unter großem Medienrummel vom Band lief und die Zahl der Verkehrstoten auf fast 12 800 stieg – zum Vergleich: 2015 waren es 3475 –, konnte man die Schuld für Letzteres nicht nur an den vielen Schlaglöchern und krummen Fahrbahnen festmachen. Und vor allem nicht an anderen Autofahrern. Der Film „Natürlich die Autofahrer" mit Heinz Erhardt als Wachtmeister Dobermann beschreibt die Rechthaberei am Steuer: „Du hast wohl gedacht, ich bremse, was? Idiot! Ich hatte Vorfahrt!" „Ganz recht, Herr Dobermann, aber eine gewisse Rücksicht muss jeder ..." „Ach was, Rücksicht kann immer nur einer nehmen."

Die Politiker hatten lange gezögert, ein Tempolimit einzuführen. Die „Freie Fahrt für freie Bürger" gehörte zum neuen Lebensgefühl in der jungen Demokratie. Lange genug waren die Deutschen gegängelt worden. Am 3. Juli 1957 stimmte der Bundestag der Geschwindigkeitsbegrenzung zu. Sie ist in Paragraf 3 der Straßenverkehrsordnung festgeschrieben. Fast gleichzeitig führte die DDR Tempo 50 in Ortschaften ein.

Für die Freunde des schnellen Fahrens begannen harte Zeiten. 1958 nahm das bis heute am meisten gefürchtete Bundesamt seinen Dienst auf, das Verkehrszentralregister (VZR) in Flensburg, im Volksmund Verkehrssünderkartei genannt. Bei 18 Punkten sollte der Verkehrsdelinquent, so die amtliche Bezeichnung, den Führerschein verlieren. Dieses Instrument der Verkehrsentziehung erschien der Autolobby wie eine Art Inquisition. Der damalige ADAC-Verkehrsexperte Ernst Fauner nahm folgendermaßen dazu Stellung: „Wäre es möglich, die wirklichen Verkehrssünder herauszufischen aus der Menge der Kraftfahrer, dann wäre die Verkehrssünderkartei weniger als gefährlich zu betrachten. Aber es ist eben praktisch doch sehr schwer, einen Mann, der als Verkehrssünder betrachtet werden muss, rechtzeitig zur Strecke zu bringen. Wie sollte man das machen? Das könnte doch wohl nur mit einem ungeheuren finanziellen Aufwand, mit Einsatz von Kameras und Filmapparaten und dergleichen geschehen."



Wurde vor 60 Jahren in Deutschlands geschlossenen Ortschaften eingeführt: Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 50 Kilometer in der Stunde

Bild: Imago

Bis dahin war die Geschwindigkeitskontrolle eine mühsame und personalintensive Angelegenheit gewesen: Zwei Uniformierte stellten sich in einem gewissen Abstand mit Stoppuhren am Straßenrand auf und stoppten die Zeit, in der ein flotter Autofahrer den Abschnitt passierte. Ein Dritter sauste mit Blaulicht hinter dem Raser her, um ihn dingfest zu machen. Viel effektiver arbeitete das erste Radargerät des Fabrikats VRG 2 von Telefunken. Es kostete 20 000 D-Mark. Testgeräte wurden Anfang 1959 zunächst in Hamburg, Düsseldorf und Ulm aufgestellt, klobige Kästen voller Arglist, wie das Magazin „Der Spiegel" schrieb. Sie blitzten nämlich Heck und Nummernschild. Die hübschen Frontalaufnahmen kamen erst später. „Heimlich von hinten" lautete die Überschrift des „Spiegel"-Artikels über die neue „Wunderwaffe" der Polizei. „Die Rolle der Wegelagerer und Raubritter vergangener Zeiten als Bürgerschreck auf deutschen Straßen wird heute von der Polizei wahrgenommen", erregte sich der Autor. Solche Berichte sprachen den Autofahrern aus der Seele und schürten ihre Wut. Radarfallen wurden abgesägt, beschmiert und zugeklebt.

Die Blitzer machten sich schnell bezahlt. Sie füllten die Stadt- und Gemeindekassen mit Millionen an Strafgeldern. Diesen Erfolg hatte niemand vorausgeahnt. Schon im ersten Jahr vergaben die fleißigen Mitarbeiter des Flensburger Amtes Strafpunkte für 800 000 Verstöße und mussten sich dazu mit Einsprüchen von Unbelehrbaren plagen. Nur wirklich unschuldige Verkehrsteilnehmer kamen ungeschoren davon. Manchmal aber erwischte das Auge des Gesetzes auch tieffliegende Enten oder ein vorbeigaloppierendes Pferd.

Klaus J. Groth

Wie die CIA den Drogenhandel protegiert hat

Auf der Suche nach Verbündeten im Kampf gegen vermeintliche oder reale Gegner sind die USA nicht wählerisch

Die rund um den Globus agierenden Drogenkartelle haben mittlerweile wohl um die 3,3 Millionen Mitglieder und erzielen einen Umsatz in Höhe von etwa acht Prozent des legalen Welthandelsvolumens. Dies verdanken sie in nicht unerheblichem Maße dem US-Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA), der ab 1947 mit den Verbrechersyndikaten paktierte.

Zum Ende des Zweiten Weltkriegs war die Zahl der Heroin-Abhängigen in den USA auf 20 000 gefallen – ein historischer Tiefststand, welcher aus der Unterbrechung der traditionellen Schmuggelrouten, dem Ende des Opiumanbaus in China und der weitgehenden Zerschlagung der korsischen und sizilianischen Mafia resultierte. Damit bestand die einmalige Chance, nun endlich der Drogensucht in den Vereinigten Staaten Herr zu werden. Allerdings verhalf die CIA dem Rauschgifthandel in genau dieser Situation zu einem erneuten Aufschwung, weil sie sich angesichts des beginnenden Kalten Krieges mit diversen Unterweltbossen zusammentat, die bereit waren, gegen Sozialisten und Kommunisten zu agieren. So zum Beispiel in Marseille, das daraufhin ab 1948 zum wichtigsten Drogenlabor der USA aufstieg, in dem die Gangster vor allem Rohopium aus der Türkei weiterverarbeiteten.

> Damals suchten die USA Verbündete für den Kampf gegen den Kommunismus, heute für den »Krieg gegen den Terror«

Später agierte die CIA auch im sogenannten „Goldenen Dreieck", den Hochländern von Burma (heute Myanmar), Laos (früher Teil von Französisch-Indochina) und Thailand. Hier trat sie in die Fußstapfen des französischen Geheimdienstes Service de Documentation Extérieur et de Contre-Espionage (SDECE). Der kontrollierte seit 1951 den Opiumhandel in der Region und verwendete die Einnahmen zur Finanzierung verdeckter Operationen gegen die Befreiungsbewegungen in Vietnam, Laos und Kambodscha. Zudem protegierte er lokale Drogenbarone, wenn deren Leute an der Liquidierung von Vietminh-Guerillas und anderen kommunistischen Aufständischen mitwirkten – am Ende umfassten diese Verbündeten des SDECE stattliche 40 000 Mann.

Um die kriminellen Kollaborateure der Franzosen auf die eigene Seite zu ziehen und im Interesse der Vereinigten Staaten einzusetzen, brach die CIA einen regelrechten Geheimkrieg mit dem SDECE vom Zaun, aus dem sie als Sieger hervorging, nachdem die französische Kolonialmacht 1954 den vietnamesischen Unabhängigkeitskämpfern unterlag. Darüber hinaus schuf sich die CIA noch eine weitere eigene, mit Rauschgift handelnde Untergrund-Armee aus 30 000 Angehörigen des laotischen Bergvolkes der Hmong.

Außerdem verwandelte die CIA den Norden Burmas in die seinerzeit größte Opiumanbau-Zone der Welt, um den dort untergekommenen nationalchinesischen Kuomintang-Rebellen, die später in das Reich der Mitte einmarschieren wollten, ein Auskommen zu sichern. Das Gleiche passierte in Thailand, wo ebenfalls geflüchtete Gegner des Mao-Regimes saßen. Hierdurch stieg die Rohopium-Produktion im „Goldenen Dreieck" bis Anfang der 1960er Jahre auf das Zehnfache. Und da das aus dem getrockneten Mohnsaft hergestellte Heroin auch verkauft werden musste, gelangten bald immer bedeutendere Mengen der Droge nach Westeuropa und in die USA, wodurch die Zahl der Abhängigen dort kontinuierlich anwuchs. Mit anderen Worten: Die CIA nahm in Kauf, dass Menschen innerhalb der „freien Welt" Rauschgift konsumierten und gegebenenfalls daran starben, damit sie in Asien Verbündete für den Kampf gegen den Kommunismus gewinnen konnte.

Dabei erwies sich die Aktion des US-Auslandsgeheimdienstes als ziemliches Eigentor. Ab 1970 nahm nämlich die Heroin-Abhängigkeit unter den amerikanischen Soldaten in Vietnam epidemieartige Züge an: Bedingt durch den leichten Zugang zu der Droge aus den benachbarten Regionen Südostasiens konsumierten bald zehn bis 15 Prozent der GI das Opium-Derivat, was die Kampfkraft der Truppe schwächte. Darüber hinaus kehrten viele Vietnam-Veteranen süchtig in die Heimat zurück, wodurch Heroin nun auch innerhalb der Mittelschicht der Vereinigten Staaten salonfähig wurde.

> Möglicherweise unterstützt die CIA heute den Menschenhandel so, wie sie es einst mit dem Drogenhandel tat

Mit ihrer Förderung oder zumindest Billigung des Opium-Anbaus im „Goldenen Dreieck", aus dem zwischenzeitlich 70 Prozent der Heroin-Weltproduktion kamen, konterkarierte die CIA die Politik von Präsident Richard Nixon, der angesichts des eskalierenden Drogenproblems den „nationalen Notstand" ausgerufen und den südostasiatischen Kartellen quasi den Krieg erklärt hatte. Deshalb verloren die USA diesen schließlich auch. Aufgrund ihrer guten Kontakte zu dem US-Geheimdienst vermochten es die Syndikate, ihren Tätigkeitsschwerpunkt immer wieder flexibel über die Landesgrenzen zu verlagern.

Dieses Spiel wiederholte sich unter den Präsidenten Ronald Reagan, Bill Clinton sowie George und George W. Bush. Wobei es nunmehr gegen die Kokain-Produzenten und -händler in Lateinamerika ging – und die CIA offiziell an der Bekämpfung der Kartelle dort beteiligt war. Nichtsdestotrotz paktierte sie wiederum mit Drogenbaronen, die ihren Feldzug gegen die Sandinisten in Nicaragua und andere linksgerichtete Kräfte im „Hinterhof der USA" unterstützten.

Ebenso förderte die CIA den Mohn-Anbau beziehungsweise den Heroin-Handel in Pakistan und Afghanistan. Auslöser hierfür war der sowjetische Einmarsch in den Hindukusch-Staat im Dezember 1979. Dieser zog Untergrund-Operationen der CIA nach sich, in deren Windschatten es afghanischen Rebellen und pakistanischen Militärs gelang, ins weltweite Drogengeschäft einzusteigen. Besonders erfolgreich war dabei der von der CIA unterstützte Mudschaheddin-Führer Gulbuddin Hekmatyar. Leute wie er deckten 1983 bereits die Hälfte des Bedarfs der Heroin-Süchtigen in den Vereinigten Staaten, was der US-Geheimdienst sehenden Auges duldete, da ihm die Aktionen gegen die sowjetischen Okkupanten wichtiger erschienen als ein nachhaltiger Erfolg im Kampf gegen die Drogen.

Das sollte sich bald rächen. Nach dem Sieg der Taliban nahm der Opium-Anbau in Afghanistan dermaßen zu, dass das Land 1998 zum weltweit führenden Lieferanten des Heroin-Ausgangsstoffes avancierte. Gleichzeitig stiegen diverse islamische Terrororganisationen von Usbekistan bis Bosnien in den Handel ein, wodurch sie reichlich Geld für Waffenkäufe scheffelten. Diese Gruppierungen unterstützte die CIA nicht mehr.

Andererseits benötigt der Geheimdienst für seinen Part im „Krieg gegen den Terror" Unterstützer im Nahen Osten. Möglicherweise findet er die jetzt in den Reihen der Kriminellen, welche Europa statt mit Drogen mit „Flüchtlingen" überschwemmen.

Wolfgang Kaufmann

Stachel im Fleisch der Politik

Allen Widrigkeiten zum Trotz halten die Schützen im Süden des 1919 geteilten Tirols an der Landeseinheit fest

Dass die Loslösung Südtirols von der Italienischen Republik im öffentlichen Raum ein Diskussionsthema ist und bleibt, dafür sorgt nicht zuletzt der Südtiroler Schützenbund (SSB). Vor knapp sechs Jahrzehnten, am 2. März 1958, wurde er in Bozen gegründet. Bereits heuer, im Vorjahr des 60. Gründungsjubiläums, ist mit „Standhaft im Gegenwind. Der Südtiroler Schützenbund und sein Wirken für Tirol als Ganzes“ eine aktuelle Monografie über diesen mitgliederstarken Traditionsverband erschienen.

Wer sich mit historischen Publikationen zum Thema (Süd-)Tirol befasst und die mediale Berichterstattung der letzten Jahre verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, mit der 1969 zustande gekommenen und 1972 statutarisch verankerten Selbstverwaltung für die „Provincia autonoma di Bolzano-Alto Adige“ und dem unlängst in Meran, Bozen und Wien politisch-medial beweihräucherten Rückblick auf „25 Jahre österreichisch-italienische Streitbeilegung“ von 1992 sei die seit Ende des Ersten Weltkriegs schwärende Wunde der Teilung Tirols ein für allemal geschlossen. Weit gefehlt. Demoskopische Erhebungen förderten zutage, dass in Österreich – insbesondere im Bundesland Tirol – wie im von Italien 1918 annektierten südlichen Teil Tirols das Empfinden historischen Unrechts sowie das Gefühl der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit nach wie vor ausgeprägt sind.

Die große Mehrheit aller Befragten bekundete auch das Verlangen nach (einem Referendum zwischen Brenner und Salurner Klause über die) Ausübung des sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg der dortigen Bevölkerung verweigerten Selbstbestimmungsrechts. Dafür sprachen sich sogar viele der befragten ethnischen Italiener in der benachbarten Provinz Trient aus, mit der Bozen-Südtirol in einer „Regione Autonoma Trentino-Alto Adige“ zwangsvereint ist. In Südtirol selbst waren sich die Befragten – trotz unterschiedlicher Vorstellungen der maßgeblichen politischen Kräfte über die anzustrebende weitere Entwicklung des Landes (Vollautonomie; Freistaat; Rückgliederung an Österreich) – mehrheitlich darüber einig, dass dessen Zukunft jedenfalls in der Unabhängigkeit von Italien, mithin im „Los von Rom“, zu suchen sei.

Dass die Loslösung von Italien im öffentlichen Raum ein Diskussionsthema ist und bleibt, dafür sorgen – neben drei deutschtiroler Oppositionsparteien, die seit der Landtagswahl von 2013 im Parlament zu Bozen zusammen zehn von 35 Abgeordneten stellen – der Südtiroler Heimatbund (SHB), die Vereinigung ehemaliger Freiheitskämpfer, sowie vor allem der Südtiroler Schützenbund (SSB). Dieser mitgliederstarke Traditionsverband, dessen Wurzeln ins frühe 16. Jahrhundert zurückreichen, tritt in Treue fest für die Bewahrung der Tirolität im fremdnationalen Staat sowie unerschütterlich für die Aufrechterhaltung des Ziels der Landeseinheit ein. Wiewohl politisch gänzlich unabhängig, bilden mehr als 6000 Mitglieder, von denen über 5000 in 140 Schützenkompanien sowie in drei Schützen(musik)kapellen aktiv sind, mitsamt Familienangehörigen ein ansehnliches gesellschaftliches Potenzial.

Wann und wo immer sie aufmarschieren in ihrer pittoresken Montur – sie sind eine Augenweide fürs Publikum. Im alpinen Tourismus würden ihre Farbtupfer fehlen, träten sie nicht in Kompaniestärke oder gar noch größeren Formationen auf, wenn es gilt, gelebte Tradition augen- und ohrenfällig werden zu lassen. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass zwischen Oberbayern und Welschtirol (Trentino) beheimatete Schützenformationen an den meisten Urlaubsorten von Besuchern allzu gerne als folkloristische Draufgabe auf ihren wohlverdienten Ferienaufenthalt empfunden werden.

Wer indes einmal einen Blick in eine Ortschronik oder gar in ein Geschichtsbuch wirft, dem wird sich die historische Dimension des Schützenwesens alsbald erschließen. Dies gilt samt und sonders für jene Landstriche im Dreieck zwischen Konstanz, Kufstein und Ala am Gardasee, die einst die „Gefürstete Grafschaft“ respektive das „Land im Gebirg“, wie es oft in Urkunden bezeichnet wird, mithin das alte Tirol ausmachten. Überall dort geht die Existenz der Schützen auf das sogenannte Landlibell Kaiser Maximilians I. (1459–1519) zurück.

Der „letzte Ritter“, wie man ihn auch nennt, erließ 1511 jenen urkundlich verbrieften Rechtsakt, in dem er die Freiheiten der Tiroler Stände festlegte und damit zugleich das Wehrwesen und also die Organisation der Landesverteidigung durch Aufgebote städtischer und ländlicher Bewohner mitsamt einer Aufteilung der Mannschaftskontingente regelte. Das Landlibell legte fest, dass die Tiroler nicht verpflichtet waren, für einen Herrscher außerhalb der Landesgrenzen in den Krieg zu ziehen. Dafür sicherten die Stände zu, bei Feindeseinfall Tirol zu verteidigen.

Weithin bekannt wurde das Tiroler Schützenwesen vor allem durch die Abwehrkämpfe während der kriegerischen Einfälle der Bayern 1703 sowie der Franzosen (nebst ihrer bayerischen Verbündeten) in den Jahren 1796/97 und 1809. Die Bergisel-Schlachten unter dem aus dem Südtiroler Passeiertal stammenden Kommandanten und Volkshelden Andreas Hofer – plastisch und drastisch nachzuverfolgen am „Riesenrundgemälde“ im Tirol-Panorama, einem eigens 2010 errichteten Museum am gleichnamigen Berg nahe Innsbruck – trugen wesentlich dazu bei, dass der Mythos vom wehrhaften Bergvolk, das selbst Napoleon trotzte, in ganz Europa bekannt wurde.

Das Landlibell galt im Kern bis zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, und selbst während des Ersten Weltkriegs wurden Tiroler Standschützen stets nur zur Verteidigung der Heimat und eben nicht auf außertirolischen Kriegsschauplätzen eingesetzt. Daran und an „500 Jahre Landlibell als Geburtsurkunde der Tiroler Schützen“ war 2011 in Innsbruck im Beisein von deren Abordnungen aus eben jenem historischen Tirol – des österreichischen Bundeslandes sowie der italienischen Provinzen Bozen-Südtirol und Trentino – feierlich erinnert worden.

Nirgendwo dort fehlen Schützen bei einer größeren Festveranstaltung. Fast in jeder Gemeinde gibt es eine Kompanie, die bei festlichen Anlässen „ausrückt“ und mittels Gewehrsalven eines Schützen-Detachements den Festcharakter lautstark unterstreicht. Heutzutage haben diese waffentragenden Tiroler in ihren schmucken, regional und sogar lokal unterschiedlichen Uniformen feindliche Truppen nicht mehr abzuwehren, wenngleich Degen und Karabiner zu ihrer „Standardausrüstung“ gehören. Der wehrhafte Geist ist ihnen indes ganz und gar nicht abhandengekommen, wenn sie sich – im engeren wie im weiteren Sinne – um die „Heimat“ kümmern: Sie initiieren und beteiligen sich aktiv an Renovierungsaktionen für Bauwerke; dasselbe gilt für Reinigungsaktivitäten besonders dort, wo das Wegwerfgut des Massentourismus zu beseitigen ist.

Vor allem aber engagieren sie sich in der sozialen Fürsorge für ältere Mitbürger. Trotz äußerlicher Verschiedenheit, wie sie an Gewand und Hüten, an Uniform-/Tracht- und Hutschmuck sowie an ihren Fahnen auszumachen ist, eint sie Tradition und Heimatverbundenheit, wie sie sich in den Grundsätzen des Schützenwesens manifestieren, zu denen die „Treue zu Gott und dem Erbe der Väter“, der „Schutz von Heimat und Vaterland“ sowie die „Einheit des Landes“ gehören.

Letzteres führte mitunter zu Auseinandersetzungen in und zwischen den drei maßgeblichen Schützenverbänden – sehr stark beeinflusst von den in den Tiroler Landesteilen dominanten politischen Kräften respektive regierenden Parteien, von denen im Bundesland Tirol die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und in der Provinz Bozen-Südtirol deren Pendant Südtiroler Volkspartei (SVP) seit dem Zweiten Weltkrieg ununterbrochen an der Macht sind. Dass Streit über die Landeseinheit mittlerweile als „Schnee von gestern“ gelten darf, ist in erster Linie dem Betreiben des SSB und dessen Landeskommandanten Major Elmar Thaler sowie der Mitwirkung seines Pendants im Norden, Major Fritz Tiefenthaler, Kommandant des Bundes Tiroler Schützenkompanien (BTSK), zuzuschreiben.

Hieß der übergreifende Grundsatz zwischen Nord und Süd in den 1990er Jahren „geistige und kulturelle Landeseinheit“, so ist in den letzten Jahren, weitgehend eingeleitet vom SSB, immer stärker auch die „politische Einheit des Landes“ in den Mittelpunkt gemeinsamer Zielsetzungen gerückt. Und die „Landeseinheit Tirols“ wurde fixiert im Statut des „Verbandes Tiroler Schützen“ (VTS), der die ansonsten eigenständigen Schützenverbände Nord- und Osttirols, Südtirols sowie Welschtirols seit 2011 vereinigt. Jedes Jahr übernimmt ein anderer Landeskommandant die Führung der darin vereinten mehr als 20 000 Schützen Gesamttirols.



Die Wiedervereinigung mit den bei Österreich verbliebenen Teilen Tirols gehört zu ihren primären Zielen: Südtiroler Schützen

Bild: SSB

Sichtbarster Ausdruck der Veränderung vom „unpolitischen“ – und von zeitgeistfrommen Zeitgenossen abschätzig „heimattümelnd“ genannten – Charakter zu einem durchaus ernstzunehmenden politischen Faktor in beiden Teilen Tirols war der „Freiheitsmarsch“ der Schützen 2012 in Bozen. Damit war erstmals auch die personifizierte gesamttirolische Verbandseinheit dokumentiert worden, indem der Südtiroler Landeskommandant Elmar Thaler, der Nordtiroler Fritz Tiefenthaler und der Welschtiroler Giuseppe Corona an der Spitze den farbenprächtigen Zug von Tausenden ihrer Mannen nebst Marketenderinnen und Sympathisanten in gleichem Schritt und Tritt quer durch die Stadt auf den Platz vor das Landhaus (Landtag) zur Abschlusskundgebung führten.

Dort fassten sie zusammen, was die einzelnen Kompanien in griffige Parolen gekleidet auf Spruchbändern mit sich geführt hatten und was Ziel des demonstrativen, aber gänzlich unmartialisch verlaufenen Aufmarschs sein sollte: Der „Mut zum Bekenntnis und zur Tat“ gipfelte in dem wider Italien gerichteten Bekenntnis „Unser Staat ist das nicht“, respektive im Verlangen „Schluss mit der italienischen Verwaltung“.

In Anlehnung an den November 1989 in der damaligen DDR hieß es auch auf rotweißen Spruchbändern, die der Tiroler Adler zierte: „Wir sind das Volk.“ Damit fand zugleich das Verlangen nach Wiedervereinigung des seit Ende des Ersten Weltkriegs geteilten Tirols Ausdruck. All das verdichtete sich in den beiden markanten Parolen von der „Ausübung des Selbstbestimmungsrechts“ und der „Verabschiedung aus Italien“, mithin dem „Los von Rom“. Es fehlte auch nicht an Schelte für „Politiker, die der Landeseinheit im Wege stehen“. Die vom SSB initiierten und organisierten „Unabhängigkeitstage“ in Meran 2013 und in Bruneck 2016, zu denen sich Vertreter zielgleicher nationaler Minderheiten aus der Europäischen Union einfanden, gerieten zu selbstbewussten Manifestationen wider assimilatorische Entnationalisierung sowie des unbedingten Willens zur Selbstbehauptung und des Verlangens nach Verwirklichung des in der UN-Charta verankerten Selbstbestimmungsrechts.

Die Schützen wissen, dass sie mit derartigen Aktivitäten mitunter auf Ablehnung stoßen: nicht allein in Rom (zur Gänze) sowie (weithin) in der politischen Klasse Wiens und Innsbrucks, sondern auch und vor allem bei der SVP. Die 1945 gegründete „Sammelpartei“ hat sich längst mit den obwaltenden, weil mitgestalteten Verhältnissen arrangiert. Dem Arrangement fiel das in ihren Parteistatuten als Gründungszweck und hehres Verwirklichungsziel verankerte Selbstbestimmungsbegehr „realpolitisch“ ebenso zum Opfer, wie ihr die einst auch von ihr als höchsten Daseinszweck propagierte Landeseinheit faktisch obsolet geworden ist. Dies legte die seit der Streitbeilegung 1992 immer öfter ins Auge stechende, dem Machterhalt dienende und für Funktions- und Amtsträger sowie dem sozial und ökonomisch nutznießenden Teil der eigenen Wählerklientel einträgliche Maxime des „Kompromisses um jeden Preis“ offen. Man tritt der gegenwärtigen SVP-Führung und dem Gros ihrer Parlamentarier gewiss nicht zu nahe, wenn man sie als italophil bezeichnet.

Dass dies zwangsläufig zu Konflikten mit dem Schützenbund führen musste und auch noch muss, dessen Gründung ohne Beistand und Rückhalt der SVP kaum denkbar gewesen wäre und zu dessen erstem Kommandanten infolgedessen der damalige Landeshauptmann Alois Pupp bestimmt worden war, ist in den letzten Jahren häufig zutage getreten. Das Wiederaufleben des im italienischen Faschismus verbotenen Schützenwesens geschah gegen den hartnäckigen Widerstand des „demokratischen Italiens“, das – in Südtirol übrigens bis heute – zäh sein geistiges faschistisches Erbe verteidigt. In Rom war und ist man sich der Bedeutung des Schützenwesens bewusst, dessen traditioneller Daseinszweck auf Bewahrung der Identität und Freiheit der Tiroler sowie auf Wiedererlangen der Landeseinheit gerichtet ist.

Von den 1950er bis zu den frühen 1980er Jahren herrschte hinsichtlich dieser Ausrichtung weithin Übereinstimmung mit der SVP, zudem bestand eine gewisse personelle Identität. Man tut wohl niemandem Unrecht, wenn man den SSB bis zur zäsuralen „Schützenrevolte“ auf der denkwürdigen Landesversammlung (dem Parteitag) 1986 in Meran als eine der SVP-„Vorfeldorganisationen“ charakterisiert. Das hat sich seitdem fundamental geändert. Zwischen SVP und SSB, der sich von ihr emanzipierte und mehr und mehr zum Stachel im Fleische der Politik wurde, ist heute der Bruch unübersehbar. Die Schützen haben wieder und wieder bewiesen, dass sie trotz (gesellschafts-)politischen Gegenwinds an ihrem historisch begründeten und legitimierten Auftrag sowie an ihrem tradierten Wertegefüge festhalten und trotz ihnen entgegen wehenden (gesellschafts-)politischen Windes standfest bleiben. Daher ist es vornehmlich ihnen zu danken, dass das letzte Wort bezüglich der Zukunft (Süd-)Tirols wohl noch lange nicht gesprochen ist.

Reinhard Olt

Der Verfasser dieses Beitrags ist Autor der Neuerscheinung „Standhaft im Gegenwind. Der Südtiroler Schützenbund und sein Wirken für Tirol als Ganzes“, Verlag Effekt GmbH, Neumarkt an der Etsch 2017, gebunden, 364 Seiten, 25 Euro.



Die Europaregion Tirol–Südtirol–Trentino: Nord- und Osttirol bilden das österreichische Bundesland Tirol, Südtirol und Welschtirol Italiens autonome Region Trentino-Alto Adige

Der Moment der Woche

Bild: pa

Ein Bild voller Wärme: Der alte Herr wird von seinen Angehörigen betreut – ebenso wie 75 Prozent aller Pflegebedürftigen in Deutschland. Die Ehepartner, Kinder, Enkel oder Geschwister leisten Enormes: 63 Arbeitsstunden fallen in einem Haushalt mit pflegebedürftiger Person wöchentlich im Schnitt an. Das zeigte eine Studie des Saarbrücker Institutes für Sozialforschung und Sozialwirtschaft. Nur zehn Prozent der Arbeiten übernehmen dabei professionelle Dienste. Alles Übrige leisten Angehörige und in kleinerem Umfang informelle Helfer wie Freunde oder Nachbarn. Allein die Hauptpflegeperson ist im Durchschnitt knapp 50 Stunden pro Woche eingespannt. Als Fazit ihrer Studie fordern die Wissenschaftler unter anderem, dass Politiker die Leistung pflegender Angehöriger deutlich stärker würdigen. *FH*

Freundlich ins Jenseits gebissen

Wie viel Natur steckt eigentlich wirklich in den Tierfilmen des Fernsehens?

Tier sind telegen. Sie bieten alles, was einen guten Film ausmacht: Schönheit, Drama, Komik, Faszination. Wenn es sein muss, auch jede Menge Mord und Totschlag. Wir alle sind mit Tierfilmen aufgewachsen. Sie haben unser Bild der Natur geprägt, *PAZ*-Autorin Ulrike Dobberthien hat sich Gedanken darüber gemacht.

„Tiere!“ Ein Ruf, der mich seit Beginn der 70er vor den Fernseher treibt. Wenn der Ruf kommt, dakkele ich zuverlässig – also das Tier in mir, der innere Hund – vor die Glotze. Es begann mit den Tierfilmern Heinz Sielmann und Bernhard Grzimek. Ich wuchs auf mit Filmen wie „Ein Platz für Tiere“ – jene legendäre Reihe des Hessischen Rundfunks, in der Grzimek jeweils eines seiner Zootiere mit ins Studio brachte.

Aber es war nicht Grzimek, nicht Sielmann, sondern Horst Stern, der mich am meisten prägte. Der dritte Große unter den Tierfilmern, der nie den Fernsehonkel gab, sondern immer rational argumentierte. Und der bereits deshalb in den 70ern angefeindet wurde, weil er dem Tier in seiner Filmreihe „Horst Sterns Bermerkungen über ...“ das Animalische, nicht das Kuschelige, zugestand.

Stern war eine Ausnahme. Während ich täglich unter Tieren lebte, im Reitstall bei Pferden, aber auch nebenan auf dem Bauernhof, wo ich im Kuhstall Fladen schippte und melken lernte; wo ich Tiere mit all ihrem Glück, ihrem Kot, ihrem Sterben, ihrer beglückenden Tiernatur, ihrem nervtötenden Tierdasein erlebte, das sich vor allem in einer gnadenlosen Rangordnung manifestierte – lief dazu im Fernsehen die Welt der keimfreien Tiere.

Die 70er sind vorbei. Und die Tierfilme haben sich gemausert, um mit der „Mauser“ im Tierbild zu bleiben. Inzwischen tragen Geparden kleine Kameras auf dem Rücken, Tiere machen Selfies. Es gibt „Rüsselcams“ und andere Technik, die sich als Haufen Kot tarnt, aber genau deshalb Tiere anlockt, da sie, die Tiere, nunmal recht unfein und duftorienteriert sind. Kurzum: Sie mögen Kacke.

> Grausamer als ein EU-zertifizierter Schlachthof

Es gibt noch etwas bei Tieren, gerade bei Pelz- und Säugetieren, was nicht ganz so erfreulich ist, und was auch Tierfilmern Probleme bereitet: Der dumme Fakt, dass Tiere Tiere sind. Emotionslos, wenn es um das geht, was Menschen „brutal“ nennen. Kein Mensch will sehen, wie ein Sympathietier ein anderes Sympathietier lebendig frisst. Man sieht die Jagd, dann stürzt das Beutetier, der Löwe hat es an der Kehle. Dann Schnitt. Sein Sterben sieht man nicht.

Daran halten sich auch die großartigen Tierfilmer von heute: Von Andreas Kieling (Wildes Deutschland) bis Jan Haft (Wildes Skandinavien). Es sind zwei begnadete, von Tieren beseelte Licht-, Ton- und Kamerazampanos, die mit moderner Technik filmen. Und die deshalb in Erinnerung bleiben – in diesem Fall Jan Haft – weil noch nie ein bebendes Moschusochsenfell in Zeitlupe so großartig beim Aufprall Moschusochse gegen Moschusochse gezeigt wurde.

Dennoch müssen auch sie sich an die Vorgaben der Sender halten. Dort sitzen die Verantwortlichen, die gern als Vormund der Zuschauer auftreten: Belehrend mit moralisch erhobenem Zeigefinger teilen sie ihm mit, was er über Tiere zu denken hat. Schon 1989 störte sich Thomas von Randow in der „Zeit“ zum Beispiel an dem, was er „Ökoschwanz“ nannte. Er schrieb: „Beliebt sind im Fernsehen Sendungen über das Verhalten von Tieren. Der Zuschauer möchte die Schönheit der Tiere bewundern, sich an ihren Possierlichkeiten ergötzen, ihre Fähigkeiten bestaunen. Doch der Fernsehredakteur mag es dabei nicht bewenden lassen. Er ist mit einem solchen Programm erst zufrieden, wenn es uns am Ende eindringlich daran erinnert, dass wir Menschen all das Wunderbare der Natur mit unserer Technik verderben.“

Heute gehört zu der Mahnung, dass der Mensch die Tiere bedroht – und keineswegs die Tiere sich gegenseitig – ein weiteres Tabu: der Tod der Raubtiere. Der Tod von Löwen, Leoparden, Wildhunden, Tigern solange sie nicht vom Mensch erschossen wurden. Wie stirbt ein Löwe, der, wie es immer theatralisch heißt, „vom Rudel ausgestoßen wurde“? Anders beschrieben: Während Säugetiere dramaturgisch zuschauergerecht und freundlich von Löwen ins Jenseits gebissen werden, ist umgekehrt, wenn zum Beispiel ein Zebra dem Löwen seinen Kiefer mit einem Tritt zerschmettert, der Löwe Geschichte. Auch wenn sich die Geschichte unappetitlich über einige Tage hinzieht. Ungefilmt, selbstverständlich.

Aber vielleicht haben die TV-Redakteure in dieser Hinsicht sogar recht. Wer möchte sich schon zur besten Sendezeit übergeben, weil er blutig sieht, dass es in der Natur grausamer zugeht als in einem EU-zertifiziertem Schlachthof. Weil es verstörend ist, sich klarzumachen, dass all die niedlichen Erdmännchen, prächtigen Leoparden, mächtigen Grizzlys irgendwann elend verrecken.

Und das Tier? Das Beute- und das Raubtier? Das würde am liebsten im Zoo leben. Da hat es seine Ruhe.

Petzen hat jetzt Konjunktur

Das neue Denunziantentum: Immer ungenierter fordern staatliche und halbstaatliche Organisationen zum Spitzeldienst auf

Die Gewerkschaft Verdi tut es, ebenso das Bundesfamilienministerium oder die Verteidigungsministerin von der Leyen: Als Denunzianten sollen sich die Bürger betätigen. Beklemmende Parallelen zum Dritten Reich und zur DDR tun sich auf.

„Bocca di Leone“, also „Löwenmaul“, nannten die Menschen im alten Venedig jene allgegenwärtigen Schlitze an den Kirchen und Amtsgebäuden ihrer Stadt, in die jeder Bürger seine „Geheimen Denunziationen“ einwerfen konnte. Heute genügen – dem technischen Fortschritt sei Dank – vom eigenen PC aus versandte anonyme Hinweise, zum Beispiel an das „elektronische Hinweisgebersystem“ BKMS des Landeskriminalamtes Niedersachsen. „Die internetbasierte Kommunikationsplattform bietet die Möglichkeit, sich durch Anonymität zu schützen und gleichzeitig aktiv an der Aufklärung von Wirtschaftskriminalität mitzuwirken“, beschreiben die Gesetzeshüter das System. Es existiert seit zehn Jahren. 2600 Hinweisgeber haben bereits davon Gebrauch gemacht.

Die Meldestelle „respect!“ hat am 25. Juli 2017 „ihren Kampf gegen Hetze im Netz aufgenommen“. Auf der dazugehörigen Internetseite heißt es: „Junge Nutzerinnen und Nutzer sollen Fälle von Online-Hassrede melden.“ Es gehe nicht nur darum, Beiträge zu löschen. Die Verfasser von Hatespeech sollen auch zur Verantwortung gezogen werden. Dass die „Hassrede“ ein wunderbar schwammiger Begriff und bestens dazu geeignet ist, auch vollkommen sachlich argumentierende Kritiker mundtot zu machen, wird den jugendlichen Internet-Saubermännern natürlich vorenthalten. Betrieben wird dieses moderne „Löwenmaul“ von der Jugendstiftung Baden-Württemberg. Sie wird zu Zweidritteln vom Land finanziert. Das Familienministerium des Bundes mischt ebenfalls mit.

Immer öfter, so scheint es, fordern Staat und halbstaatliche Organisationen den Bürger zum Spitzeldienst auf. Manchmal geschieht dies in aller Deutlichkeit, etwa wenn Verdi Niedersachsen seine Mitglieder in der Broschüre „Umgang mit AfD-Mitgliedern“ dazu anstachelt, die Andersdenkenden betrieblich und außerbetrieblich zu outen. Aber Achtung, heißt es in der Broschüre rustikal: „Aufpassen, dass Rechtspopulisten nicht als Opfer oder Märtyrer wahrgenommen werden.“ Manchmal wird das anrüchige Ansinnen auch eher vornehm formuliert. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wünschte sich jüngst eine neue Fehlerkultur in der Bundeswehr und forderte damit tatsächlich zum fleißigen Petzen auf.

> »Neue Fehlerkultur« meint in Wirklichkeit fleißiges anschwärzen

Natürlich ist die Offenbarung fremden Fehlverhaltens längst nicht immer verwerflich. Wer sich an die Behörden wendet, um beispielsweise Kindesmissbrauch anzuzeigen, Umweltskandale aufzudecken oder andere schlimme Verbrechen zu verhindern, handelt richtig. Niemand würde das bezweifeln. Der Denunziant aber liefert Andersdenkende und Missliebige – oft aus niedrigen Beweggründen – den Mächtigen aus. Beklemmend ist dabei die Vorstellung, dass sein schäbiges Tun nur in einem bestimmten Umfeld gedeiht. Er braucht einen Staat, der die entsprechenden Strukturen und die nötige Stimmungslage schafft. Beides scheint heute gegeben. Die Mächtigen schätzen die Gelegenheits-Zuträger aus der Nachbarschaft als nützlichen Helfer. Günstig ist er auch. Seine verräterischen Plaudereinen produzieren viel weniger Kosten als der Betrieb formeller Überwachungsorgane.

So war es auch im Dritten Reich und der Deutschen Demokratischen Republik, wobei der Anteil der „ehrenamtlichen“ Denunzianten an der Gesamtbevölkerung im „ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden“ wohl deutlich höher lag als in der NS-Diktatur. Dies belegen Untersuchungen über die sogenannten AKP (Auskunftspersonen) der Staatssicherheit. Von denen gab es definitiv sehr viel mehr als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit. In den Archiven des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen lagern Dossiers über zehn Millionen DDR-Bürger, die zumeist auf Aussagen von mehreren AKP basieren. Daraus errechneten Historiker, dass das Verhältnis zwischen IM und AKP im Durchschnitt 1 zu 4,5 betragen haben muss. Im Übrigen fanden sich in den Großstädten offenbar leichter willige Denunzianten: So lieferte im Wendejahr 1989 fast jeder fünfte Rostocker ohne Zwang oder irgendwelche Gegenleistungen Informationen über seine Nachbarn, Arbeitskollegen und Freunde.

> »Ein Meer von Denunziation und Gemeinheit«

Im Dritten Reich praktizierte man gleichfalls fleißig das Anschwärzen anderer, was Hitler selbst im Mai 1933 öffentlich machte, als er von „einem Meer von Denunziation und menschlicher Gemeinheit“ sprach. Dabei stiegen die Zahlen zum Kriegsende hin nochmals stark an, weil fanatische Nationalsozialisten nun in ihrer Panik alle möglichen Leute anzeigten, denen der Glaube an den „Endsieg“ abhanden gekommen war. Trotzdem lag der Anteil der Denunzianten niedriger als in der DDR, da das NS-Regime verhindern wollte, dass die im Vergleich zur Stasi personell doch eher dünn besetzte Gestapo unter der Masse belangloser „Meldungen“ kollabierte, was die effektive Bekämpfung tatsächlicher Regimegegner verhindert hätte.

Heute wie damals bringen die Denunzianten den Machthabern ohnehin keinen nennenswerten Nutzen. Das beweist nicht zuletzt die Studie von Otto Backes, einem emeritierten Strafrechtsprofessor der Universität Bielefeld. Er hat 185 Verfahren aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität untersucht, die nach einer anonymen Anzeige über das BKMS des Landeskriminalamtes Niedersachsen auf dem Tisch der zuständigen Staatsanwälte landeten. Mehr als 90 Prozent davon wurden sang- und klanglos eingestellt – lediglich in zwei Fällen ergingen Strafbefehle. *Wolfgang Kaufmann*



Große Ohren macht der Denunziant: Lässt sich da jemand anschwärzen? Bild: pa

Rechtschaffen ...

... oder mieses Denunziantentum? Drei Fälle

Am 19. Mai versammelten sich etwa 50 Anhänger der nationalkonservativen „Identitären Bewegung“ vor dem Berliner Justizministerium, um gegen das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ aus dem Hause Maas zu protestieren. Anschließend veröffentlichte die „Zeit Online“ sämtliche von ihr recherchierte Namen von Teilnehmern der Demonstration für Meinungsfreiheit.

Im Wintersemester 2016/17 veranstaltete die Politikwissenschaftlerin Eleonora Roldán Mendívil Seminare am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. In deren Verlauf bezeichnete sie Israel als „Siedlerkolonialstaat“ – was eine fachlich legitime Einordnung darstellt. Nichtsdestotrotz wurde ihr der Lehrauftrag entzogen, nachdem Studenten diese und weitere Ausführungen der Dozentin als „antisemitisch“ denunziert hatten. Eine inhaltliche Diskussion über das Gesagte fand dabei nicht statt.

Anfang 2017 pöbelte der frühere „Piraten“-Politiker Christopher Lauer gegen die Kölner Polizei und rügte deren Durchgreifen in der zurückliegenden Silvesternacht. Daraufhin schrieb ihm ein Immobilienmakler der Kreissparkasse Groß-Gerau, wegen Leuten wie Lauer werden er und seine Bekannten zukünftig nur noch AfD wählen. Sein Fehler: Er hatte die Nachricht vom E-Mail-Account seines Arbeitsgebers abgeschickt. Der Ex-„Pirat“ beschwerte sich öffentlichkeitswirksam bei der Kreissparkasse. Der Immobilienmakler bekam massive berufliche Probleme. *WK*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 33 – 18. August 2017

MELDUNGEN

Chinesen vor Ostpreußen

Königsberg – Vor der Küste des Königsberger Gebietes fanden Ende Juli die bisher größten gemeinsamen Übungen der russischen und chinesischen Marine statt. Unter dem Namen „Gemeinsame See 2017“ widmeten sich die Seestreitkräfte beider Länder im Rahmen ihres alljährlichen Programmes diesmal vor allem der logistischen Koordination im Seekrieg, der Bekämpfung von Piraten und der Seenotrettung. Ein zweiter Teil der Übungen fand vor St. Petersburg statt. Weitere russisch-chinesische Marinemanöver sind für September vor der russischen Pazifikküste geplant. *T.W.W.*

Kooperation bekräftigt

Braunsberg/Heiligenbeil – Das Braunsberger Landratsamt hat eine Erklärung über die Zusammenarbeit mit dem Stadtkreis Heiligenbeil im nördlichen Ostpreußen unterschrieben. Die Behörden wollen gemeinsam Geld aus dem Programm für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit „Polen-Russland“ erwerben, das von der Europäischen Union und der Russischen Föderation finanziert wird. Es fördert die wirtschaftliche Entwicklung und die Kommunikations-Verbindungen zwischen den Regionen. Die jetzige Vereinbarung ermöglicht die Verbesserung der Zugänglichkeit der Regionen und der durch den Verkehr beeinflussten Luftverhältnisse sowie des Kommunikationsnetzes. Sie ist ein erster Schritt, um die Staatsmittel entsprechend den Vorschriften zu erhalten. Nach monatelangen Verhandlungen zwischen Vertretern des Braunsberger Kreises und des Stadtkreises Heilsberg kann jetzt die Planung erstellt werden. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Sorquitten [Sorkwity], Baustelle. Straße Nr. 16c: Kaplitainen [Kaplityny], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 57: Zanderborken [Borki Sedrowskie] – Wusslack [Wozławki], Baustelle. Straße Nr. 59: Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo], Baustelle. *E.G.*

»Solar-Regatta« auf dem Oberteich

In Königsberg führten Teilnehmer aus Russland, Deutschland und Ungarn ihre technischen Erfindungen vor

Ende Juli fand auf dem Königsberger Oberteich ein Erfinder-Wettbewerb statt, bei dem angehende Ingenieure aus Russland, Deutschland und Ungarn ihre von Sonnenenergie angetriebenen Boote ins Rennen schickten.

Erstmals wurde Königsberg in diesem Sommer Austragungsort einer „Solar-Regatta“. Auf dem Oberteich traten junge Erfinder von Booten gegeneinander an, die ausschließlich mithilfe der Sonnenenergie angetrieben werden. Bei der Regatta ging es darum, so viele Runden wie möglich auf einem begrenzten Areal des Oberteichs zu drehen. Die Teilnahme ermöglichte es den Studenten technischer Hochschulen und Universitäten nicht nur, ihre Boote einem Publikum vorzustellen, sondern auch ihre theoretischen Kenntnisse in die Praxis umzusetzen. Es war nämlich der erste Wettbewerb in Russland, in dem die Teammitglieder mit selbst entworfenen und gebauten Solarbooten gegeneinander antraten.



Ungewöhnliche Bootsmodelle: Noch sind die Solarboote der Regatta-Teilnehmer nicht serienreif Bild: J.T.

Die „Solar-Regatta“ wurde im Rahmen des Projekts „Ingenieur-Wettbewerbe“ durchgeführt, die in Russland mit Unterstützung der Agentur für strategische Initiativen umgesetzt werden. Die Wettbewerbe haben den Status eines allrussischen Technikwettbewerbs, der zum Ziel hat, umweltfreundlichen Wassertransport unter Nutzung der Solarenergie zu fördern.

Der Wettbewerb umfasste drei Stufen: die Manövrierbarkeit, die Schnelligkeit und die Ausdauer. In anderthalb Stunden mussten die Teilnehmer möglichst viele Runden auf dem Oberteich zurücklegen. Hauptorganisator der Veranstaltung war die Königsberger Staatliche Technische Universität. Am Wettbewerb nahmen 13 Mannschaften aus acht russischen Regionen teil, sowie auch einige aus Ungarn und Deutschland. Die Teilnehmer aus Deutschland waren zahlenmäßig am beeindruckendsten. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass an diesem Tag am Oberteich überall Deutsch zu hören war. Die Informationen und Anweisungen des Wettbewerb-Moderators erfolgten in zwei Sprachen: Russisch und Deutsch.

Unter den deutschen Gästen war Jens Wenzel aus Hamburg, der bereits eine lange Erfahrung mit der Teilnahme an ähnlichen Wettbewerben hat, aber nach Russland war er zum ersten Mal gekommen. Ein erstes Solarschiff hatte er in den späten 80er Jahren entwickelt, und er hat seitdem viele solcher Boote gebaut. An der Regatta in Königsberg nahm sein neunjähriger Enkel Jonas Moll teil. Die repräsentativste Mannschaft des Wettbewerbs war die der technischen Universität Wildau in Brandenburg. Wie Jörg Reiff-Stephan, Professor für Automatisierungstechnik, sagte: „Wir sind sehr froh, heute in Kaliningrad zu sein. Vier Mannschaften aus Deutschland nehmen an der Regatta teil. Dabei kennen wir unsere russischen Kollegen schon seit drei Jahren. Während der Regatta können wir bis zu 50 Kilometer in etwa zwei bis drei Stunden allein durch die gespeicherte Sonnenenergie zurücklegen.“

Hamburger Team unter den Favoriten

Für den 8. und 9. September plant die technische Universität Wildau eine „Hausregatta“. Während dieser Regatta können die Teilnehmer die technischen Möglichkeiten ihrer solarbetriebenen Boote testen. Es ist geplant, dass auch Mannschaften aus Königsberg daran teilnehmen.

Sieger des Wettbewerbs in Königsberg waren Studenten aus St. Petersburg und Deutschland. Die Teilnehmer aus St. Petersburg von der Technischen Marine Universität belegten Platz eins in der Klasse Motoren unter einer Kilowattstunde. Der zweite Platz ging an das Team aus Hamburg „Hamburg 2 Jomo“. In der Klasse Motoren mit über einer Kilowattstunde Leistung ging der erste Platz an die Teilnehmer der Fachhochschule Wildau.

Dennoch erhielten alle Teilnehmer der Wettbewerbe Preise und Erinnerungsgeschenke, da der Hauptzweck der Veranstaltung nicht der Sieg, sondern die Bekanntmachung der Ingenieurleistung im Bereich moderner Umwelttechnologie war.

Das Wetter passte an diesem Tag wirklich zum Namen der „Solar-Regatta“, denn es war klar, und zur Freude der Teilnehmer und der Zuschauer schien die Sonne immer wieder.

Jurij Tschernyschew

Allenstein erhält neue Sehenswürdigkeit

Eine 2011 entdeckte mittelalterliche Stadtmauer wurde freigelegt – Ausschreibungsergebnis veröffentlicht

Die Stadt Allenstein hatte eine Ausschreibung zur Gestaltung der Innenstadt veröffentlicht. Die eingereichten Entwürfe sollten die in der Nähe des Hohen Tors entdeckten Relikte der mittelalterlichen Stadtmauer in das Gesamtbild der Altstadt einbeziehen. Das Projekt sollte die Gestaltung des Bereiches um das Hohe Tor sowie einen Parkplatz und die Darstellung der gefundenen Relikte beinhalten.



Hohes Tor in Allenstein: Im Modell (r.) ist die mittelalterliche Stadtmauer einbezogen Bilder: olsztyn.wm.pl (o.), Marcin Kierul (r.)

Im Jahr 2011 hatte der Denkmalschutzkonservator während der Bauarbeiten im Rahmen des „Revitalisierungsprogramms der Altstadt“ archäologische Untersuchungen in der Umgebung des Hohen Tors angeordnet. Bei diesen Arbeiten wurden die Überreste der mittelalterlichen Stadtmauer entdeckt. Die Untersuchungen wurden erweitert, und 2012 fanden die Wissenschaftler Fragmente einer Mauer, die auf keiner Karte verzeichnet waren.

Im Bereich des Torhauses wurde etwas in der Art eines Tores entdeckt, aber es stellte sich heraus, dass es sich um eine Barbakane [ein dem Tor vorgelagertes Verteidigungswerk] mit sehr gut erhaltenen Schießscharten handelt. Offenbar wusste niemand etwas mit dem Fund anzufangen. Zumindest klaffte vor dem Hohen Tor in Allenstein jahrelang eine umzäunte Baugrube, in die die Passanten jetzt hineinschauen und den Eindruck gewinnen konnten, dass die archäologischen Untersuchungen noch andauerten.

Das Ergebnis der Ausschreibung wurde inzwischen bekannt gegeben. Den Wettbewerb gewannen die Architekten des Allensteiner Architektenbüros „Dzus GK Architekci“. Das Team hat unter anderem das Vier-Sterne-Hotel Krasicki in Heilsberg entworfen und war an der Neugestaltung der Ufer am Okullsee in Allenstein beteiligt.

Ihr Konzept beinhaltet die Freilegung des Festungsgrabens, eine Tiefgarage sowie die Möglichkeit, das entdeckte Areal zu Fuß zu umrunden. Die Stadt bereitet derzeit ein Bauprojekt vor, das bis Ende 2018 fertig sein soll. Die Realisierung erfolgt jedoch erst, wenn die Finanzierung steht.

Edyta Gladkowska



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt Fragen, zu deren Lösung wohl nur unser Leserkreis beitragen könnte, und mit einer wollen wir gleich beginnen: Sie gehört zu dem wundervollen Kruzifix, das wir heute im Bild zeigen und dessen Unversehrtheit trotz der Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit in seiner Schönheit erhalten geblieben ist, weil die Berliner Evangelische Kirchengemeinde Schlachtensee es gut behütet hat, seit jenem Januartag im Jahre 1945, als es dem damaligen Pfarrer der Gemeinde anvertraut wurde. Und da beginnt auch die Suchgeschichte, die uns von der Redakteurin des Gemeindeblattes auf Anraten von Frau **Hanna Frahm** übermittelt wurde und die wir gerne an unsere Leserinnen und Leser weitergeben in der Hoffnung, dass jemand zu ihrer Aufklärung beitragen kann. Frau **Gisela Krehnke** schreibt dazu: „Wir wären sehr glücklich, wenn Sie uns weiterhelfen könnten, denn wir möchten über die Herkunft des Kruzifix gerne Klarheit gewinnen. Wenn Sie eine Möglichkeit sehen, etwas Licht in das Dunkel zu bringen, wären wir Ihnen sehr dankbar.“ Nun, es sind inzwischen 72 Jahre vergangen und die in diese Geschichte eingebundenen Menschen werden nicht mehr leben, aber vielleicht kommt das Erinnern doch bei einigen Vertriebenen wieder, die damals als Flüchtlinge durch Berlin zogen. Hilfestellung geben hier die Aussagen einer alten Dame, die das Kriegsende in Schlachtensee erlebt hatte und die zu dem Kruzifix wichtige Angaben machen konnte. Sie ist leider verstorben, aber ihre Aussagen sind erhalten geblieben, wie uns Frau Krehnke mitteilt:

„Ab Januar 1945 zog ein ununterbrochener Strom von Heimatvertriebenen aus Ostpreußen in Berlin die Matterhornstraße entlang nach Westen, um der Verstopfung auf der Potsdamer Chaussee zu entgehen. Viele der erschöpften Flüchtlinge fanden vor oder im Pfarrhaus einen warmen Trunk oder in der Kirche eine notdürftige Herberge trotz geborstener Fenster und zerstörtem Dach. Ein alter Herr, der den Corpus unseres Kruzifixus aus seiner ostpreußischen Kirche gerettet und im Planwagen bis hierher mitgenommen hatte, schenkte ihn zum Dank für die Hilfe dem Pfarrer **Augustat**. Leider erinnert sich niemand mehr an Namen und Orte.“

Soweit die Aussagen der alten Dame, die sie noch vor ihrem Tod machen konnte. Aus ihnen geht hervor, dass sich die Skulptur in einer ostpreußischen Kirche befunden hat – aber in welcher? Bei dem alten Herrn, der dem Pfarrer der Gemeinde Schlachtensee den Corpus übergab, dürfte es sich um den Pfarrer der ostpreußischen Gemeinde oder um den Patron des Kirche gehandelt haben, vielleicht auch um einen gläubigen Menschen aus der betreffenden Gemeinde. Der gekreuzigte Heiland sollte die Flüchtenden beschützen, deshalb wurde er im Treckwagen mitgenommen, sicher auf Stroh gebettet. Hier könnte es einen Ansatzpunkt für unsere Suche nach dem ostpreußischen Gotteshaus geben, denn einen fast



Soll aus einem ostpreußischen Gotteshaus stammen: Das rätselhafte Kruzifix von Schlachtensee Bild: privat

lebensgroßen Heiland, mit dem man zusammen auf dem Treckwagen war, vergisst man ein Leben lang nicht, auch wenn man damals noch ein Kind war. Wer erinnert sich daran, dass man mit dem Fluchtwagen durch Berlin-Schlachtensee gekommen ist und dort Rast gemacht, vielleicht auch in der Kirche campiert hat? Und schließlich – und auf diese Frage setze ich die größte Hoffnung – geht es um die Herkunft des Kruzifix: Wem ist diese wohl aus dem Barock stammende Skulptur aus dem heimatlichen Gotteshaus in Erinnerung? Ein sakrales Kunstwerk, das die Jahrhunderte in einer ostpreußischen Kirche, die noch aus der Ordenszeit stammen dürfte, unbeschadet überlebt hat und von Generationen von Gläubigen verehrt wurde, bleibt doch im Gedächtnis haften! Hinzu kommt die Größe des Corpus, die etwa anderthalb Meter beträgt. Das sind schon eine Menge brauchbarer Vorgaben, und ich hoffe mit der Gemeinde Schlachtensee, dass diese Suchfrage gelöst werden kann. (Zuschriften an die Evangelische Kirchengemeinde Schlachtensee, Matterhornstraße 37/39 in 14129 Berlin, Telefon 030/80902250. Die Redakteurin Gisela Krehnke ist direkt unter der Telefonnummer 030/8031538 zu erreichen.)

Ich muss sagen, dieser Suchantrag hat mich besonders berührt. Ich habe zehn Jahre nach Kriegsende geheiratet, und zwar nach alter ostpreußischer Sitte: Es gab eine Haustrauung in einem holsteinischen Gutshaus. Meine Cousine **Magdalena** richtete sie für uns aus, und die größte Überraschung war das Kreuz, das über unseren Köpfen hing. Der Pfarrer der Gemeinde hatte es mitgebracht, weil er erfuhr, dass ich aus Königsberg kam. Es sollte nach seinen Angaben aus der alten Steindammer Kirche stammen. So bin ich unter einem Kreuz aus der Heimat getraut worden.

Diese Geschichte dürfte viele Leser und Leserinnen interessieren, auch wenn es keine Landsleute sind, aber einen ganz besonders: Den Kirchenforscher **Heinz D. Rainer Ney** aus Potsdam, langjähriger und aktiver Freund unserer Ostpreußischen Familie, mit der er sich eng verbunden fühlt, weil er durch sie manche wichtige Auskunft erhalten konnte. Mit der Steindammer Kirche, der ältesten unserer Pregelstadt, leitet er auch seine umfassende Dokumentation „Gottes Häuser in Königsberg“ ein, die jetzt als Band 1 deklariert wird. Denn gerade ist ein Folgeband erschienen, wie er mir soeben mitteilt: „Nun kann ich Ihnen froh vermelden: der zweite Band von ‚Gottes Häuser in Königsberg‘ liegt seit zwei Wochen vor. Mir fällt eine Last vom Herzen, und ich freue mich, dieses Projekt abschließen zu können. Nun gehen über den direkten Kontaktweg einige Bücher zu den Museen und Bibliotheken in Königsberg, wo dieser zweite Band schon erwartet wird.“ Verständlich, denn während Band 1 die Geschichte der „Kirchen, Kapellen und Synagogen bis 1945“ dokumentiert, befasst sich der Autor im Band 2 mit „Kirchen, Kapellen und weiteren Bauten ab 1945“. Wir wünschen Herrn Ney für diese Neuerscheinung ebenso viel Aufmerksamkeit, wie sie der erste Band zu verzeichnen hat. Für mich wurde dieser bereits zu einer wichtigen Informationsquelle, und als eine solche dürfte sich auch der nächste erweisen, wenn es sich um aktuelle Fragen zur heutigen Kirchengeschichte aus unserem Leserkreis handelt.

Da schließt sich nahtlos die nächste Suchfrage an, die von Frau **Hiltrud Pelzer** aus Wolfenbüttel gestellt wird, der ich zunächst einmal meinen herzlichen Dank für ihre guten Worte und Wünsche für unsere Familienarbeit sagen will. Aber sie hat auch ein Anliegen, wobei ihr unsere Leserschaft vielleicht helfen könnte, wie sie hofft. Allerdings liegt der Grund für ihre Suchfrage schon einige Jahre zurück, genau bis zum Jahr 1992, als sie ihre erste Ostpreußenreise unternahm, die auch ihre letzte blieb. Sie führte nach Masuren, vor allem nach Hohenstein, denn zu dieser Stadt hatte sie besondere Beziehungen: Hier war ihr Vater während der letzten Kriegswochen als Offizier und Leiter der Wehrmachtsfahrbereitschaft stationiert. Er ist seit Januar 1945 vermisst. Das Rote Kreuz, an das sich die Familie gewandt hat, teilte ihr mit, dass die dort stationierten Wehrmachtsangehörigen abgerückt und dann in Gefangenschaft geraten seien, während ihr Vater bei den Fahrzeugen bleiben musste, vermutlich mit weiteren Kameraden. Hier in Hohenstein wollte Frau Pelzer auf Spurensuche gehen, kam aber wohl nicht weit, denn die Zeit ihres Aufenthaltes in dieser masurischen Stadt war knapp bemessen. Und da ereignete sich nun der kleine Zwischenfall, der sie zu diesem Schreiben veranlasst:

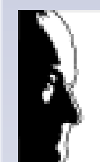
„Bei meinem Aufenthalt in Hohenstein wurde auch das wunderschöne Freilichtmuseum besucht, zu meinem Pech vergaß ich dort meine Strickjacke. Ich war mit der Reisegruppe schon weitergefahren, aber man brachte Verständnis dafür auf, dass ich sie holen wollte. Mit einem Taxi kehrte ich zu dem Museum zurück. Dort hatte sich eine Gruppe junger Deutscher unter Linden versammelt und sang das Lied ‚Kein schöner Land in unserer Zeit‘, natürlich auf Deutsch. Ich konnte nicht anders, ich musste weinen. Bei meinem Anblick verstummte die Gruppe sofort. Aber die Zeit eilte, ich musste ja meine Strickjacke suchen, und tatsächlich, ich fand sie in dem Bauernhaus, wo ich sie hingehängt hatte. Der Betreuer, der extra für mich das Haus aufgeschlossen hatte, denn die Besuchszeit war abgelaufen, meinte, es gäbe noch Verlorenes und Vergessenes in Hohenstein, eine deutsche Pastorin hätte noch Sachen von den ehemaligen deutschen Bewohnern aufgehoben. Da ich aber versprochen hatte, so schnell wie möglich zu der wartenden Reisegruppe zurückzukehren, konnte ich nicht nachfragen, was so wichtig für unsere Familie gewesen wäre. Mein Vater hatte nämlich von Prostken, Kreis Lyck, als Zollbeamter die Versetzung nach Lötzen erhalten, wo er sich schon nach einem Haus umgesehen hatte. Wohl für Verhandlungen mit einer Bank hatte er auch die Geburtsurkunden von uns Kindern dabei, deren Verlust uns später viel Kummer und Tränen gekostet hat.“

Die Frage von Hiltraud Pelzer an die Ostpreußische Familie betrifft nun jene deutsche Pastorin, die nach der Aussage des Museumsführers noch Sachen aus deutschem Besitz bewahrt hatte. Ob auch Ausweispapiere oder andere Urkunden darunter waren, versäumte Frau Pelzer zu erfragen. Aber vielleicht erinnern sich ehemalige Hohensteiner an die deutsche Pastorin, haben vielleicht auch von ihr Gegenstände oder Papiere erhalten, können den Namen nennen und weitere Angaben machen. Es wäre auch möglich, dass sich der Fundus der Pastorin oder einige Reste noch heute in Hohenstein befinden. „Ich fürchte, es ist vielleicht zu spät“, meint Frau Pelzer leicht resignierend. Wollen wir den Hoffnungspegel nicht zu hoch ansetzen, aber einige Zuschriften dürfte sie doch erhalten. (Hiltraud Pelzer, Hermann-Korb-Straße 16 in 98302 Wolfenbüttel.)

Besonders erfreulich ist es, wenn durch unsere Ostpreußische Familie persönliche Begegnungen oder sogar freundschaftliche Verbindungen entstehen. Das bewies ein Anruf aus Hinterpommern: Mein Kollege aus alten „Ostpreußenblatt“-Tagen, **Horst Zander**, und seine Frau **Lydia** hatten auf ihrem Lindenhof Besuch aus dem heute zur Republik Polen gehörenden Krockow. Die Kustodin des dortigen Heimatmuseums, **Grazyna Patryn**, der Horst Zander unsere Leihgaben für die von ihr gestalteten Ausstellungen überbracht hatte – wir berichteten darüber in Folge 27 –, war mit ihrer deutschen Mutter gekommen. Und die genoss die Stunden auf dem idyllischen Lindenhof besonders, weil sie endlich einmal in ihrer Muttersprache so richtig plaudern konnte. Über das Ehepaar Zander wollen wir mit Grazyna Patryn in Verbindung bleiben, da sich neue interessante Aspekte ergeben können.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Verliert Rübezahl seine Muttersprache?

Der Nationalpark Riesengebirge will sich erklärtermaßen auch der Kulturgeschichte annehmen

Naturkatastrophen im Riesengebirge und dem Hirschberger Tal werden das Thema der ersten Ausstellung am neuen Sitz des Riesengebirgs-Nationalparks (Karkonoski Park Narodowy, KPN) auf Schloss Hermsdorf unterm Kynast [Sobieszow]. Heuschreckenplagen, Erdbeben, Überschwemmungen, Tornados und Lawinen erschütterten das Land des Rübezahls in Niederschlesien gleich mehrfach im Laufe der Jahrhunderte. Am 31. August 1675 wurde die mittelalterliche Kynastburg, der Sitz des mächtigen Geschlechts derer von Schaffgotsch, vom Blitz getroffen und brannte aus. Die Kynastburg wurde nie wieder aufgebaut, sie überdauerte die Zeiten jedoch als romantische Burgruine. Die Schaffgotschs ließen sich 1705 bis 1712 ein neues Schloss in Hermsdorf unterm Kynast errichten, ein imposantes, barockes Herrenhaus. Dorthin zieht bald die Verwaltung des Riesengebirgs-Nationalparks und wird, wie die Familie Schaffgotsch vor 300 Jahren, im Riesengebirge „regieren“. Mit dem kleinen Unterschied, dass die Nationalparkverwaltung (KPN) 6000 Hektar und die Schaffgotschs 30 000 Hektar zu bewirtschaften hatten, schreibt Rzeczpospolita.pl.

Im Erdgeschoss soll in einer Dauerausstellung an die Geschichte von Hermsdorf unterm Kynast, an die Kynastburg und das Schloss erinnert und das Ökosystem der „Westsudeten“ als Aufgabe für den Umweltschutz im Riesengebirge veranschaulicht werden. Einen zentralen Platz in der Geschichte will man der Familie der Grafen von Schaffgotsch genannt Semperfrei von und zu Kynast und Greiffenstein, Freiherren von Trachenberg einräumen.

Noch schneller als der Name wuchs das Vermögen der Grafen. Im 17. Jahrhundert besaßen sie bereits 100 Ortschaften und fast 30 Schlösser und Herrenhäuser. Hervorgehoben wird hierbei gerne, dass die Bedeutung der Adelsfamilie ganz besonders durch die Heirat Hans Ulrichs mit der Piastenherzogin Barbara Agnes, Tochter des Joachim Friedrich von Liegnitz-Brieg, an Bedeutung gewann. „Der Enkel Ulrichs, Jan Antoni, erbte die Hinterlassenschaft der schlesischen Herzöge aus erster polnischer Dynastie und bekam das Privileg der Verbindung der Wappen der Schaffgotsch und der Fürsten von Liegnitz-Brieg“, ist in der Rzeczpospolita.pl zu lesen. Der heute „Jan Antoni“ Übersetzte und seine schlesisch-piastischen Vorfahren waren freilich seit Jahrhunderten keine Polen mehr.

Beschriftung auf Polnisch, Tschechisch und Englisch, aber nicht auf Deutsch

Stolz der Grafen von Schaffgotsch war ihre Bibliothek, die zwischen dem Beginn des 18. Jahrhunderts und 1945 80 000 Bände umfasste. Dazu gehörte die europaweit größte Sammlung ornithologischer Werke, die 1891 in Bad Warmbrunn [Cieplice Zdroj] der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und zur Hauptattraktion für Kurgäste wurde. Diese Rarität wurde, wie auch die gesamte Bibliothek, nach Kriegsende in unterschiedlichen Sammlungen in der ganzen Volksrepublik Polen verstreut. Auch daran will man im Schloss Hermsdorf unterm Kynast erinnern.

Das Schloss, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg eine Landwirtschaftsschule untergebracht wurde, wird seit 1997 renoviert. 2018 sollen die Arbeiten am Hauptschloss endlich abgeschlossen werden. Als nächstes steht die Sanierung der Stallungen an. Dort werden Konferenzräume und ein Restaurant Platz finden. Hier soll auch in einer modernen „7-D“-Technologie die Flora und Fauna des Riesengebirges, dessen Klima und das Ökosystem veranschaulicht werden. Hierbei sollen alle sieben Sinne angesprochen werden, in dem beispielweise auch Gerüche und der Tastsinn durch zerstäubtes Wasser erlebbar werden.

In der letzten Phase der Schlossrenovierung sollen im Verwalterhaus Künstlerwerkstätten und im Speicher Geschäfte untergebracht werden. Neun Millionen Euro sind für die Fertigstellung bis 2020 veranschlagt. Bislang ist es dem Nationalpark gelungen, die Hälfte der Summe zusammenzubekommen.

Mal sehen, ob die Ausstellung sich auch an die deutschen Touristen wenden wird. Derzeit verzichtet die Nationalparkverwaltung noch auf eine deutsche Beschilderung. Wer auf dem Riesengebirgskammweg unweit der Schneekoppe mitten im Nationalpark wandert, der wird über die vielen naturkundlichen und historischen Sehenswürdigkeiten nämlich nur auf Polnisch, Tschechisch und Englisch informiert. Das Gros der deutschen Touristen steht häufig irritiert davor.

Chris W. Wagner



ZUM 103. GEBURTSTAG

Schmidt, Meta, geb. **Siebert**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. August
Schwemer, Otto, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schulz, Grete, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 19. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Plewka, Christel, geb. **Lucks**, aus Bialla, Kreis Johannisburg, am 23. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Sokoll, Gerhard, aus Wehlau, am 20. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kalleß, Gertrud, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 18. August
Nelson, Hans-Ulrich, aus Wehlau, am 20. August
Prengel, Anna, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 22. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Schergaut, Margarete, geb. **Wrase**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 22. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Engemann, Anneliese, geb. **Wölke**, aus Truna, Kreis Elbing, am 24. August
Gassner, Elisabeth, geb. **Leimann**, aus Walden, Kreis Lyck, am 18. August
Gehne, Meta, geb. **Benger**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. August
Junker, Gustav, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 18. August
Seher, Elfriede, geb. **Danisch**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 150, am 23. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baginski, Erwin, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 18. August
Berg, Anneliese, geb. **Riedel**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August
Frank, Gertrud, geb. **Palm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August
Hartmann, Erika, geb. **Mack**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 24. August
Korte, Johanna, geb. **Galensa**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 18. August
Lietz, Elsbet, geb. **Neumann**, aus Groß Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 22. August
Müller, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 24, am 18. August
Rutkewitz, Wolfgang, aus Ortelsburg-Försterei, am 24. August
Skowronek, Herta, aus Lyck, am 22. August
Stach, Ernst, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 21. August
von Terzi, Hedwig, aus Lyck, Falkstraße 11, am 22. August
Willms, Gerda, geb. **Nötzel**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 23. August
Zielasek, Dr. Gotthold, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Breitkreuz, Gertrude, geb. **Jorzenuk**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. August
Bressau, Heinz, aus Treuburg, am 21. August
Clausnitzer, Dr. med. Ruth, geb. **Bludau**, aus Ortelsburg, am 21. August
Diestel, Brigitte, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 21. August
Niemeier, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 20. August
Raths, Ruth, geb. **Kelsch**, aus Ortelsburg, am 18. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blumenscheit, Horst, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 24. August
Bratumil, Herbert, aus Lyck, am 22. August
Faupel, Ursula, geb. **Willumeit**, aus Treuburg, am 23. August
Fischer, Hans, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. August
Flegel, Herta, geb. **Lasogga**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 18. August
Joswig, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. August
Majonek, Hildegard, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 18. August
Milpacher, Hildegard, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. August
Rama, Eduard, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. August
Schawert, Edith, geb. **Heisel**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 24. August
Zaborosch, Viktor, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 22. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Andersen, Eberhard, aus Walden, Kreis Lyck, am 19. August
Beutel, Hildegard, aus Germau, Kreis Samland, später Mohrungen und Tilsit, am 21. August
Fisch, Dr. Bernhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Kompa, Willi, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 23. August
Nuppenau, Herta, geb. **Nickel**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 21. August
Ohlendorf, Irmgard, geb. **Bartel**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 18. August
Prawdzik, Regina, aus Gingen, Kreis Lyck, am 18. August
Reiser, Irene, geb. **Marenski**, aus Ortelsburg, am 18. August
Richter, Siegfried, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. August
Thomas, Karl, aus Windkeim und Adlig Pohren, Kreis Heiligenbeil, am 24. August
Waschkau, Charlotte, geb. **Dembowski**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 24. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behr, Lothar, aus Klemenswalde und Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. August
Breetze, Irmgard, geb. **Vorf**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 18. August
Genz, Gerhard, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. August
Gudde, Herbert, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 22. August
Hellwich, Helga, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 19. August
Henke, Hans, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. August
Jerimowitsch, Inge, geb. **Kalinowski**, aus Lyck, am 18. August
Kastrop, Lieselotte, geb. **Szodruch**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 18. August
Kowalski, Johannes, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 19. August
Lipp, Siegismund, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. August
Mertens, Ursel, geb. **Sarzio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. August
Mörchel, Gerda, geb. **Dreyer**, aus Lötzen, am 18. August
Przygoda, Paul, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Schwiderski, Waltraut, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 21. August
Stantke, Gertrud, geb. **Murach**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Tamkus, Siegfried, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 24. August
Thies, Wilfried, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August
Wronna, Heinz, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Wysk, Willy, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barth, Edith, geb. **Statz**, aus Lyck, Sentker Straße, am 22. August
Barwanietz, Christel, geb. **Stemmert**, aus Gertrudenhof, Kreis Treuburg, am 18. August
Becker, Ruth, geb. **Staschik**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 119, am 24. August
Buhrz, Adelheid, aus Kuxen, Kreis Stuhm, am 20. August
Deirowski, Hubert, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. August
Fuhrmann, Irmgard, geb. **Reilein**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 19. August
Kannenberg, Kurt, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 18. August
Marquardt, Sigrid, geb. **Mallek**, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, am 22. August
Mueller, Gerda, geb. **Sakrzewski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 21. August
Ollech, Magda, geb. **Münster**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. August
Petrick, Lothar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. August
Ramm, Ursula, geb. **Kraft**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 24. August
Sanden, Irene, geb. **Karpowski**, aus Neidenburg, am 20. August
von Oppenkowski, Charlotte, geb. **Wlost**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 18. August
Warnke, Erika, geb. **Pusch**, aus Monken, Kreis Lyck, am 22. August
Wawrsinek, Anneliese, geb. Heinrich, aus Blumenfeld, Kreis Pillkallen, am 24. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adomeit, Ewald, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 18. August
Alexy, Dieter, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 23. August
Becker, Eva-Maria, geb. **Schmeer**, aus Sachen, Kreis Neidenburg, am 21. August
Bertel, Christel, geb. **Urbschat**, aus Wallenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August
Brezina, Eva, geb. **Frischmuth**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 22. August
Ewert, Günter, aus Schönlinde, Kreis Heiligenbeil, am 17. August
Koslowski, Walter, aus Monken, Kreis Lyck, am 18. August
Liebe, Lieselotte, geb. **Krafft**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 22. August
Menz, Anna, geb. **Bronnert**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 24. August
Mintel, Hildegard, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 18. August
Nieburg, Erwin, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 21. August
Pawlitz, Jürgen, aus Lyck, am 23. August
Riemann, Siegfried, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 20. August
Sawitzki, Hannelore, geb. **Krips**, aus Ortelsburg, am 21. August
Schmitz, Ida, geb. **Schwarznecker**, aus Dorschen Kreis Lyck, am 18. August
Schwarz, Louis-Ferdinand, aus Pollwitten, Kreis Samland, am 24. August
Spreen, Heinz, aus Hammersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 19. August
Symanski, Reinhold, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 19. August
Theylich, Irene, geb. **Atzpodien**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Becker, Eva-Maria, geb. **Schmeer**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 21. August
Behrens, Lisa, geb. **Hartwig**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 22. August
Bombor, Reinhold, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 19. August
Franke, Peter, aus Wehlau, am 23. August
Gogolka, Karin, aus Memel, am 21. August
Junik, Hannelore, geb. **Litty**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 19. August
Müller, Doris, geb. **Klatt**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 22. August
Patzwaldt, Winfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. August

TERMINE DER LO

2017
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de

62. Jahrestreffen

Das jährliche Treffen der Stadtgemeinschaft Allenstein findet in diesem Jahr vom 8. bis 10. September in Gelsenkirchen statt. Eröffnet wird es mit der Stadtversammlung am Freitagnachmittag im Hotel Ibis. Am Abend treffen sich ehemalige und heutige Bewohner unserer Heimatstadt zu einem gemütlichen Beisammensein im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus.

Am Sonnabend beginnen die Veranstaltungen um 10.45 Uhr in der Propsteikirche mit einer ökumenischen Andacht und der Kranzniederlegung an der Gedenktafel, die den verstorbenen Allensteinern gewidmet ist. Anschließend besteht Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen.

Ab 13 Uhr versammeln sich Stadtgemeinschaft und Kreisgemeinschaft Allenstein-Land im Schloss Horst. Ein reichhaltiges Angebot an Büchern und Informationen über Allenstein und Ostpreußen sowie eine Ausstellung alter Postkarten erinnern an vergangene Zeiten.

Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser- und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka, musikalisch umrahmt wird. Neben Vertretern der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein werden wie immer zahlreiche Angehörige der deutschen Minderheit aus Allenstein unter den Gästen sein.

Anschließend spielt Andreas Kokosch beliebte Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung. Wer es ruhiger mag, kann sich auch zum Schabbern in den Rittersaal oder den Garten zurückziehen, wo wieder eine Grillstation für das leibliche Wohl sorgen wird. Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Der Sommer, der uns in diesem Jahr nicht gerade verwöhnt hat, geht seinem Ende entgegen. Am 9./10. September treffen sich die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen mit alten und neuen Bekannten wieder in der liebenswerten Kreisstadt Rotenburg (Wümme). Veranstaltungsort ist die Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium).

Eingeleitet werden die 63. Angerburger Tage am Sonnabend, 9. September, um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend findet ab 9.30 Uhr die erste Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung) statt, zu der alle ordentlichen und fördernden Mitglieder eingeladen sind, Bezieher des Angerburger Heimatbriefes gelten als fördernde Mitglieder, sie haben aber kein Stimmrecht und sind auch nicht wählbar. Auf den Seiten 16/17 des Angerburger Heimatbriefes ist die Einladung mit Tagesordnung veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stehen die Berichte der Funktionsträger, die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlags für das Geschäftsjahr 2018 und die Neuwahl des Vorstandes für die nächsten zwei Geschäftsjahre.

Um 13 Uhr starten wir vom „Hotel am Pferdemarkt“ zu einer Kaffeefahrt. Dafür wird ein Kostenbeitrag von 12 Euro einschließlich Busfahrt und Kaffeegedeck pro Person erbeten. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 30. August nötig.

Ab 15.30 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule für alle geöffnet, die nicht an der Busfahrt teilnehmen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Der kulturelle Abend beginnt um 20 Uhr mit der

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 16

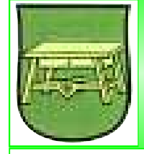
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Übergabe des Angerburger Kulturpreises durch den Landkreis Rotenburg (Wümme). Danach wird uns Klaus Papies aus Bremen in einem unterhaltsamen Vortrag Siegfried Lenz vorstellen. In gemütlicher Runde lassen wir dann den Tag ausklingen.

Am Sonntag, 10. September, sind die Räume in der Theodor-Heuss-Schule ab 9.30 Uhr geöffnet. In der Aula der Schule findet um 11 Uhr eine Feierstunde statt, zu der alle Besucher herzlich eingeladen sind. Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Rastenburg, wird die Gastrede halten. Nach der Feierstunde treffen sich die Teilnehmer zum Gedankenaustausch mit alten und neuen Bekannten. Gelegenheit zum Mittagessen besteht ebenfalls, außerdem werden Kuchen, Kaffee, Tee und andere Getränke angeboten. Am Sonnabend und Sonntag sind das Archiv und das Angerburger Zimmer mit der Heimatsammlung von 13 bis 16 Uhr im Verwaltungsgebäude Weicheler Damm 11 geöffnet.

Das vollständige Programm der 63. Angerburger Tage ist im Heimatbrief Nr. 159 (Juni 2017) auf den Seiten 46–48 veröffentlicht. Mit Ihrem Besuch bekunden Sie Ihre Verbundenheit mit Angerburg und unserem Patenschaftsträger, dem Landkreis Rotenburg. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft hofft viele Besucher am 9./10. September begrüßen zu können und wünscht Ihnen eine angenehme und sichere Anreise.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Ostpreußentreffen

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, zum diesjährigen Ostpreußentreffen in Winsen/Luhe, dem Hauptkreistreffen mit der Kreisgemeinschaft Schloßberg sind Sie und mitzubringende Gäste herzlich eingeladen. Wir beginnen diesmal mit einem „Tag der offenen Tür“ in den Heimatstuben in der Rote-Kreuz-Straße 6. Folgendes Programm wird geboten:

Freitag, 1. September

Ab 14 Uhr: Öffnung der Heimatstuben, geselliges Beisammensein, Buchverkauf, Kaffee, Kuchen und Leckeres vom Grill. Ausschank Pillkaller, Glücksrad für unsere kleinen Gäste.

Sonnabend, 2. September

9.30 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Winsener Friedhof mit dem Pfarrer im Ruhestand Kurt Perrey.

Ab 10.30 Uhr: Feierstunde im Schützenhaus unter anderem mit Andacht, Totengedenken, Grußworten und dem Vortrag „Mythos Rominten“ von Christoph Hinkelmann, Ostpreußisches Landesmuseum.

Ab 12 Uhr: Gemeinsames Mittagessen im Schützenhaus.

14 Uhr: Mitgliederversammlung/Kreistagsitzung der Kreisgemeinschaft Schloßberg in der Heimatstube.

14 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode in der Stadthalle.

Ab 16 Uhr: Öffnung der Heimatstuben von Ebenrode und Schloßberg.

Der Vorstand bittet um rege Teilnahme und Werbung.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Freitag, 1. September bis Sonntag, 3. September, Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung. Es wird folgendes Programm angeboten:

Freitag, 1. September

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer

14 Uhr: Delegierten-Versammlung im Raum Zürich

16 bis 18 Uhr: Film- und Dia-Vorträge im Raum Luzern (UG)

Sonnabend, 2. September

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros

9.30 Uhr: Treffen im Restaurant

10 bis 12 Uhr: Lesungen im Raum Luzern (UG)

12 Uhr: Mittagessen

14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung, verschiedene Grußworte. Im Anschluss Berichte der Kirchspielvertreter sowie Wahlen

Ab 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, plachandern

16 bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern

Ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung

Sonntag, 3. September

10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.

Manfred Romeike, Kreisvertreter



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Änderung zum Hauptkreistreffen

In unserem Programm zum Hauptkreistreffen, das am 9./10. September in Bad Nenndorf, Hotel Esplanade, stattfindet, gibt es aus organisatorischen Gründen eine zeitliche Änderung. Die Lesung von Benita Junge nach den Lebenserinnerungen ihres Vaters Bernhard Kattoll aus Rosenthal bei Mulden, die dieser unter dem Titel „Ich war doch erst neun – Meine unfreiwillige Kindheit in Lettland“ verfasst hat, beginnt am Sonnabend, 9. September, bereits um 14 Uhr (bis 16 Uhr). Dafür rücken die für diese Zeit zunächst vorgesehenen Filmvorführungen über Ostpreußen vor 1945 und den Kreis Gerdauen nach 1945 auf den späteren Termin – von 16.30 bis 18 Uhr.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Zum Tod von Eva Droese

„Heimat ist nicht da oder dort. Heimat ist in dir drinnen, oder nirgends.“ Hermann Hesse

Am 31. Juli 2017 verstarb für uns alle plötzlich und unerwartet Eva Droese, geborene Höpfner, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, im hohen Alter von fast 92 Jahren in Kiel.

Mit ihr verliert die Kreisgemeinschaft ein weiteres Mitglied aus der Erlebnisgeneration. Eva Droese liebte ihre Heimat über alles und wenn sie von ihr erzählte, leuchteten ihre Augen und man spürte ihre tiefe Verbundenheit zu Balga. Am 11. September 1925 wurde sie in Balga als Tochter des Fischers Albert Höpfner und seiner Ehefrau



Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil sagt Lebewohl: Eva Droese (1925–2017) Bild: privat

Minna geboren. Sie verlebte dort eine unbeschwerte Jugend, von der sie oft und gerne erzählte. Ihr umfangreiches Wissen über Ostpreußen und hier ganz besonders über ihren Heimatort Balga hat sie bereitwillig an uns Nachgeborene weitergegeben.

Ein wunderbarer Mensch ist von uns gegangen. Sie wird eine nicht zu füllende Lücke in unseren Reihen hinterlassen – war sie doch zu jedem freundlich und hilfsbereit und hatte für jeden immer ein offenes Ohr. Sie war ein ganz besonderer Mensch für mich persönlich, aber auch für die Menschen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Nun müssen wir für immer „Lebewohl“ sagen, und das fällt uns schwer.

Wir wollen dennoch dankbar sein für alles, was sie uns gegeben und hinterlassen hat. In den zahlreichen Berichten, die Eva Droese für das Heimatblatt und die PAZ schrieb, wird sie uns für immer in Erinnerung bleiben und darin weiterleben. Solange es ihre Gesundheit zuließ, bereiste sie ihre alte Heimat immer wieder, und bei vielen der von ihr organisierten Reisen knüpfte sie freundschaftliche Kontakte zu den heutigen Bewohnern, und hier speziell zu Julia Kulikowa. Und jedes Mal besuchte sie in Balga ihr Elternhaus, das als einziges auch heute noch steht.

Sie war auch eine treue Besucherin unserer jährlichen Kreistreffen. Für ihre langjährige, vertrauensvolle Unterstützung wurde sie im Jahr 2007 mit der Treueurkunde der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil geehrt.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft trauert mit ihrem Sohn und der Familie um die Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma.

Elke Ruhnke, im Namen des Vorstands

Auch die Kirchspielgemeinschaft Balga trauert um die Verstorbene und hat einen Nachruf verfasst:

Die Kirchspielgemeinschaft Balga muss von Eva Droese, geborene Höpfner, Abschied nehmen. Sie wurde am 11. September 1925 in Balga geboren und war dort die letzte Gemeindesekretärin unter Bürgermeister Pultke.

Bis zu ihrem Tode war sie eine leidenschaftliche, tatkräftige und liebevolle Streiterin für die Heimat und ihre ehemaligen und derzeitigen Bewohner! Eva Droese wurde am 31. Juli 2017 im 92. Lebensjahr in die ewige Heimat abberufen. Die Kirchspielgemeinschaft Balga wird sie in ehrender und dankbarer Erinnerung behalten! Unser Mitgefühl gilt den trauernden Angehörigen …

Im Namen der Kirchspielgemeinschaft Balga, Regina Holweger, Kirchspielvertreterin für Balga, Follendorf, Groß Hoppenbruch, Kahlholz und Wolitta

Kreistagswahlen

Sonnabend, 2. September: 12 Uhr, im Veranstaltungssaal des Hotels Haase in Burgdorf: Mitgliederversammlung. In diesem Jahr werden – gemäß der Satzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – die Wahlen zum Kreistag (Kirchspiel- und Stadtvertreter) durch die eingeschriebenen Mitglieder durchgeführt. Den Mitgliedern (Stand Juni 2009), insgesamt 131 Stimmberechtigte, wird in den nächsten Wochen ein detailliertes Schreiben diesbezüglich im Auftrag der Kreisvertreterin durch die zweite stellvertretende Kreisvertreterin Viola Reyentanz zugesandt.

Balga: Regina Holweger, geb. Holweger, *11. Mai 1962 in Salzgitter, Am Heller 15, 38229 Salzgitter, Telefon (05341) 178173, E-Mail regina.holweger@t-online.de

Bladiau: Wolfgang Milewski, *11. September 1939 in Schölen, Carmannstr. 11, 53879 Euskirchen, Telefon (02251) 59603, E-Mail: wolfgang-milewski@t-online.de

Brandenburg; Hans-Hartwig von Platen, *2. April 1953 in Rehren, Streesower Dorfstraße 15, 19357 Karstädt/GT Streesow, Telefon (038788) 589955, E-Mail HHPlaten@t-online.de

Dt. Thierau. z. Zt. nicht besetzt

Eichholz: Joachim Ruhnau, *17. November 1965 in Köln, Schützenstraße 14, 56305 Döttesfeld, Telefon (02685) 987573, E-Mail joachim. ruhnau@online.de

Eisenberg: Elke Ruhnke, geb. Schweitzer, *15. April 1966 in Wuppertal, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 461613, E-Mail ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Grunau-Alt Passarge: Heidrun Claret, geb. Schemmerling, * 18. Juni 1939 in Königsberg, Im Letten 14, 79848 Bonndorf, Telefon (07703) 7980

Heiligenbeil-Land: zur Zeit nicht besetzt

Heiligenbeil-Stadt-Mitte und -Süd: z. Zt. nicht besetzt

Heiligenbeil-Stadt-Nord: Siegfried Schulz, *6. August 1939 in Heiligenbeil, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, E-Mail: s.schulz@dokom.net

Hermsdorf-Pellen: z. Zt. nicht besetzt

Hohenfürst: Elke Ruhnke, geb. Schweitzer, *15. April 1966 in Wuppertal, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 461613, E-Mail ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Lindenau: Z. Zt. nicht besetzt

Pörschken: Christian Perbandt, *26. Oktober 1960 in Berlin, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052, Fax (05132) 588695, E-Mail perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Tiefensee: Kurt Woike, *23. Juli 1940 in Arnstein, Graue-Burg-Straße 117, 53332 Bornheim, Telefon (02227) 908570, Fax (02227) 4505, E-Mail Woike_KM@web.de, Stellvertreterin: Margot Kohn

Waltersdorf: Die Amtsinhaberin Lieselotte Ollmann kandidiert aus Altersgründen nicht mehr.

Zinten-Land: Irmgard Lenz, geb. Wengel, *17. Juli 1936 in Maggen, Karl-Fränkel-Ring 11, 88074 Meckenbeuren, Telefon (07542) 4649, E-Mail lengard36@t-online.de, Stellvertreter: Bernd Schmidt

Zinten-Stadt: Viola Reyentanz, geb. Schlenger, *25. September 1961 in Lauchhammer, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail reyvio@web.de, Siegfried Dreher, *11. Mai 1937 in Königsberg, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, Telefon (04102) 61315, E-Mail M.S.Dreher@t-online.de

Weitere Wahlvorschläge nimmt bis zum 27. August Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal an. Laut Wahlordnung vom 6. September 1997 gilt hierfür Folgendes: „Alle in der Heimatkreiskartei eingetragenen Personen, die durch Abgabe einer schriftlichen Beitrittserklärung die Mitgliedschaft erworben haben, sind für den Kreistag wahlberechtigt und wählbar.

Die Wahlvorschläge müssen enthalten: Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimatort sowie jetzige Anschrift des Vorschlagenden und des Kandidaten; ferner das Kirchspiel, für das der Kandidat vorgeschlagen wird. Wahlvorschläge können ausnahmsweise auch noch in der Sitzung vor dem jeweiligen Wahlgang gemacht

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

werden. Diese Wahlvorschläge müssen die Unterschriften von drei wahlberechtigten Mitgliedern tragen. Personen, die nicht in der Kreiskartei geführt werden, die weder selbst noch deren Vorfahren oder deren Ehegatten aus dem Kreis Heiligenbeil stammen, können auf Vorschlag kandidieren, sie müssen die Mitgliedschaft erlangen, wenn sie in den Kreistag gewählt werden. ... Jedes Mitglied der Kreisgemeinschaft darf für sein Kirchspiel nur einen Kirchspielvertreter und ein Ersatzmitglied zur Wahl vorschlagen.

Ausnahme: Für das Kirchspiel Heiligenbeil-Stadt können drei und für das Kirchspiel Zinten-Stadt können zwei Kirchspielvertreter vorgeschlagen werden."

Kreistreffen

Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf. Es findet vom Sonnabend, 2., bis zum Sonntag, 3. September, statt. Achtung! Wir haben einen neuen Tagungsort: Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf bei Hannover (siehe Infokasten links). Das Programm:

Sonnabend, 2. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase" in Burgdorf, Lehrter Straße 12,

11 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park,

ab 10.45 Uhr: fährt ein Bus vom Hotel Haase hin und zurück.

12 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im „Hotel Haase",

14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Hotel Haase zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr,

16 Uhr: Vortragsveranstaltung

ab 18.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 3. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase"; zirka 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden"

11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im „Hotel Haase" mit:

– Begrüßung (Elke Ruhnke) Kreisvertreterin,
– Ostpreußenlied,
– Totenehrung (Christian Perbandt, stellvertretender Kreisvertreter),
– Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott...),
– Vortrag Ilse Thomann,
– Grußworte,
– Festansprache: Dr. Oliver Schulz, Boulogne-Billancourt,
– Instrumentalstück,
– Schlusswort (Elke Ruhnke, Kreisvertreterin),
– Deutschlandlied 3. Strophe,

13.30 Uhr: Öffnung der Heimatstube bis 15 Uhr. Es ist ein Buspendelverkehr hin und zurück eingerichtet,

16 Uhr: Offizielles Ende des Hauptkreistreffens.

Änderungen vorbehalten.



Heiligenbeil: So geht's zum Kreistreffen



Aufgrund der Lage am westlichen Ortsrand von Burgdorf ist das Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf, problemlos und schnell aus allen Richtungen über die umliegenden Autobahnen zu erreichen.

Gäste, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen möchten, finden in 800 Metern Entfernung den örtlichen Bahnhof mit direktem S-Bahn-Anschluss an den Hauptbahnhof Hannover.

LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Im Raum A201

Die Sitzung des Kreistages, deren Tagesordnung in der *PAZ* vom 4. August veröffentlicht wurde, findet am 26. August um 13 Uhr im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, Raum A 201 (2. Etage) statt.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Kreistagssitzung in Bad Nenndorf

Am 16. September um 10.30 Uhr findet die öffentliche Kreistagssitzung im Grandhotel Esplanade in Bad Nenndorf mit folgender Tagesordnung statt:

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung,
3. Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung vom 17. September 2016,
4. Bericht des Vorstandes,
5. Kassenbericht über das Haushaltsjahr 2016,
6. Bericht der Kassenprüfer,
7. Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes,
8. Präzisierung und Abstimmung der Anträge aus Kreisausschuss-Sitzung vom 25. Februar 2017 in Gießen,
9. Vorbereitung und Ablauf der Wahl zum 9. Kreistag in 2018,
   a) Satzungsänderung in § 9 – 1. von 15 auf 11. stimmberechtigte Kreistagsmitglieder
   b) Termin
   c) Wahlausschuss
   d) Wahlvorschläge
10. Neue Anträge/Mitteilungen,
11. Haushaltsvoranschlag 2018, inklusiv Zwischenergebnis 2017; Monate 01 bis 08,
12. Anregungen/Anfragen/ Verschiedenes

Die Kreistags-Mitglieder haben fristgemäß eine schriftliche Einladung erhalten.

Heimatkreistreffen

Das diesjährige Heimatkreistreffen findet am 16. und 17. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade, L' Orangerie, Bahnhofstraße 8, statt. Wir laden Sie herzlich dazu ein und würden uns sehr freuen, viele Landsleute, deren Nachkommen und Heimatfreunde in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen. Sie können Ihre Zimmerbuchungen im Grandhotel Esplanade unter Telefon (05723) 798110 oder per E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen.

Ebenso ist Ihnen die Tourist-Information unter der Telefon (05723) 748560 oder per E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de behilflich. Der Programmablauf:

Sonnabend, 16. September

10.30 bis 13.30 Uhr: Kreistagssitzung, Sitzungsraum Grandhotel Esplanade. Diese Sitzung ist öffentlich,

14 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume mit individueller Begrüßung der Teilnehmer,

15.30 Uhr: Gemeinsames Kaffeetrinken mit netten Gesprächen. Ebenso Möglichkeit zum Erwerb von Aquarellen und Bildern aus dem Kreis Mohrungen,

ab 19.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit Musik und Überraschungen.

Sonntag, 17. September

9 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume,

9.30 Uhr: Besuch des Agnes Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung,

10.30 Uhr: Feierstunde – gemeinsamem Gesang „Land der dunklen Wälder" – Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin – Totenehrung durch Elisabeth Krahn, gemeinsam singen wir: „Großer Gott wir loben dich" – Festrede: „Das 500-jährige Reformationsjubiläum aus ostpreußischer Sicht" – Schlussworte, danach gemeinsamer Gesang des „Deutschland Liedes", dritte Strophe,

14.30 Uhr: Mitgliederversammlung.

Danach ein gemütliches Ausklingen bei Kaffee und Kuchen sowie guten Gesprächen. Schon jetzt bedanken wir uns ganz herzlich für Ihr Kommen zu unserem diesjährigen Heimatkreistreffen!

Bis zum Wiedersehen in Bad Nenndorf grüßt Sie in heimatlicher Verbundenheit der Vorstand der Kreisgemeinschaft Mohrungen

Termine in der Heimat

Freitag, 25. August: Herders Geburtstags-Feier in Mohrungen – Sonnabend, 26. August: 25-jähriges Bestehen des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder" in Mohrungen. Um 11 Uhr findet die Jubiläumsfeier in der „Aula" der Herderschule in Mohrungen statt.



INSTERBURG – STADT UND LAND

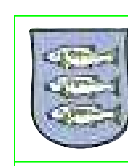
Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Köln – Mittwoch, 23. August: Gemeinsames Beisammensein. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Darmstadt – Sonnabend, 26. August, 11,30 Uhr, Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Beisammensein. Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 6. September, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Videovortrag oder Autorenlesung. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellungeröffnung

Sonnabend, 19. August, 15.30 Uhr, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt **Neumünster,** Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung): Eröffnung der Ausstellung „Von Nordfriesland bis Nidden – Küstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung". Zur Eröffnung wird der Künstler selbst anwesend sein.

Arbeitsreise in die Heimat, Teil II

Randvoll war der Terminplan von Ute und Dieter Eichler, als sie Anfang Juni zum Arbeitsbesuch nach Lötzen reisten. Klar, dass es darüber viel zu erzählen gibt. Ute Eichler hat das Wichtigste für die PAZ notiert. Ihr Bericht erscheint in drei Teilen. Im Zweiten geht es um die Jubiläumsfeierlichkeiten der evangelischen Kirche in Lötzen.

Am Sonnabend (1. Juli) beging die evangelische Kirche in Lötzen das 190-jährige Bestehen des Gebäudes. Nach dem verheerenden Stadtbrand von 1822 war 1827 der im Architekturbüro Schinkel, Berlin, entworfene Bau eingeweiht worden. Zu den Vorträgen und Bildpräsentationen waren die im Ruhestand befindlichen Bischöfe Szarek und Jagucki – beide ehemalige Pfarrer dieser Gemeinde – und der jetzt amtierende Bischof Rudolf Bazanowski anwesend. Eingeladen worden waren weitere Persönlichkeiten, die im Gemeindeleben der letzten Jahrzehnte aktiv waren. Die Kreisgemeinschaft Lötzen war mit gut einem Dutzend ihrer Mitglieder vertreten.



Lötzen: Die Pfarrer und Bischöfe der Jubiläumsfeier Bild: privat

Weiterhin war aus Deutschland die Partnergemeinde Querfurt (Saalekreis) mit ihrer Kantorei angereist. Sie umrahmte musikalisch vielseitig diese Gedenkveranstaltung, den Festgottesdienst am Sonntag, und sie trat auch zum Jubiläum „40 Jahre sommerliche Orgelkonzerte" auf.

Robert Kempa, Historiker und Tourismus-Chef der Stadt, hielt den Festvortrag über die Zeitspanne, die von der Entstehung einer christlichen Gemeinde in Lötzen bis zum Jahr 1945 reicht. Er konzentrierte sich auf die Jahre 1481 bis 1531 und 1827 bis 1945. Schwerpunkt seiner Ausführungen war der Nachweis: „Diese Gemeinde ist ein fester Bestandteil der Geschichte der Stadt!"

Der jetzt im elften Jahr amtierende Gemeindepfarrer Krystian Borkowski stellte in seinem Vortrag die Geschichte der Gemeinde von 1945 bis zur Gegenwart dar. Da wurden Details benannt, die deutlich machen, wie kurzlebig menschliches Erinnerungsvermögen ist. Wer weiß heute noch, wie schwerwiegend der Vorwurf vom Gebrauch der deutschen Sprache in den 1950er Jahren war? 1959 erfolgte die vollständige Enteignung der Gemeinde! Wem ist bewusst, wie gefährdet das Kirchgebäude in den 1960er Jahren war, als es Abrisspläne gab? Die Stadt wollte eine begradigte Straßenführung durchsetzen. Und wer führt sich heute den Aderlass und seine Folgen vor Augen durch die Ausreise der deutschstämmigen Familien, vor allem in den 1970er und 1980er Jahren? In der Amtszeit des Pfarrers Szarek, zwischen 1962 und 1970, haben etwa 1200 Mitglieder die Gemeinde verlassen.

1977 starteten die sommerlichen Orgelkonzerte. Das Altarbild von Pfannschmidt, der „Einladende Christus" konnte damals in Krakau restauriert, der Altar 1980 neu geweiht werden. Es begannen dann „die Päckchenjahre" (Hilfe aus dem Westen in dieser Form). 1988 wurden deutschsprachige Gottesdienste eingeführt. 1990 gab es den ersten ökumenischen Gottesdienst nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit 1995 besteht der Kontakt zur evangelischen Gemeinde Querfurt. Ihr folgte die Partner-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

schaft des Saalekreises mit dem Landkreis Gizycko.

In den 1990er Jahren verbesserte sich auch die finanzielle Situation in der Gemeinde. Eine Religionspädagogin, eine Gemeindesekretärin, ein Hausmeister konnten angestellt werden. 1999 bekam die Kirche ein neues Dach, die Fassade des Gebäudes wurde renoviert. In 2002 wurde die Innenrenovierung begonnen, seit 2003 wird die Kirche in der Dunkelheit angestrahlt.

Zwischen beiden Vorträgen spielte Eckhard Schlemminger, Hamburg, auf der Bratsche eine Komposition von Bach. Er ist dieser Kirche, in der seine Eltern geheiratet haben und für die sein Großvater Rievers lange Jahre im Kirchengemeinderat war, besonders verbunden.

Alle Grußworte, beide Vorträge wurden professionell gedolmetscht. So dauerte die Festveranstaltung volle drei Stunden. Da war anschließend die Stärkung mit Wurst vom Grill im Pfarrgarten willkommen. Vor allem wurde die Gelegenheit genutzt, miteinander ins Gespräch zu kommen.

In die musikalische Gestaltung des Festgottesdienstes am Sonntag (2. Juli) war der Chor des Verbandes der Ukrainer in Polen auf hervorragende Weise einbezogen. Die ukrainische Gemeinde hatte einige Jahre Gastrecht in der evangelischen Kirche – bis zur Fertigstellung einer eigenen Kirche. Die guten Beziehungen zueinander dauern an. Die Predigt, die Bischof Bazanowski hielt, konnten die nur deutschsprachigen Besucher auf einer großen Bildschirmtafel mitlesen. Die Idee für diesen großen Bildschirm und ihre Umsetzung ist dem stellvertretenden Bürgermeister zu verdanken. So waren tags zuvor auch viele Fotos, die Kirchengeschichte und Gemeindeleben aus Jahrzehnten illustrieren, digital projiziert worden.

Bischof Bazanowski kam in seiner Predigt nicht ohne einen Exkurs in die Geschichte – bis zu Luther – aus. Wörtlich: „In diesem Jahr erinnern wir uns vor allem an Martin Luther, der in der Kraft des Heiligen Geistes zur Erneuerung des Christentums beitrug." Bazanowski erinnerte aber auch daran: „In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts diente diese Kirche beinah 15 000 Christen." In klaren Sätzen, eindrucksvollen Bildern, in gut strukturierter Sprache erreichte er mit seinen Aussagen über die Kirche als Ort der Begegnung, der Vergebung, der Versöhnung, der Hoffnung und des Neuanfangs die Zuhörer. Seine Feststellung: „Wir als das evangelische Volk Gottes sind in Masuren in den letzten Jahrzehnten dezimiert worden; wir sind Kirche in der Diaspora. Von Hoffnung erfüllt wollen wir in die Zukunft gehen und jeden uns geschenkten Tag und jedes uns geschenkte Jahr mit Taten der Liebe füllen", nahmen die Gottesdienstbesucher mit auf den Weg.

„40 Jahre sommerliche Konzerte der Orgel- und Kammermusik" in der evangelischen Kirche von Lötzen – das sind Veranstaltungen mit Strahlkraft. Sie haben sehr zum Ansehen der evangelischen Gemeinde beigetragen, auch wenn die Organisation dieser Konzerte durch das Kulturamt der Stadt erfolgt. Das Jubiläumskonzert, diese „gesegnete musikalische Stunde", wurde vor allem von der Kantorei Querfurt gestaltet, aus deren Reihen mit Kantor Manfred Rath und dem Ehepaar Anett und Gerald Schmidt ein Trio (Querflöte, Violoncelle, Orgel) für besonderen akustischen Genuss sorgte. Gern hätten die Zuhörer noch etwas mehr den Klang der inzwischen komplett restaurierten Orgel vernommen.

Ein Sektempfang im Pfarrhaus, bei dem die Jubiläumstorte (XL!) angeschnitten wurde, beendete für die musikalisch Aktiven wie für die Organisatoren der Feierlichkeiten sicher anstrengende, doch gelungene zwei Tage. Und in zehn Jahren wird wieder gefeiert werden!

Bei Lötzens Bürgermeister Wojciech K. Iwaszkiewicz waren die Eichlers in den nächsten Tagen ebenso wie bei Werner Lange, dem letzten urdeutschen Landwirt in Grünau und anderem interessanten Gesprächspartnern. Mehr darüber im letzten und dritten Teil des Reiseberichtes.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Heimattreffen

Zu unserem Heimattreffen am Sonntag, dem 3. September laden wir alle Landsleute und Freunde unserer Kreisgemeinschaft recht herzlich ein. Es findet, wie bereits zum ersten Mal vor zwei Jahren, im Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, 44894 Bochum-Werne, statt. Dieses Gebäude liegt genau gegenüber unserer Heimatstube, die am 3. September zwischen 13 und 16 Uhr geöffnet sein wird, Einlass in das Brühmann-Haus ist ab 9 Uhr. Die Feierstunde beginnt um 11 Uhr. Ein Grußwort erwarten wir von dem neu gewählten Oberbürgermeister unserer Patenstadt Bochum Thomas Eiskirch.

Die Feierstunde wird umrahmt mit Liedern des Ihnen allen seit Jahrzehnten bekannten Andza-Chors. Ab 12 Uhr heimatliches Beisammensein, Gelegenheit zur Stärkung innerhalb des Veranstaltungslokales. Angeboten werden ein kleines Mittagessen, wie auch Kaffee und Kuchen. Hinzuweisen ist noch darauf, dass bei dieser Zusammenkunft DVDs von Neidenburg, wie auch Landkarten und Stadtpläne zu erhalten sind. Um 17 Uhr wird die Veranstaltung beendet. Über eine große Besucherzahl würde sich der Vorstand freuen und Sie am 3. September herzlich begrüßen.

Jürgen Szepanek



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Zukunftsfragen beraten

Der Vorstand der Stadtgemeinschaft trat am 4. August in Köthen bei Halle zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Da im kommenden Jahr die Legislaturperiode der Stadtvertretung endet, galt es, die Neuwahl der Stadtvertreter, der Kassenprüfer und des Vorstands vorzubereiten. Im Mittelpunkt standen Fragen des Generationswechsels und der Zukunftsgestaltung. Rechenschaftslegung und Neuwahl werden für den 25. Mai 2018 in Siegburg anberaumt. Die Kandidatenliste wird satzungsgemäß in der *PAZ* veröffentlicht.

Weiterhin wurde die Vorbereitung des Heimattreffens im Jahr 2018 behandelt. Es findet als Dreikreise-Treffen der benachbarten Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt und Elchniederung am 26. Mai 2018 in Eitorf statt. Während in diesem Jahr die Tilsiter dezentrale Treffen in Neuß, Leipzig, Burg und Schwerin nutzen, hat im kommenden Jahr das Dreikreise-Treffen absolute Priorität. Beraten wurde über die Zukunft der Nachbarschaftsgespräche der drei Kreisgemeinschaften. Der Vorstand sprach sich mehrheitlich für die Beibehaltung der traditionellen Gespräche aus. Ausrichter im kommenden Jahr ist die Stadtgemeinschaft Tilsit, die für den 24. März 2018 nach Köthen einlädt.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft „Sovetsk-Kiel" würdigten der Kieler Stadtpräsident Hans-Werner Tovar und die russische Bürgermeisterin Natalja Soroka den herausragenden Beitrag der Stadtgemeinschaft Tilsit bei der Kontaktpflege und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Wir betrachten die Mitwirkung in der Städtepartnerschaft als gesellschaftlichen Auftrag, das kulturhistorische Erbe von Tilsit zu bewahren. Der Zweite Vorsitzende Norbert Subroweit wird beim diesjährigen Tilsiter Stadtfest unsere Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, die freundschaftliche Zusammenarbeit mit den russischen Institutionen in Tilsit trotz politischer Spannungen fortzusetzen und die gewachsenen Kontakte nicht abreißen zu lassen.

Tilsit-Stadt: In Köthen traf sich der Vorstand

Bild: privat



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Reutzstraße 5, 19055 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask,, Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Internet: www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 203180.

Zum Tode von Fritz Pulla

Fritz Pulla, der am 29. April 1932 in Suleyken geboren wurde, lebte noch bis 1957 in seiner geliebten Heimat Ostpreußen. 1957 kam er als junger Mann nach Lübeck.

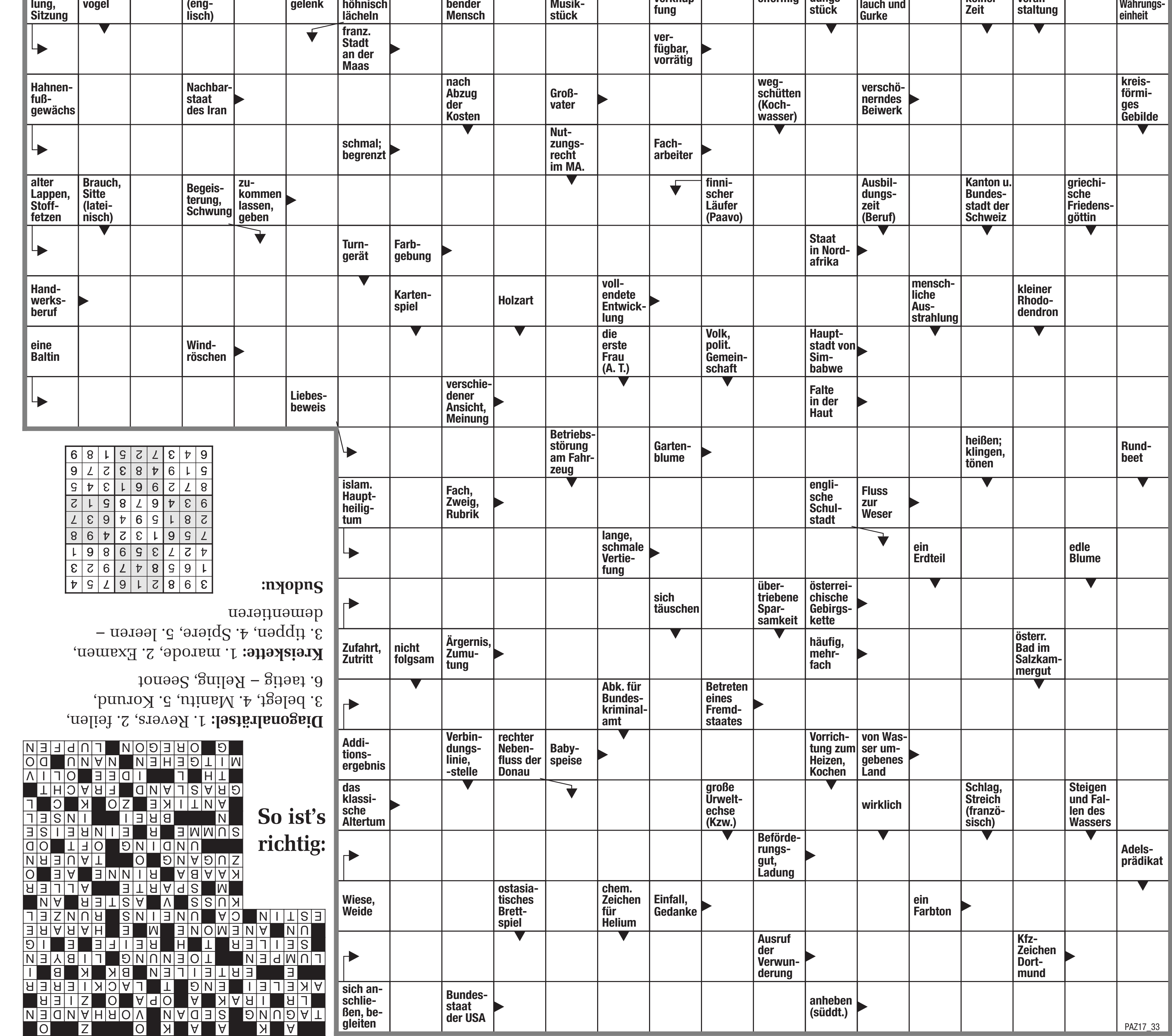
Da er seine Heimat Ostpreußen und deren Landsleute von ganzem Herzen liebte, fand er durch das Ostpreußentreffen gute Kontakte zu seinen Landsleuten. Mit seiner Lebenskameradin Kläre unternahm er viele Reisen in seine geliebte Heimat. Seine große Freude am Singen und sang in einem gemischten Chor in Lübeck. Er achtete darauf, dass die Lieder seiner Heimat nicht in Vergessenheit geraten. Er übernahm vor vielen Jahren die Vorbereitung und Durchführung des Kirchspieltreffens Schwentainen.

So lernten wir viele wunderbare Städte mit ihren Sehenswürdigkeiten kennen und erfuhren Wissenswertes aus vielen Regionen unserer Heimat Deutschland. Fritz Pulla hatte unsere Treffen selbstständig vorbereitet und wir verbrachten gemeinsam viele wunderbare Stunden. Für seinen unermüdlichen Einsatz danken wir ihm alle von ganzem Herzen.

Als im Mai 2012 Irmgard Klink ein großes Treuburger Generationstreffen plante und die Organisation übernahm unterstützte Fritz Pulla sie dabei und es wurde allen Ostpreußen zu einem wunderbaren Erlebnis. Danke, lieber Fritz für deine stete Hilfsbereitschaft.

Bis zu unserem letzten Kirchspieltreffen im Mai 2017 in Fintel half er bei der Organisation. Da Fritz Pulla gesundheitliche Probleme mit seinem Herzen bekam, bedankten wir uns für seine sehr gute jahrelange Unterstützung mit einem kleinen Geschenk und herzlichsten Danksagungen. Dass es ein Abschied für immer war, erschüttert uns alle. Wir nehmen traurig Abschied von Fritz Pulla und sagen alle herzlichen Dank. In unseren Herzen lebst du weiter. Wir behalten dich in guter Erinnerung. *Hannelore Kedzierski*

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Sudoku

3		8				7		4
1			8		7			3
	2			5			6	
		6	1		2	4		
				9				
		4	6		8	5		
	7			6			4	
5			4		3			6
6		3				1		9

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

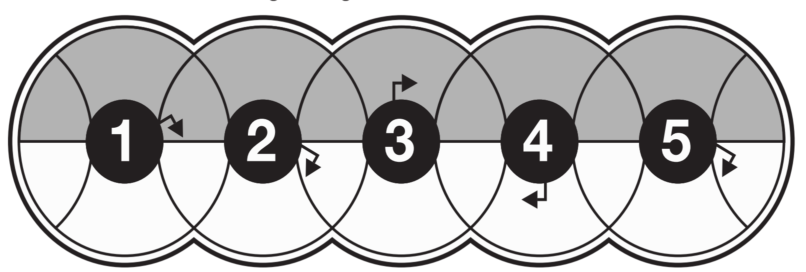
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei nautische Begriffe.

1 Aufschlag an der Kleidung
2 glätten, Unebenheiten entfernen
3 besetzt
4 „Großer Geist" (indianisch)
5 Edelstein
6 aktiv, beschäftigt

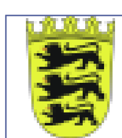
Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für widerrufen.

1 verkommen, zerrüttet, **2** Studienabschlussprüfung, **3** auf einer Tastatur schreiben, **4** Rundholz, Segelstange, **5** den Inhalt entnehmen, ausschütten



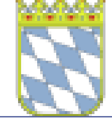
LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Sonnabend, 26. August, 14 Uhr vor dem Schorndorfer Rathaus: Treffen der Ost- und Westpreußen zu einer „Historischen Stadtführung mit Gottlieb Daimler", der am 17. März 1834 in Schorndorf geboren wurde und am 6. März 1900 in Bad Cannstatt starb. Nach der Stadtführung wollen wir den Nachmittag in der Gasthausbrauerei Kesselhaus ausklingen lassen. Anreise mit der S-Bahn bis Schorndorf. Für Autofahrer gibt es Parkmöglichkeiten im Parkhaus Bantel, bei der KSK Waiblingen, sowie bei der Gasthausbrauerei Kesselhaus. Eventuell auch direkt am Marktplatz. Anmeldungen bei Hans-Werner Schwalke, Telefon (0711) 512907, oder Uta Lüttich Telefon (0711) 854093.



BAYERN

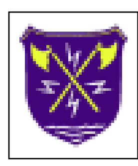
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 5. September: Ausflug mit Privatautos zum Wendelstein. Zeitplan und Programm folgen.



BERLIN

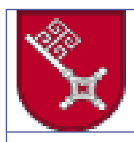
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 18. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen: Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Bremen – Sonnabend, 23. September, ab 7.30 Uhr bis zirka 20 Uhr: Tagesfahrt nach Schwerin zum 22. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. Der Preis beträgt pro Person: 39,50 Euro zuzüglich Eintritt zum Treffen: 7 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person.

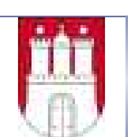
Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden. Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801 zu übermitteln.

– Der Vorverkauf läuft –

Sonntag, 3. September, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: Sommerausklang mit Beetenbarsch und Schmandschinken. Im Vorprogramm wird der „Männerchor Eintracht Weyhe" unter der Leitung von Anita Balode-Butt auftreten. Sie wird auch zum Mitsingen jahreszeitlich passender Lieder einladen. Die Preise der Veranstaltung betragen für Eintritt und Schmandschinken 17 Euro, für Eintritt und Beetenbarsch 10 Euro.

Ein Eintritt ohne Teilnahme am Essen ist aus organisatorischen Gründen nicht mehr möglich. Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene „Stobbe-Machandel" enthalten. Eine Anmeldung in der Geschäftsstelle (eventuell auch telefonisch) ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einstehen müssen!

Die Bezahlung kann auch per Überweisung erfolgen. IBAN: DE92290501010001080514.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 2. September., 7.30 Uhr, Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB): 47. Berlinfahrt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.) zum Tag der Heimat nach Berlin. Bitte am Sonnabend um 7.30 Uhr am ZOB sein, damit wir um 7.45 Uhr abfahren können. Wir bitten, die 38 Euro Reisekosten zu überweisen beziehungsweise bar in der Geschäftsstelle im Haus der Heimat einzuzahlen. Auf der Hin- und Rückfahrt werden Imbisse gereicht. Im Bus erhalten Sie die Einlasskarte. Sie wird in Berlin in eine Eintrittsund Platzkarte getauscht. Es gibt dort auch ein Festprogramm und weitere Unterlagen. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen, eröffnet den Tag der Heimat und begrüßt die Teilnehmer. Die Festrede hält der Bundesminister des Inneren, Thomas de Maiziére. Das Programm wird musikalisch von den Potsdamer Turmbläsern umrahmt. Für die Hamburger Reisegruppe beginnt im Anschluss an den Festakt eine historische Berlinrundfahrt. Daher können wir nicht an der Kranzniederlegung teilnehmen. Den Mittagsimbiss nehmen wir am Berliner Alexanderplatz ein. Den Abschied von Berlin begehen wir am Reiterdenkmal Friedrich des Großen, Unter den Linden. Dort verabschieden wir uns auch von den Berliner Gästen mit einem traditionellen Sektumtrunk und deutschem Volksliedgut. Um rechtzeitig in Hamburg einzutreffen, planen wir um 19 Uhr aus Berlin abzufahren und wollen um 22.30 Uhr in Hamburg sein. Bitte überweisen Sie die 38 Euro auf das folgende Konto: Hamburger Sparkasse, IBAN DE 57 200 505 50 13 15 12 46 18, BIC: HASPDEHHXXX. Bitte beachten Sie, dass beim Ausfall keine Rückzahlung möglich ist.

Landesgruppe/Kulturreferat – Sonntag, 1. Oktober, Dittchenbühne, Elmshorn: Nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken mit einem Gläschen Bärenfang steht das Volksstück „Herr Puntila und sein Knecht Matti" von Bertolt Brecht auf dem Programm. Die Regie führt Maria von Bismarck. Der Preis für den Busausflug beträgt insgesamt 30 Euro pro Person. Im Preis enthalten sind die Fahrt mit einem modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Fahrt, Kaffee und Kuchen, ein Glas Bärenfang sowie die Theateraufführung. Die Abfahrten:

13 Uhr, Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle,
13.15 Uhr, Bahnhof Harburg,
14 Uhr, Kirchenallee (beim Hamburger Hauptbahnhof).

Die Rückfahrt ist für 18:30 Uhr geplant. Gehalten wird in der Kirchenallee, in Harburg und in Meckelfeld. Anmeldungen bei: Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und 0172/9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

– Nach Schwerin –

Landesgruppe/Kulturreferat – Sonnabend, 23. September, Schwerin: Noch sind ein paar Plätze im Bus frei, wenn es zum Ostpreußentreffen nach Schwerin geht. Der Fahrpreis beträgt nur 20 Euro. Der Eintrittspreis von sieben Euro ist an der Tageskasse zu zahlen. Es werden annähernd 2000 Teilnehmer aus ganz Deutschland erwartet. Sie werden auch in diesem Jahr ein hervorragendes Kulturprogramm erleben. Tragen Sie mit Ihrer Teilnahme dazu bei, dass weiterhin große Treffen der Heimatvertriebenen stattfinden können, um Verwandte, Freunde und Bekannte wiederzusehen und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass wir noch da sind. Die Abfahrten:

7 Uhr, Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle,
7.10 Uhr, Bahnhof Harburg,
7.30 Uhr Kirchenallee (beim Hamburger Hauptbahnhof).

Die Rückfahrt von Schwerin ist um 17.45 Uhr. Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und 0172/9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

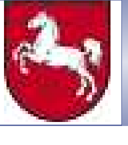
Wetzlar – Montag, 11. September, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128, 35578 Wetzlar: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit Vortrag von Roland Virnich „Die preußische Ostbahn – Lebensader für West- und Ostpreußen". Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 2. September, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Feststunde des BdV-Kreisverbandes zu Tag der Heimat. Die Ansprache hält Staatsminister Axel Wintermeyer.



Neumünster: Der Shanty-Chor Neptun lockte auch die Vorsitzende Brigitte Profé auf das Tanzparkett im Brückenterassen-Café

Bild: privat



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 23. August, 15 Uhr, Jasperallee 42, Stadtparkrestaurant: Kaffeetafel, Plachandern und das Programm für die nächsten Monate besprechen.

Osnabrück – Freitag, 18. August, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe – Dienstag, 22. August, 16.30 Uhr, Hotel „Novum", Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

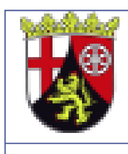
Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dortmund – Montag, 21. August, 14.30 Uhr: Heimatstube, Landgrafenstraße 1–3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 9: Chorprobe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. – Donnerstag, 31. August, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Mittwoch, 6. September, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe.

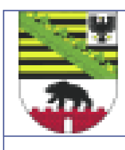
Witten – Montag, 21. August, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Reiseberichte von nah und fern.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz-Stadt – Donnerstag, 24. August, 15 Uhr, Vor dem Restaurantschiff: Spaziergang am Rheinufer Mainz-Kastel mit Einkehr.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 25 August, 14 Uhr, Knackmuschen Hof, Letzlingen: Grillfest mit Programm.

Magdeburg – Freitag, 25. August, 16 Uhr, Sportgaststätte beim TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 5. September, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Sonnabend, 19. August, 14 Uhr: Schiffstour und Kaffeetafel auf der Flensburger Förde. Ab Schiffsanleger an der Schiffbrücke bei MS Alexandra oder MS Viking.

Malente – Mittwoch, 30. August, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Rövkampallee 39, 23714 Malente: Gemeinsames Treffen, Der Vorsitzende wird über seine Familienreise in das Memelland berichten. Herr Falk wird Informationen aus der Vertreterversammlung der Landesgruppe mitteilen. Anmeldungen bis zum 19. August unter Telefon 2659. Gäste sind herzlich willkommen.

Neumünster – Einen unvergesslichen, stimmungsvollen und informativen Jahresausflug unternahmen die Ost- und Westpreußen, der Gruppe Neumünster am 12. Juli zur Schiffsbegrüßungsanlage – Schwebefähre Rendsburg. Die Vorsitzende Brigitte Profé konnte im vollen Bus die Mitglieder und Gäste begrüßen und stellte den Neumünsteraner Stadtführer Horst Budelmann vor, der uns unterwegs Informationen über Land und Leute aus dem schönen Norden übermittelte.

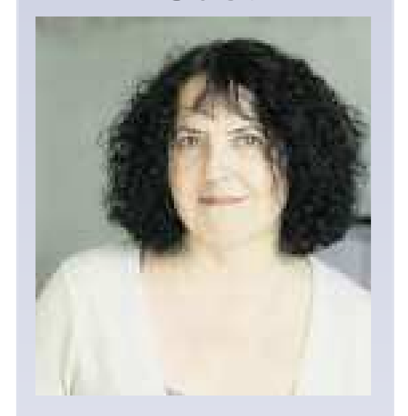
Kurz vor der Ankunft auf dem Parkplatz wurde von Brigitte Profé der wohlschmeckende Meschkinnes spendiert. Der Trinkspruch durfte nicht fehlen und so lautet er: *Meschkinnes nennt man diesen Trunk/auf Deutsch da heißt der Bärenfang/Von diesem zwei, drei Schnäpschen klein/ist gut für Kopf und Bauch und Bein/Doch trinkst du mehr von dem Meschkinnes/so wirst du gänzlich andern Sinnes/Erst schwindet die Gedächtniskraft, das Denken wird recht mangelhaft/Dann schwindet hin das Gleichgewicht, die Beine, die gehorchen nicht/Am längsten hält sich noch die Sprache, doch was du redest ist so 'ne Sache....!*

Im Brückenterassen-Cafe mit Aussicht auf den Kanal wurde herrliche Torte serviert. Erstaunlich viele Schiffe befuhren den Kanal. Eine Überraschung für unsere Teilnehmer war der Shanty-Chor Neptun aus Rendsburg, der uns eineinhalb Stunden unterhielt. Der Chor begeisterte uns mit seinen bekannten Seemannsliedern. Es wurde mitgesungen, geschunkelt und getanzt. So kam tolle Stimmung auf!

Auch so ein Nachmittag geht zu Ende. Mit guter Unterhaltung, gespickt mit kleinen Wortgeplänkel, Gesang mit Mundharmonikabegleitung von Horst Budelmann endete unser Ausflug. Es hat sich gelohnt – ein neues Mitglied füllt unsere Gruppenzahl und mit Schwung und neuer Kraft geht es weiter zu unseren nächsten Veranstaltungen. *Brigitte Profé*

Uetersen – Freitag, 18. August, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Gemeinsames Treffen. Der Königsberger Landsmann und Entertainer Harry Lasch erfreut mit schönen Wiener Melodien auf der Violine.

Prominenter Gast



Freya Klier kommt: Die Kreisgemeinschaft Osterode hat sie zu ihrem Hauptkreistreffen in die Stadthalle von Osterode am Harz am Sonntag, 17. September, eingeladen. Die Schriftstellerin, Regisseurin und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin liest aus ihrem Bestseller „Wir letzten Kinder Ostpreußens – Zeugen einer vergessenen Generation". Beginn ist um 11 Uhr. Auch Nichtmitglieder der Kreisgemeinschaft sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen: Geschäftsstelle Osterode, Telefon (05522) 919870. E-Mail: KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Dienstag 9–12, Donnerstag 14–17 Uhr.

Statt zu mosern, sollten Jugendliche aktiv werden

Zu: Wie denken die Wähler von morgen? (Nr. 30)

Man kann durchaus Verständnis dafür haben, dass sich die Jugendlichen nicht ausreichend von der Politik vertreten fühlen. Das ist aber auch kein „Zustand“ der heutigen Jugend. Aber nur „mosern“ reicht nicht. Dann sollten sich viele Jugendliche politisch engagieren. Es reicht nicht, wenn man nur Frau Merkel kennt und sie als „Mordsweib“ bezeichnet.

Wenn die innere Sicherheit als zentrales politisches Thema eingestuft wird – wieso ist die Bundeskanzlerin dann so beliebt? Sie ist doch diejenige, die genau das Gegenteil macht. Und sie ist diejenige, die nichts gegen die Ausuferungen in Sachen Zuwanderung/Asyl unternimmt. Die Kriminalität hat in diesem Zusammenhang Ausmaße angenommen, die kaum noch zu bewältigen sind.

Angela Merkel hat auch eine nahezu völlig verfehlte Bildungspolitik in Deutschland mit zu vertreten. Wenn es noch den Stummfilm geben würde, Frau Merkel wäre darin die Hauptrolle sicher. Martin Schulz ist auch keine Alternative. Moderner und weniger „weit weg“? Wo sind die Beispiele? Leider gibt es kaum alternative Parteien. Aber es gibt innerhalb aller Parteien sehr wohl alternative Politiker.

Wirkliches Interesse der meisten Jugendlichen an Politik ist nicht festzustellen. Aber nicht nur das Interesse ist wichtig. Es müssen sich auch möglichst viele Jugendliche aktiv in die Politik einbringen. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Karl, der Käfer, wurde fortgejagt

Zu: Die Legende vom Insektensterben (Nr. 30)

Sie schreiben, dass es für das Insektensterben keine wissenschaftliche Belegung gibt. Dies mag zwar zutreffen, aber trotzdem gibt es leider in einigen Gebieten Deutschlands zu wenig Insekten.

Wir haben unseren Garten in Thüringen. Die Vögel fraßen dieses Jahr unsere Johannesbeeren, Stachelbeeren und die Erdbeeren. Sogar die Pflaumen wurden in unreifem Zustand angepickt. Wie hungrig die Vögel sind, ist an den Leimringen der Bäume zu sehen. Die dort angeklebten Insekten versuchten die Tiere abzukratzen.

Sehr viel Thüringer Wald wurde für die Starkstrom- und die neue Bahntrasse gerodet. Was ist das für eine grüne Politik, die jahrhundertealte Bäume fällt, nur damit die Menschen schneller nach München fahren und der Strom vom Norden nach Süden transportiert wird?

Nun, Karl, der Käfer, wurde nicht gefragt, man hat ihn einfach fortgejagt. **Jens Stein, Berlin**

Kranke Gesetze

Zu: Mehr als verdient (Nr. 30)

Es ist beste deutsche Tradition seit Jahrhunderten, dass sich Unternehmer zum Wohle aller Beteiligten der Gemeinschaft absprechen. Die Gilden, die Zünfte und die Hanse besprachen und regelten ihre betriebliche Tätigkeit, sodass die Unternehmen ausreichend Umsatz und Gewinn hatten, das Personal anständig bezahlt werden konnte, das Volk sich die Waren des täglichen Bedarfs leisten konnte, für alte Leute Austragshäuser bereitgemacht wurden und für den Fernhandel Sicherheit geschaffen wurde.

Solange gute Ethik im Wirtschaften selbst verankert ist, bleibt ein teurer bürokratischer, umverteilender und überwachender Staat überflüssig. Die deutschen Automobilmanager haben nach gutem altem Recht rechtmäßig gehandelt, als sie sich verständigten. Es ist mit den angeblich global gültigen eurokratisch-UNO-kratischen Rechtssetzungen nichts Besseres nachgekommen.

Die Menschheit leidet unter der Diktatur von menschenfeindlichen Big-Brother-Staaten, Zinsknechtschaft und internationalen Wirtschaftskriegen.

Wer Deutschland im bodenständigen Sinne vertreten möchte, etwa als Abgeordneter, möge auf die gewohnheitsrechtliche zünftige Wirtschaftskultur hinweisen, um unsere heimischen Unternehmen von antideutschen internationalistischen Vorwürfen, sie hätten gegen ein Kartellverbot verstoßen, zu entlasten. Gesetze, die es Menschen verbieten, miteinander zu reden, seien es Nachbarn, Arbeitnehmer, heimische Unternehmer oder die Präsidenten der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten erscheinen dem gesunden Empfinden als widernatürlich und gefährlich. Kranke Gesetze kränken und machen krank. **Emma Dorfener, Gräfelfing**

»Lieber nicht schießen«

Zu: Sind Polizisten feige?

Die Ausführungen zur Polizei kann ich aus eigener Erfahrung und Erlebtem voll und ganz bestätigen.

Denn was hat der Polizeibeamte, der dem Gesetz Geltung verschaffen möchte, wohl zu erwarten? Rückendeckung durch die Politik wohl kaum. Und Rückendeckung durch die Justiz? Da ist zumeist genau das Gegenteil der Fall. Zunächst konzentrieren sich die Ermittlungen auf ein mögliches Fehlverhalten des Kollegen. Körperverletzung im Amt, Freiheitsberaubung im Amt, so lautet nicht selten die Anklage.

Im Nachgang zu den Hamburger Ausschreitungen darf man gespannt sein, gegen wie viele Polizisten der Schuldspruch erfolgt. Ob es bei den linken Chaoten vereinzelt zu einer Anklage reicht? Wir werden es sehen.

Dann lieber wegschauen, notfalls Schläge und Tritte einstekken, vielleicht noch die Faust in der Tasche ballen und ansonsten schweigen. Denn sollte der Polizist sich wehren und zurückschlagen, wird genau diese Sequenz garantiert gefilmt und dient später als Beweismaterial. Die Vorgeschichte interessiert hinterher nicht.

Ich selbst wurde vor Jahren während eines Einsatzes nach erfolgter Straftat gegen einen Migranten von diesem mit einem Stilett niedergestreckt. Es kam sogar zur Anklage. Und das Urteil? Freispruch, ja was denn sonst? Mir dagegen wurde selbst vom Anklagevertreter eine fremdenfeindliche Gesinnung unterstellt. Man hätte ja wohl deeskalierend den Mann laufen lassen können.

Schusswaffengebrauch durch Polizeibeamte? Das verbietet sich eigentlich schon von selbst. Es wird automatisch ein Ermittlungsverfahren gegen den Beamten eingeleitet. Sollte das polizeiliche Gegenüber etwa zu Schaden gekommen sein, selbst bei schwersten Verbrechen, benötigt der Beamte sehr gute Anwälte.

Zum Ende der Ausbildung, bereits mehrere Jahrzehnte zurück, gab der Leiter der Polizeischule uns „Neuen“ folgende dringlichen Worte mit auf den Weg: „Schießt lieber nicht! Es wurde noch nie jemand verurteilt, weil er nicht geschossen hat!“ **Ralf Möllering, Melle**



Meisterin im Übungsschießen: Im Notfall traut sich die Polizei oft nicht, die Waffe zu ziehen

Was den Abgeordneten wichtig ist

Zu: So versagt der Bundestag (Nr. 28)

Bei der Abstimmung über die „Ehe für alle“ ist auf den Fotos ein gut besetztes Plenum des Bundestages zu sehen, man will eben keine Wählerstimme verlieren oder auch nur gefährden. Besonders bei den Grünen schäumt die Freude geradezu über. Hofft man hier vielleicht in der Folge auf eine Lockerung bei der Bestrafung von Sex mit Kindern? Bei dem Netzwerk-Durchsetzungsgesetz, das aufgrund seiner präventiven Wirkung zu einer starken Einschränkung der Meinungsfreiheit führen dürfte, war dagegen die Beteiligung der Abgeordneten beschämend gering. Man kann sich damit leichter entschuldigen, aus irgendwelchem Grund verhindert gewesen sein, gegen dieses Gesetz zu stimmen. **Walter Köhler, Feldkirchen-Westerham**

»Plan B« für Deutschland

Zu: Der Plan (Nr. 31)

Den „Plan“, Deutschland und die ekelhaften Deutschen abzuschaffen, hatten die „Siegermächte“ natürlich schon viel früher – und nach dem 8. Mai 1945 wäre es ja dann beinahe auch passiert. Aber dann kamen die „Weltmächte“ auf die bessere Idee, Land und Leute für jeweils ihre Zwecke auszunutzen und als Puffer im Kalten Krieg einzusetzen.

Das ist dann doch nur befristet gelungen – und 1989/1990 kam es sogar dazu, dass diesem verhassten Land eine „Wiedervereinigung“ gelang. Danach trat „Plan B“ in Kraft: Überlasst es diesem Volk selbst, sich zu eliminieren. Und das gelingt tatsächlich. Schritt für Schritt wird mit der Hilfe von willfährigen Polit-Chaoten und der grenzenlosen Förderung einer linken, zerstörerischen Kraft der „Plan B“ umgesetzt.

Dass sich das so einfach und unkompliziert realisieren lässt, muss den Drahtziehern in Berlin, Brüssel und anderswo schon fast wie ein Wunder vorkommen. Und so braucht sich doch eigentlich auch niemand vor dem Ausgang der Bundestagswahl im September zu fürchten (außer dem „Deutsche Michel“ selbst): Wenn nicht die „Pest“ – so wird eben die „Cholera“ siegen. **M. Kristen, Freital**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Ein erster Gesundheitsapostel

Dem vor 150 Jahren geborenen Schweizer Heilpraktiker Maximilian Oskar Bircher-Benner verdankt die Welt das Müsli

Gesund soll es sein – das Müsli. Deshalb verzehren vor allem Anhänger der Bio-Bewegung anstelle von Brötchen zum Frühstück lieber den vitaminreichen Körnerbrei aus Milch oder Joghurt, frischem Obst oder Trockenfrüchten. Aufs Tablett gebracht hat ihn ein Schweizer, der im August vor 150 Jahren geboren wurde.

Müsli nicht gleich Müsli. Man denkt dabei zunächst an die mehr oder weniger stark gesüßten Fertigmischungen der Produktgattung „Cerealien“, wovon im Lebensmittelhandel Dutzende zur Auswahl stehen. Herbere, ungesüßte Produkte sind selten. Sie geben sich durch den Namen Schweizer Müsli zu erkennen. Damit wird auf die gesunde Urform des Müslis angespielt, das Bircher-Müsli, welches der Zürcher Arzt und Ernährungsreformer Maximilian Oskar Bircher-Benner um 1900 bekannt machte. Was heute unter der Bezeichnung Müsli firmiert, hätte er aber vermutlich ausnahmslos verworfen.

Am 22. August 1867 wurde Bircher-Benner im schweizerischen Aarau geboren. Als einer der Vorreiter einer alternativen, psychosomatischen Medizin befürwortete er aufgrund eigener Heilerfahrungen eine Vollwerternährung mit einem hohen Rohkostanteil. Behandelte Lebensmittel, wie sie um 1890 schon im Haushalt des modernen Bürgers verbreitet waren, hielt er tendenziell für gesundheitsgefährdend.

Als junger Arzt hatte Bircher-Benner nach seinem Studium in Berlin, Dresden und Wien naturheilkundliche Behandlungsmethoden kennengelernt und war zur Auffassung gelangt, dass falsche Ernährungsgewohnheiten Wohlstandskrankheiten fördern, jene Leiden also, die man heute als Zivilisationskrankheiten bezeichnet. Generell führte er die meisten chronischen Krankheiten auf eine unzuträgliche Ernährung zurück. Seine Lehre gilt heute als teils bestätigt, teils widerlegt.

1897 gründete er in Zürich die Bircher-Benner-Klinik. Zentrale Säule der von ihm verordneten Therapien war eine von ihm entwickelte „Heilnahrung“. Seine Lehre über die Heilwirkung einer



Gesunde Alternative zum Brötchen-Frühstück: Obst-Müsli

Bild: mymuesli/Viktor Strasse

vollwertigen, rohkostreichen und eiweißarmen Ernährung erläuterte er 1903 in einer Schrift über „energetische Ernährung“. Für seine Patienten entwickelte er als leicht bekömmliche Abendmahlzeit eine „Apfeldiätspeise“, Schweizerisch kurz „d Spys“ (die Speise) genannt. Es war die Geburtsstunde des Birchermües oder Müsli. Nach dem Originalrezept wird es aus einem geriebenen Apfel (mit Schale und Kerngehäuse), über Nacht eingeweichten Haferflocken, geriebenen Haselnüssen oder Mandeln, Zitronensaft, Kondensmilch sowie Honig oder Zucker zubereitet.

Wie Bircher einräumte, stammte das Rezept von einer Sennerin, die den „Ernährungsdoc“ einmal auf einer Bergwanderung in ihrer Alphütte mit dieser nahrhaften Speise bewirtet hatte. Alpenhirten sollen sich seit jeher derart gestärkt haben.

Mit seiner Auffassung, dass rohe Nahrungsmittel wertvoller seien als gekochte und pflanzliche Nahrung wertvoller als Fleisch war Bircher-Benner in der Schweizer Ärzteschaft ein krasser Außenseiter. Im Jahr 1900 wurde er von der Zürcher Ärztegesellschaft zum Interview vorgeladen und anschließend aus dieser berufsständischen Vereinigung ausgeschlossen. Seine Thesen fanden jedoch in bürgerlichen Kreisen und in der großstädtischen Arbeiterschaft immer mehr Anhänger. Das Interesse an einer gesunden Ernährung war ein wichtiger Aspekt der Lebensreformbewegung unter dem Motto „Zurück zur Natur!“.

1904 zog Bircher-Benner mit seinem Sanatorium „Lebendige Kraft“ auf den Zürichberg um. Nicht zuletzt trug die bevorzugte Lage dazu bei, dass sich seine von ihm als „Lebensschule“ bezeichnete Heilanstalt bis 1912 von 28 auf 80 Betten erweiterte. Seinen überwiegend gut betuchten Patienten verordnete er Bewegung im Freien, Gymnastik, Luftbäder und Hydrotherapie.

Von Birchers Ruhm angelockt, sagte auch Thomas Mann 1909 „allem Wohlleben Valet“ und kurte einige Wochen auf dem Zürichberg. Hier sammelte er Anregungen für seinen 15 Jahre später erschienenen Sanatoriums-Roman und Welterfolg „Der Zauberberg“, was ihn wohl zum Durchhalten ermutigte. Scherzhaft beklagte er sich, er komme sich vor „wie ein Gras essender Nebukadnezar, der im Luftbade auf allen Vieren herumkriecht“.

Nach dem Tod Max Bircher-Benners am 24. Januar 1939 übernahmen seine beiden Söhne die Leitung der Klinik. 1994 wurde die Bircher-Klinik wegen mangelnder Auslastung geschlossen. Als Nachfolgeeinrichtung eröffnete die Stiftung Maximilian Bircher 2011 in Braunwald im Kanton Glarus das Medizinische Zentrum Bircher-Benner. Auch das Bircher-Müsli hat den Lauf der Zeit überdauert, wenn auch als Randerscheinung einer Produktgruppe, die nur noch der Name mit dem Original verbindet.

Die Idee des Reformhauses als Fachgeschäft für alternative und vegetarische Waren entstand vor 130 Jahren ebenfalls im Umfeld der Lebensreformbewegung. 1887 eröffnete der Berliner Textilkaufmann und Mitglied eines Naturheilvereins Carl Braun sein „Kauf- und Versandhaus Carl Braun“ am Kottbusser Damm als Fachhandel für Leib- und Bettwäsche. Aufgrund der Nachfrage vergrößerte er das Angebot um Kochgeschirre, Thermometer, Reformbetten, Rumpfbadewannen, Schwitzapparate, Sandalen und vieles mehr, während das Lebensmittelsortiment auf wenige Produkte beschränkt blieb.

Seinem Geschäft gab er zunächst den neuen Namen „Gesundheitszentrale“ und nannte es dann, zugeschnitten auf seine Kundschaft, „Reformhaus“. 1912 betrieb das Reformhaus Carl Braun schon zehn Filialen in Berlin und der Region Brandenburg, weitere waren in Planung. Auch in anderen deutschen Großstäd-

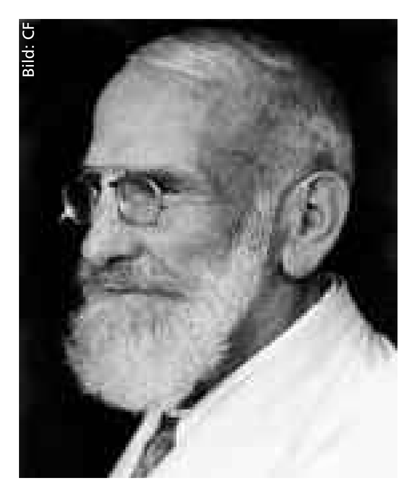


Bild: CF

Müsli-Erfinder: Bircher-Benner

ten hatten Geschäftsleute Reformhäuser eröffnet.

Seit den 1960er Jahren erlebte die Reformhausbranche jahrzehntelang ein mäßiges, aber anhaltendes Wachstum. Das stetig erweiterte Angebot dieses Fachhandels umfasst unter anderem Lebensmittel, rezeptfreie Naturarzneimittel, Artikel für Körperpflege und Naturkosmetik. Sämtliche Produkte sollen die Kriterien einer umweltschonenden und natürlichen Herstellung erfüllen.

Als Mitte der 1990er Jahre die ersten Bio-Supermärkte eröffneten, begann die schleichende Krise der Branche. Durch den Bio-Boom wurden die Reformhäuser endgültig zu Verlierern des Bio-Segments. Mit neuen Konzepten wagen viele Betreiber den Schritt in die Zukunft. Egal was kommt, Birchers Müsli aber wird uns wohl noch alle überleben. *D. Jestrzemski*

Die Zwergenfiguren vom Dichter-Schloss

Schloss Wiepersdorf und seine »Callot-Figuren« – Hier lebten die Romantiker Achim und Bettine von Arnim

Schloss Wiepersdorf ist eine Pilgerstätte meist für Liebhaber der romantischen Dichtung. Das in der brandenburgischen Gemeinde Niederer Fläming nahe Jüterbog liegende Gebäude ist unter Literaturfreunden bekannt als ehemalige Wohnstätte des berühmten Dichterpaares Achim und Bettina von Arnim. Es beherbergt heute ein „Arnim-Museum“ und wird als Künstlerhaus für Arbeitsaufenthalte von Künstlerstipendiaten aus dem In- und Ausland sowie für öffentliche Kulturveranstaltungen genutzt.

Aber es gibt auch eine Vorgeschichte des Gutes, das bis 1945 im Besitz der Nachkommen des Dichterpaares blieb, das eine wechselvolle Geschichte nach 1945 erlebte und das viele kunsthistorische Schmuckstücke besitzt, die kaum bekannt sind. Das reicht bis zu den Zwergenfiguren im Park, die erhalten blieben und die bei Besuchern oft Fragen aufwerfen. Kunsthistoriker bezeichnen sie als „Callot-Figuren“, weil sie in ihrer Darstellung auf Zeichnungen des lothringischen Künstlers Jacques Callot zurückgehen, der vor genau 425 Jahren geboren wurde, also lange bevor hier die Familie von Arnim zum Schlossbesitzer wurde. Seine Arbeiten wurden in ganz Europa geschätzt und gelangten als Nachbildungen auch in den Schlosspark von Wiepersdorf.

An der Stelle des heutigen Schlosses Wiepersdorf stand ursprünglich ein einfaches Herrenhaus, das die Adelsfamilie von Einsiedel 1734 erwarb, ausbaute und 1780 an die Adelsfamilie von Arnim verkaufte. Achim von Arnim heiratete 1811 seine Bettine, die Schwester seines Dichterfreundes Clemens Brentano, und lebte danach auf Gut Wiepersdorf, das in der Folge viele Um- und Ausbauten erlebte. Die Ausgestaltung wurde unter den Nachkom-



Zwergenaufstand: Callot-Figur am Schloss

Bild: DSD/A. Frechen

men fortgesetzt. Das galt besonders für Achim von Arnim-Bärwalde, dem ersten Enkel des Dichterpaares, der auch für die Orangerie und im Landschaftsgarten für große Vasen, Statuen aus der antiken Sagenwelt und mehrere „groteske Zwergenfiguren“ sorgte. Der Enkel wirkte als Maler und kannte wohl auch das Werk von Callot.

Der Künstler aus Lothringen wurde vermutlich zwischen dem 25. März und 21. August 1592 geboren. Zeitgenossen berichteten von seiner großen künstlerischen Begabung, von einer ersten Ausbildung bei einem Goldschmied in Nancy und dem anschließenden Wechsel nach Italien, wo er bei verschiedenen Lehrmeistern Unterricht nahm und sich autodidaktisch weiterbildete. Seine Hauptwirkungsstätten waren Rom und Florenz, wo er für den Hof von Cosimo II. de' Medici tätig war und mit seinen Zeichnungen, Kupferstichen sowie Radierungen europäische Bekanntheit erlangte. Nach dem Tod Cosimos II. kehrte Callot nach Nancy zurück, wo er in der Folge am Hof des lothringischen Herzogs mit seinen Landschafts- sowie Figurenstudien seinen Ruf festigte.

Besondere Bekanntheit erreichten Callots Serien über die Gräuel des Dreißigjährigen Krieges mit der lebensnahen Darstellung der Opfer und Täter. Später orientierte sich der spanische Maler Francisco de Goya bei seiner Serie „Die Schrecken des Krieges“ an der Kunst von Callot, der 1635 in Nancy starb. Callots Abzüge waren über Jahrhunderte in ganz Europa begehrt und gaben Generationen von Künstlern Anregungen. Der Dichter E.T.A. Hoffmann verfasste auf der Grundlage einer Bildfolge Callots seine bekannte Erzählung „Prinzessin Brambilla“. Auch die Arnims hatten Zugang zu den Arbeiten Callots und ließen die Zwergenfiguren nach Zeichnungen des Künstlers für den Wiepersdorfer Landschaftsgarten anfertigen. Sie gelten bis heute als echte Hingucker.

Nach der Nutzung durch die Rote Armee als Unterkunft für Kriegsflüchtlinge und einer ausufernden Plünderung der Einrichtung einschließlich der kostbaren Bibliothek gelang es Bettina Encke von Arnim zusammen mit Iwan Katz, 1946 das „verwahrloste und vom Abriss bedrohte Schloss zu retten“. Wiepersdorf wurde saniert und nach der Enteignung der Arnims unter der Regie der „Deutschen Dichterstiftung e.V.“ eine Aufenthaltsstätte für Künstler. Die Zuständigkeiten wechselten in den Folgejahrzehnten. Aber Wiepersdorf blieb ein Haus für Künstler. Die Reihe der prominenten Gäste reichte von Autoren wie Anna Seghers, Arnold Zweig und Sarah Kirsch über Schauspieler wie Ernst Busch, Eva-Maria Hagen und Rolf Hoppe bis zum Dirigenten Kurt Masur.

Die erhaltenen Überreste der Arnim-Bibliothek kamen in die Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek nach Weimar. Die bewahrten Handschriften aus dem Arnim-Nachlass gehören jetzt zum Bestand des Goethe-Schiller-Archivs in Weimar.

Seit 2006 ist die „Deutsche Stiftung Denkmalschutz“ neuer Trä-

Inspiration auch für E.T.A. Hoffmann

ger von Wiepersdorf. Die Stiftung will mit Unterstützung des Bundeslandes Brandenburg und des Bundes mit einem Stiftungsfonds das „Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf für Arbeitsaufenthalte von Künstlern“ per Stipendienvergabe erhalten. Darin einbegriffen ist die öffentliche Nutzung. Als Sehenswürdigkeiten von Wiepersdorf gelten neben dem Museum im Schloss, der Orangerie, dem Park und dem Familienfriedhof der Arnim-Familie auch die fünf von ursprünglich sechs „Callot-Figuren“. *Martin Stolzenau*

Info: www.schloss-wiepersdorf.de

Ein Park wird zur Musikbühne

Am 19. August findet die neue Potsdamer Schlössernacht statt. Zum Auftakt gibt der Stargeiger Daniel Hope am 18. August um 20 Uhr ein Vorabendkonzert am Neuen Palais im Park Sanssouci. Mit dem Orchester L'arte del mondo führt er Antonio Vivaldis „Die vier Jahreszeiten“ sowie die zeitgenössischen Bearbeitung „Vivaldi recomposed“ des Komponisten Max Richter auf, ehe das Freiluftkonzert mit einem großen Feuerwerk beendet wird.

Bei der eigentlichen Schlössernacht am 19. August finden vom späten Nachmittag bis gegen Mitternacht vielfältige Veranstaltungen statt. Vor dem Orangerieschloss gibt es das menschliche Riesenmobile einer französischen Theatergruppe; an den Weinbergterrassen ist ein poetisches Pferdeballett zu sehen; Sandmalereien finden am Neuen Palais statt sowie auf der dortigen Hauptbühne abwechselnd Jazz-, Beat- und Blasmusik; auf der Bühne von Antenne Brandenburg auf der Maulbeerallee treten der Berliner Kontrabassist Jasper Libuda mit Eigenkompositionen sowie das Duo L'Acoustics mit eigenen Arrangements aus den Bereichen Pop, Rock, Jazz und Soul auf. Im ganzen Park verteilt sind viele weitere Künstler zu erleben. Eintrittskarten gibt es für 57 Euro (Vorabendkonzert) und 47 Euro (Schlössernacht) im Internet unter www.reservix.de sowie an der Abendkasse. Programminformationen unter www.potsdamer-schloessernacht.de. *H. Tews*

»Zerschlagen, demaskieren, entlarven«

Volker Weiß warnt alarmistisch vor einer Neuen Rechten in Deutschland – Daniel-Pascal Zorn mahnt zu mehr Demokratie

Das Buch von Volker Weiß „Die autoritäre Revolte – Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“ ist ein weiteres Werk im „Kampf gegen Rechts“, den wir zurzeit verschärft im Hinblick auf die Bundestagswahl am 24. September erleben. Aktueller Anlass für diese Bücherflut ist der schon fast an Verzweiflung grenzende Versuch, den Einzug einer Oppositionspartei von rechts ins Berliner Bundesparlament zu verhindern. Denn, so die Logik in Umkehrung des Buch-Untertitels von Volker Weiß, zöge die AfD dort ein, „ginge wohl das Abendland unter“, zumindest aber die Bundesrepublik Deutschland.

Schon im Klappentext heißt es alarmistisch, dass der Autor mit kenntnisreichem Blick in die deutsche Geschichte die zentralen Mythen der Neuen Rechten „zerschlage“. Er „demaskiere“ deren antiliberale Phrasen, „entlarve“ die Dürftigkeit der neuen Bewegungen und rufe zum Kampf gegen deren „autoritäre Zumutungen“ auf. Bei so viel semantischer Kraftmeierei könnte der absurde Eindruck entstehen, Deutschland stünde kurz vor einem neuen 1933. Adolf ante portas, sozusagen.

Kommen wir zum Positiven der Neuerscheinung des Buchs von Weiß, weil die reale Welt der unterschiedlichen politischen Strömungen auch im Land der Dichter und Denker nicht nur in Schwarz-Weiß-Tönen gezeichnet werden sollten. Das Werk ist ein durchaus kenntnisreiches Buch über Geschichte und Entwicklung der politischen Rechten in Deutschland. Das Problem des Autors besteht nicht primär darin, dass er dies aus einer abgehobenen, linksintellektuellen Position heraus geschrieben hat – der Zeit-Autor Ijoma Mangold bescheinigt ihm sogar einen Ton der Betulichkeit, der selbst Betschwestern zum Wahnsinn treiben würde – sondern dass er sich geradezu „feindlagenfixiert“ auf die von ihm sogenannte „autoritäre Revolte“ auf über 300 Seiten oberlehrerhaft stürzt. Wovor er mit hochrotem Gesinnungs-Kopf warnt, macht die Sache mit der Neuen Rechten bei aufgeweckten Schülern erst richtig interessant.



Volker Weiß, „Die autoritäre Revolte . Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“, *Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 2017, gebunden, 304 Seiten, 20,60 Euro*

In neun Kapiteln leuchtet der Autor Herkunft und Bedeutung der Rechten im Nachkriegs-Deutschland (West) in ihren vielfältigen Erscheinungsformen aus, geht auf die tragende Rolle von Armin Mohler und seinem „Schüler“ Karlheinz Weißmann ein, nennt diverse personelle Verflechtungen im rechten Milieu und erwähnt bedeutende rechte Publikationen wie zum Beispiel „Criticon“, die „Junge Freiheit“ oder die „Blaue Narzisse“. Rückbezüge zur „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik finden beim Autor häufige Erwähnungen ebenso wie die engen Verbindungen der deutschen Neuen Rechten zum französischen Kopf der dortigen „Nouvelle droite“, zu Alain de Benoist.

Mit deutlichem Missbehagen registriert Weiß, dass die Rechten aus Fehlern der Vergangenheit gelernt hätten und heute „provokant und offensiv“ ihre Inhalte vorbrächten. Dabei analysiert er die aktuelle Erfolgsgeschichte der erst 2013 gegründeten Alternative für Deutschland (AfD) genauso, wie er auf die junge „Identitäre Bewegung“ (IB) eingeht. Letztere hätte durch ihren symbolpolitischen Aktionismus aufsehenerregende Erfolge errungen, die an manche Polit-Attitüden der 68er Bewegung erinnerten. So fielen die „Identitären“ in letzter Zeit durch eine Besetzung des Brandenburger Tores auf. Dort hissten sie ein Transparent mit der Parole „Sichere Grenzen – sichere Zukunft!“. Ein Aktionismus, der jedenfalls weit friedlicher ausfiel, als manche linksradikale Gewaltaktion, siehe Hamburg anlässlich des G20-Gipfels. Ablehnt werden nicht „Flüchtlinge“, sondern Regierende, die Rechtsbrüche zulassen.

Weiß interpretiert derartige Identitäts-Aktionen jedoch (bewusst?) falsch, wenn er schreibt, dass sie sich „gegen Flüchtlinge“ richteten. In den programmatischen Schriften von der IB und AfD steht anderes. Richtig ist vielmehr, dass sich die Ablehnung gegen die politisch Verantwortlichen richtet, die eine illegale Masseneinwanderung in Deutschland und Europa zuließen, die von der Mehrheit der Bevölkerung als unerwünscht betrachtet wird.

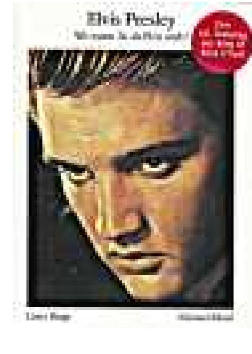
Dass die deutsche Bundeskanzlerin 2015 die ohnehin schon angespannten deutschen „multikulturellen Lage“ noch ein Millionenheer zusätzlicher Immigranten ins überfüllte Boot setzte, trug in Folge zur enormen Stärkung einer Oppositionsbewegung von rechts bei, was allerdings der Logik demokratischer Willensbildungsprozesse geschuldet und als verständlich zu verbuchen ist. Wie soll sich denn sonst legitime Opposition gegen offenkundige Fehlleistungen der Regierenden ausdrücken, wenn nicht durch Hinwendung zu „Alternativen“? Demokratische Logik: Die „Neue Rechte“ in den „herrschaftsfreien Dialog“ einbeziehen

Auf ein zweites, ebenfalls antipopulistisch ausgerichtetes Buch soll nur kurz eingegangen werden. Daniel-Pascal Zorn verfasste eine argumentativ schwerfällige „Logik für Demokraten“. Die Schrift erhebt den Anspruch auf Wege hinzuweisen, wie die sich in den letzten Jahren krisenhaft heruntergekommene deutsche Diskussionskultur mit stark verhärteten Fronten wieder zurück zu einem vernünftigen Diskurs-Niveau entwickeln könnte. Bravo, kann der Rezensent dem Autor da nur zurufen! Das ginge am besten, wenn man die führenden Vertreter der viel gescholtenen „Neuen Rechten“ in einen ergebnisoffenen Diskurs gleichberechtigt einbeziehen würde, was bislang kaum der Fall ist. Und es so zu einem rationalen Dialog mündiger Bürger mit den führenden Repräsentanten der unterschiedlichen politischen Strömungen käme, immerhin das Erziehungsideal der politischen Bildung in der alten Bundesrepublik Deutschland.

Daniel-Pascal Zorn, „Logik für Demokraten. Eine Anleitung“, *Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 2017, gebunden, 314 Seiten, 20,60 Euro*

Vor allem, wenn man sich seitens der Befürworter eines „herrschaftsfreien Dialogs“ (Jürgen Habermas) endgültig vom Diktum der Frankfurter Schule zurückziehen würde, die in der Person eines ihrer führenden Vertreters, Herbert Marcuse, schon frühzeitig die demokratiefeindliche Parole ausgab: „Vor allem gegenüber den Konservativen und der politischen Rechten muss Intoleranz auch gegenüber dem Denken, der Meinung und dem Wort geübt werden“.

Hilfreich zur Herstellung und Sicherung eines demokratischen Dialogs wäre auch eine Neuorientierung in der Chefredaktion beim sogenannten „Sturmgeschütz der Demokratie“, dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Dort sollten absurde Zensurübungen abgestellt werden, wie etwa die bücherverbrennungsähnliche Entfernung des lesenswerten Buches „Finis Germania“ von Rolf-Peter Sieferle aus der Spiegel-Bestseller-Liste, die dort auf Platz 6 der meistgekauften Sachbücher stand und eine Woche später plötzlich verschwunden war. Also: Es gibt viel zu tun bei der kommunikativen Neuausrichtung in einer „Logik für Demokraten“: Packen wir es an! *Bernd Kallina*



Erfolgreicher Elvis

Bilder zum 40. Todestag

Am 16. August vor 40 Jahren starb das legendäre Rock- und Sexidol Elvis Presley. Die Welt war erschüttert. An diesen Sommertag wird sich wahrscheinlich jeder erinnern können. Es ist wohl keine Übertreibung zu sagen, dass der Tod des Königs des Rock'n'Roll niemanden kaltgelassen hat.

So stellt auch der amerikanische Pop-Schriftsteller Lester Banks in seinem Nachruf, der dem Bildband des Schirmer/Mosel-Verlags vorangestellt ist, die Frage: „Wo waren Sie, als Elvis starb?“ In flapsig-flüssigem Stil geht er auf die späten Jahre des großen Stars ein, auf die Verehrung, die ihm immer noch zuteilwurde, obwohl er sein Publikum verachtete und seine Auftritte durch den übermäßigen Drogenmissbrauch peinlich wurden. Aber ebenso beschreibt Banks die große Faszination, die selbst vom alternden Elvis noch ausging, welche das Publikum zur Ekstase brachte.

Dem ungewöhnlichen Nachruf folgen Fotos aus den besten Jahren des „King of Rock'n'Roll“, die ihn in Filmrollen, Bühnenaufnahmen und Porträts zeigen. Allen Elvis-Fans hat der Verlag mit diesem Buch ein Geschenk gemacht. *Manuela Rosenthal-Kappi*

„Elvis Presley – Wo waren Sie, als Elvis starb“, *Schirmer/Mosel Verlag, München 2017 broschiert, 120 Seiten, 7,95 Euro*

Alle Planung hat Grenzen

Vorträge von Karlheinz Marquardt, die Entscheider beherzigen sollten



Der bekannte Landschaftsarchitekt sowie Landschafts- und Raumplaner Karlheinz Marquardt präsentiert zehn Vorträge um die Frage: Wie kann man unsere Natur- und Kulturlandschaft so offen und zielgerichtet planen, dass sie derzeitigen wie zukünftigen Anforderungen gerecht wird. Dies ist keine triviale sondern eine ganz elementare Frage, natürliche Veränderungsprozesse und menschliche Wünsche unter einen Hut zu bringen. Daher sollten alle kommunalen und regionalen Planungsträger diese Vorträge intensiv studieren.

Unser Wissen ist „wahrnehmungsbezogen“ und orientiere sich an der Wirklichkeit. Unsere Wünsche aber drehen sich um „virtuelle Welten“, die wir nicht kennen können. Alle Planung ist aber zukunftsbezogen. Wie können wir die Zukunft planen, wenn wir sie nicht kennen? Hierzu werden exemplarisch vier Vorträge angeboten, die sich mit regionalen Entwicklungsfragen befassen wie der „Ideenregion Europamitte“, welche die Länder Bayern, Böhmen, Sachsen und Thüringen umfasst. Die Aufgaben „ganzheitlicher Landschaftsgestaltung“ werden ebenso abgehandelt wie „planungstheoretische und planungspolitische Aspekte gemeindlicher Bauleitplanung“. Bei allem Optimismus werden auch die „Grenzen objektiver Grünplanung“ diskutiert.

Marquardt befasst sich auch mit „Wetter und Klima“. Seine Nüchternheit sollte alle „Klimaplaner“ ernüchtern. Er fragt „Wovor sollten wir das Wetter schützen?“ und kommt zum lapidaren Schluss: „Wir können das Wetter nicht schützen, sondern müssen uns vor dem Wetter schützen.“ Dies gilt ebenso für das Klima, denn das Klima ist eine statistisch vom Wetter abgeleitete Größe und kein „Naturvorgang“. Der „Klimawandel“ geschieht nicht, er ist eine Folge des ewigen „Wetterwandels“.

Planung stößt an absolute zeitliche Grenzen. Noch können wir das Wetter nicht zu unserem Vor- oder Nachteil beeinflussen. Wir sollten darüber froh sein, denn die Frage „Was wäre dann wohl das richtige Wetter an diesem oder jedem anderen Ort der Erde?“ lässt sich nicht demokratisch im Völkerkonsens lösen. Sie würde internationale Konflikte und Kriege ungeahnten Ausmaßes provozieren.

Der Autor stellt die Fragen: „Was lehrt das Klimakatastrophenmärchen?“ und „Wozu solche Märchen?“ Lesen Sie einfach, was er dazu sagt. Die Antwort befreit vor unnötigen Ängsten und dem Größenwahn, sich das Wetter untertan machen zu können. *W. Thüne*

Karlheinz Marquardt: „Naturschutz – Wahrnehmung – Nachhaltigkeit“, *Cuvillier Verlag, Göttingen 2017, broschiert, 131 Seiten, 39,90 Euro*

Jochen Klepper als Romancier

Der Autor von Gesangbuchliedern korrigiert in einem monumentalen Roman das Negativbild von Friedrich Wilhelm I.

Als Dichter geistlicher Lieder ist der Theologe und Schriftsteller Jochen Klepper (1903–1942, gestorben durch Selbstmord) in den evangelischen Gesangsbüchern nach Martin Luther und Paul Gerhardt am dritthäufigsten vertreten. Weniger bekannt ist er als Romancier.

Kleppers 1937 in zwei Bänden erschienener monumentaler Roman „Der Vater“ über den zweiten preußischen König Friedrich Wilhelm I. (1688–1740) gilt als sein Hauptwerk. Die neue Ausgabe des brillanten, mit Herzblut geschriebenen Romans umfasst 928 ziemlich eng bedruckte Seiten. Entlang einer fantasievoll ausgeschmückten Kette von Begebenheiten schilderte Klepper eindrucksvoll und ergriffen die Taten und das Leben eines unbestechlichen, tief religiösen Herrschers und seiner Familie vor dem Hintergrund europäischer Geschichte. Dem Kronprinzen Friedrich (1712–1786), dem späteren König Friedrich II., zollte er naturgemäß große Aufmerksamkeit, doch mit deutlich weniger Sympathie. Sämtliche Protagonisten bis hin zum verschlagenen Historiografen des Hofes hat Klepper meisterlich charakterisiert.

In seiner fiktiven Romanbiografie hielt sich Klepper eng an die überlieferten Tatsachen. Vor der Abfassung des Romans hatte er eingehend zeithistorische Dokumente gesichtet. Dabei war er auf den schwerwiegenden Irrtum der Geschichtsforschung gestoßen, Friedrich Wilhelm I. als Begründer eines gut ausgebildeten stehenden Heeres fälschlicherweise auch als Urheber des preußischen Militarismus eingestuft zu haben. Schon zu Lebzeiten scheint der Soldatenkönig von den meisten Menschen in seiner Umgebung verkannt oder beschwindelt worden zu sein, so jedenfalls stellt es der Autor dar. Vom Adel und von den Beamten wird der sparsame Herrscher verächtlich als „Plusmacher“ tituliert. Seine von ihm bedingungslos geliebte Gemahlin Sophie Dorothea (1687–1757), Tochter des späteren Königs Georg I. von Großbritannien, verfolgt beharrlich im Geheimen ihre ehrgeizigen englischen Heiratspläne für die beiden ältesten der acht Kinder, Wilhelmine und Friedrich. Zu diesem Zweck hat sie ein Komplott mit intriganten Mittelsmännern geschlossen. Nach vielen, für die gesamte Königsfamilie leidvollen Jahren scheitern diese Pläne kläglich.

Klepper zeichnet ein vom tradierten Negativ-Image Friedrich Wilhelms I. völlig abweichendes Bild. Dem Leser wird der Eindruck vermittelt, es gehöre zur Aufgabe des allwissenden Erzählers, die Geschehnisse ins rechte Licht zu rücken. Gleichsam als Beleg für seine Sicht auf den König fügte Klepper gelegentlich Auszüge historischer Dokumente in den Romantext ein. Wir erleben ihn als friedliebenden, treusorgenden Landesvater, als tüchtigen, vorausschauenden Reformer des aufstrebenden deutschen Teilstaates mit seinen weit ausgedehnten, meist offenen Grenzen. Damit legte er die Grundlagen für die spätere Macht und Größe Preußens. Auch Prinz Eugen von Savoyen lernt zuletzt noch vom „königlichen Obristen“: „Ein wohlausgerüstetes Heer von zweihunderttausend Mann ist die beste und einzige Bürgschaft des Friedens.“

Als Familienvater stellte der Autor den König differenzierter dar, vor allem im Hinblick auf das komplizierte Verhältnis zum ältesten Sohn. So neigt der Vater Friedrichs des Großen zu zwanghaftem Verhalten, manövriert sich immer wieder in Gewissensnöte, indem er bestimmte Bibelworte auf sich bezieht. Da Klepper in ihm einen weisen Herrscher von radikaler Frömmigkeit erkannt hatte, was mit seinem eigenen entschiedenen Glauben korrespondierte, identifizierte er sich offenbar stark mit seiner zentralen Romanfigur.

Zufällig trifft die Neuerscheinung des Romans zeitlich mit einer längst fälligen Neubewertung der historisch tradierten Einschätzung des Regierungswerks von Friedrich Wilhelms I. zusammen (siehe: Anke Wiebensohn, Tagungsbericht zu „Mehr als nur ‚Soldatenkönig‘. Neue Schlaglichter auf Lebenswelt und Regierungswerk Friedrich Wilhelms I.“, Fachtagung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz und der Historischen Kommmission zu Berlin e.V., 18/04/17). *Dagmar Jestrzemski*

Jochen Klepper: „Der Vater. Roman eines Königs“, *Neuausgabe, dtv, München 2017, broschiert, 928 Seiten, 17,90 Euro*

MELDUNGEN

905 von 280 000 Asylsuchern

Potsdam – Rund 280 000 Asylsucher kamen 2016 nach Deutschland. Nur 905 von ihnen waren tatsächlich berechtigt, hier Schutz zu suchen. Das geht aus Zahlen der Bundespolizei hervor. Die Immigranten wurden auf Flughäfen und in Seehäfen aufgegriffen. Sie reisten zweifelsfrei nicht über ein Drittland ein. Laut Grundgesetz und Dublin-Verordnung ist Deutschland ausschließlich in diesem Fall zwingend für sie zuständig. *FH*

EU bedroht KPM und Meißen

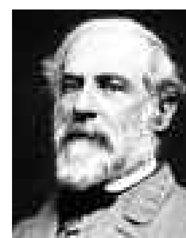
Brüssel – Ein Plan der EU-Generaldirektion Gesundheit bedroht die Existenz traditionsreicher Porzellan-Manufakturen wie KPM oder Meißen. Die Farben der Handbemalung enthalten geringe Mengen Schwermetall. Hierfür will die EU-Behörde laut „Spiegel“ Grenzwerte einführen, die sogar unter denen für Lebensmittel liegen. Dies könnte das Ende der jahrhundertealten Manufakturen bedeuten. *H.H.*

ZUR PERSON

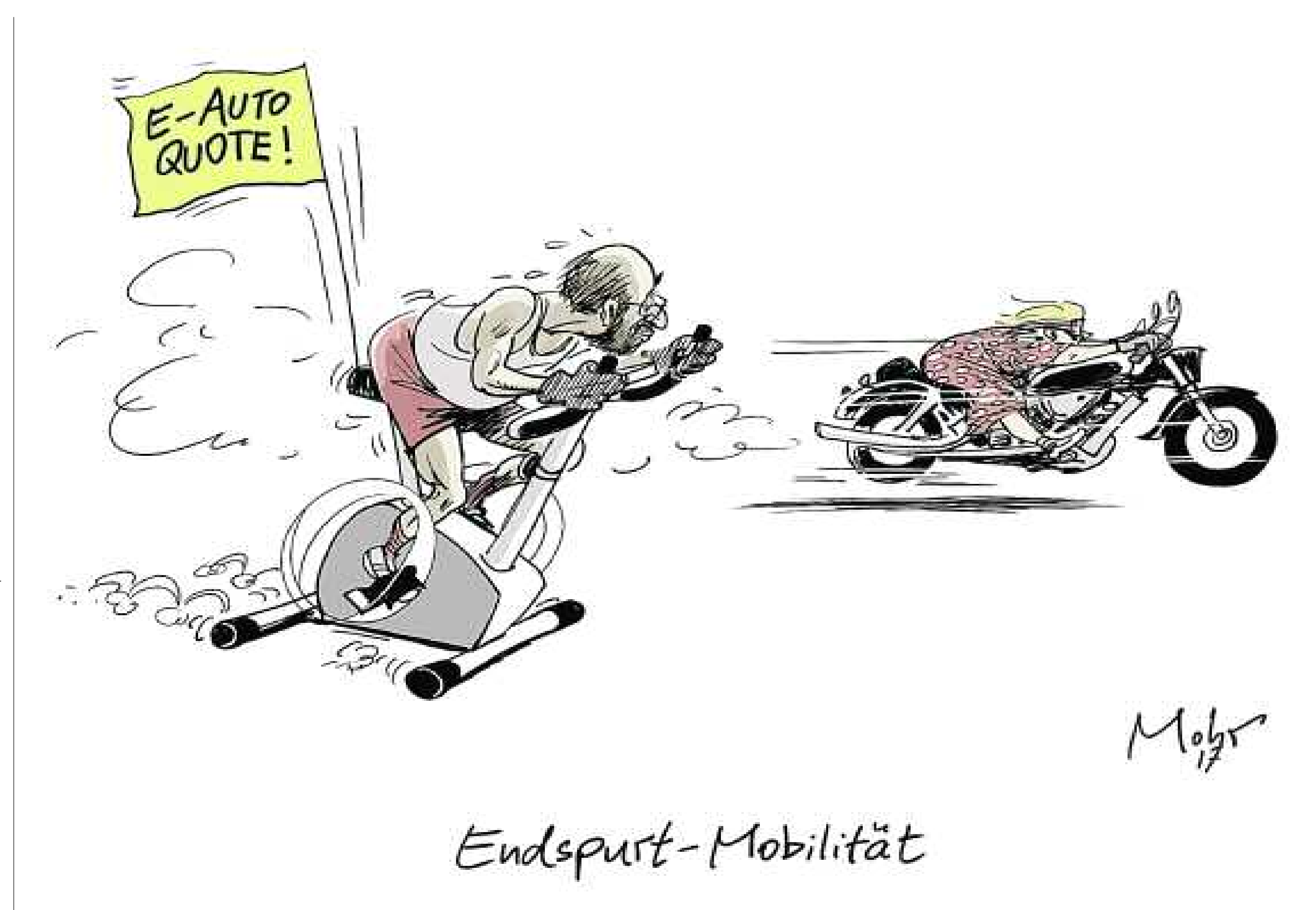
Good Bye, General Lee

Good Bye, Lenin!, hieß es in einem Film, als der russische Kommunistenführer in Berliner Nach-„Wende“-Zeiten vom Sockel gestürzt wurde. Der Bildersturz führte bei den Ostalgikern zu Tränen, bei den Kommunistenhassern jedoch zu Jubelausbrüchen. Noch gegensätzlichere Gefühlslagen trifft man im US-amerikanischen Charlottesville an, wo es jetzt heißen soll: „Good Bye, Lee!“

Der geplante Denkmalsturz des Südstaatengenerals **Robert E. Lee** (1807–1870) hat neben bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen ultrarechten und -linken Demonstranten auch zu einer Toten geführt. Die Frau, die nach der Fahrt eines jungen Mannes getötet wurde, ist so etwas wie ein posthumes Opfer jenes Sezessionskrieges, an dem Lee maßgeblich beteiligt war. Der General der konföderierten Armee, die im Amerikanischen Bürgerkrieg für den Austritt von elf Südsaaten aus der Union mit den Nordstaaten kämpfte, war in vielen Schlachten erfolgreich. Nur die entscheidende Schlacht bei Gettysburg verlor er. Nach einigen weiteren aussichtslosen Scharmützeln kapitulierte Lee am 9. April 1865. Der Bürgerkrieg war beendet.



Trotz der Niederlage wird Lee in den Südstaaten wie ein Held verehrt. Straßen und Plätze wurden nach ihm benannt – und Denkmäler errichtet. Da in den USA in der politischen Diskussion der Rassismus zum großen Thema geworden ist, wollen weichgespülte Politiker den Sklavenhalter Lee vom Sockel stürzen, obwohl er auch für die Union im Mexikanisch-Amerikanischen Krieg gekämpft hat. In New Orleans ist bereits im Mai eine große Statue des Generals entfernt worden. Damals ging es ohne viel Geschrei ab. Die Bürger von Charlottesville werden ihren Krieg gegen die historische Unvernunft sicher länger austragen. *H. Tews*



Endspurt-Mobilität

Logik eines Irrsinns

Warum Trump dasselbe tat wie Sanders, wieso das aber ganz anders gewertet wird, und wohin uns das wohl wieder führen könnte / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Der Blick in den Spiegel zeigt einem das eigene Antlitz zwar seitenverkehrt, aber dennoch recht unverblümt. Deshalb meiden manche Menschen diese Konfrontation lieber. In dem folgenden Fall ist den Protagonisten vom Spiegelblick in der Tat dringend abzuraten. Was sie dort präsentiert bekämen, wäre allzu beschämend.

Wir reden über all die Stimmen, die sich gar nicht mehr beruhigen wollen vor Empörung darüber, dass US-Präsident Donald Trump kurz nach der Bluttat von Charlottesville nicht sofort und ausschließlich rechtsextreme Gewalt verurteilt und am besten noch selbst eine Mitverantwortung dafür übernommen hat. Stattdessen hat er politisch motivierte Gewalt ganz allgemein verurteilt. Das sei inakzeptabel, heißt es.

Merkwürdig. Dieser Vorwurf schallt auffällig laut aus gerade jenen Kehlen, die nach jedem eindeutig islamisch motivierten Anschlag betont nichtssagend den „internationalen“ Terrorismus als Schuldigen identifiziert haben, um nur ja nicht den radikal-islamischen beim Namen zu nennen. Manche von denen kamen gar mit dem putzigen Hinweis, die Gefahr, im normalen Straßenverkehr umzukommen sei ja viel größer als die, Opfer eines islamisch motivierten Anschlags zu werden.

Stellen wir uns vor, was wohl losbräche, wenn jemand auch zur Bluttat in Charlottesville geschwafelt hätte: Die Wahrscheinlichkeit, dass das Opfer auf dem Weg zur Gegendemo überfahren worden wäre, sei doch viel höher gewesen als das Risiko, bei gewalttätigen Krawallen von einem Rechtsextremisten mit dessen Pkw getötet zu werden. Du liebe Zeit! Wer einen derart geschmacklosen Quatsch schreibt, den würde niemand mehr lesen. Und zwar zu Recht!

Aber eben nur dann, wenn er es von der „falschen“ politischen Seite aus tut. Von der anderen sind derlei übelriechende Relativierungen lange hingenommen worden.

Doch nun genauer zu Trumps Entgleisung: Der Präsident hatte sich in einer ersten Stellungnahme gegen den „unerhörten Ausbruch von Hass, Fanatismus und Gewalt“ gestellt und „Gewalt von vielen Seiten“ missbilligt. In die Stadt Charlottesville waren Rechte wie Linke mit Helmen, Schlagstöcken, Baseballschlägern und ähnlichem Kram gerollt. Auf Gewalt waren also tatsächlich „viele Seiten“ aus.

Das auszusprechen aber brandmarkt beispielsweise unser Justizminister Heiko Maas als „halbherziges Lavieren zu den rechtsextremen Gewaltausbrüchen“, das „fatal“ sei. Ein Großteil der Weltpresse sieht das ganz genauso, zudem hätten viele der rechten Demonstranten ihre Sympathie für Trump geäußert.

Stellen wir diesem Fall mal einen anderen gegenüber, und wir entdecken Verblüffendes: Nur acht Wochen vor Charlottesville schoss ein Mann namens James T. Hodgkinson gezielt auf eine Gruppe republikanischer Spitzenpolitiker. Dabei verletzte er den Führer der Republikaner im US-Repräsentantenhaus, Steve Scalise, so schwer, dass dieser in einen „kritischen Zustand“ fiel, wie berichtet wurde. Klingt wie „in Lebensgefahr“.

> Wo liegt bloß der Unterschied zwischen »Gewalt jeder Art« und »Gewalt von vielen Seiten«?

Hodgkinson, der nach einem Gefecht mit Sicherheitskräften seinen schweren Verletzungen erlag, war Unterstützer des Linksauslegers der Demokratischen Partei Bernie Sanders. Er hatte sich für Sanders im Wahlkampf 2016 lautstark engagiert.

Wie reagierte besagter Sanders auf die Gräueltat seines treuen Unterstützers? „Lassen Sie mich so klar sein wie ich kann: Gewalt jeder Art ist in unserer Gesellschaft unannehmbar, und ich verdamme diese Tat mit den stärkst möglichen Worten.“ Kein Wort zum linksextremen Hintergrund des Täters. Übrigens auch nicht von Trump, der wie Sanders jede ideologische Beurteilung des Verbrechens an Scalise unterließ.

Man möchte fast lachen, wenn die Angelegenheit nicht so blutig ernst wäre. Sanders sagte damals also genau das, was Trump im ersten Moment zu Charlottesville geäußert hatte. Doch die weltweite Reaktion verläuft vollkommen entgegengesetzt. Denn hat irgendjemand Sanders damals „fatales, halbherziges Lavieren“ vorgeworfen? Nichts dergleichen.

Wenn Sie sich jetzt nicht mehr zurechtfinden in diesem Gestrüpp von Doppelmoral und zweierlei Maß, darf ich Sie beruhigen: Wo Heuchelei zur Moral erklärt wird, verlieren Menschen wie Sie und ich schon mal den Überblick. Diese Schwäche sollten wir als Auszeichnung verbuchen.

Hodgkinson kam keineswegs aus dem Nichts. Vergangenen März schrieb er auf Facebook voller Hass: „Es ist Zeit, Trump & Co zu zerstören.“ Einen Menschen und seine „Konsorten“ zu „zerstören“ kann vieles bedeuten, unter anderem Mord. Die Tat vom Juni hatte also eine Vorgeschichte der Radikalisierung.

Jetzt können wir nur hoffen, dass Leute wie Hodgkinson und der Schuldige von Charlottesville nicht die berüchtigte „Spirale der Gewalt“ angeworfen haben, die beide Seiten zu immer brutaleren Taten verleitet.

Wie fängt so eine Spirale eigentlich an? Zunächst einmal spricht man den Andersdenkenden die gleichen Rechte ab. Dann stoppt, stört, blockiert und am besten verhindert man ihre Veranstaltungen und öffentlichen Auftritte. Schließlich übt man Druck auf mögliche Anhänger und Interessenten aus, sich vom politischen Gegner zu distanzieren.

Dann muss man nur warten, bis sich die Angegriffenen zur Wehr setzen, und schon setzt sich die „Spirale“ in Bewegung. Wenn die sich zu drehen anfängt, setzt jede Seite der Reaktion der anderen noch einen drauf, die Spirale dreht sich höher und höher, bis eines Tages etwas Schreckliches geschieht.

In Deutschland nennen sich die Spiralendreher derzeit „Aufstehen gegen Rassismus“. Der Name dient bloß der Verteufelung des anvisierten Feindes, der AfD. Bei den „Aufstehern“ tummelt sich ein buntes Häufchen aus SPD-, DKP- und Grünen-Landesverbänden, aus Linkspartei-Politikern und der linksradikalen „Interventionistischen Linken“, der „Antifa“ bis hin zu SPD-Größen wie Manuela Schwesig, Katarina Barley und Ralf Stegner sowie Verdi-Chef Frank Bsirske, Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter oder Aiman Mazyek vom „Zentralrat der Muslime“.

In einer Handreichung für Aktivisten raten die „Aufsteher“ von jeder Diskussion mit AfD-Leuten dringend ab. Stattdessen solle man stolz darauf sein, die AfDler zu „Opfern“ zu machen, nämlich durch „stören, protestieren oder blockieren“, durch Druck auf Wirte, keine Räume an die AfD zu vermieten, oder indem man die Infostände der Partei umstellt, sodass keiner mehr herankommt, oder dadurch, dass man Veranstaltungen von innen so laut stört wie möglich.

So hat es immer angefangen mit dem Ende einer Demokratie: Nicht harmlos, aber noch nicht grunderschütternd. Doch so läuft die Spirale an und dreht sich nach und nach weiter hoch, bis alles in Trümmer fällt. Natürlich sind es nie die eigenen Gesinnungsgenossen gewesen. Laut SPD-Stegner waren die linken G20-Krawalle in Hamburg auch gar nicht links, sondern sozusagen politisch herkunftsfreie Gewalt, sonst nichts. Überflüssig zu erwähnen, was Stegner Trump vorhält, nämlich: „Trump distanziert sich zu spät und auf Druck eher unglaubwürdig von Nazis.“

Auch die Propagandisten von „Aufstehen gegen Rassismus“ posaunen: „Von uns geht keine Gewalt aus.“ Klar: Denn linke Gewalt ist ja keine Gewalt, sondern „Widerstand“, oder sie ist eben nicht links. Die Logik solcher Typen lautet im Grunde: Wir dürfen gewalttätig sein, weil wir uns von Natur aus nach Frieden sehnen, aber die Andersdenken dürfen sich nicht einmal friedlich artikulieren, weil sie von Natur aus böse und gewalttätig sind.

Sie haben es gewiss erkannt: Das ist die Logik exakt jenes Irrsinns, der im 20. Jahrhundert dieses Land erst in die braune und danach jeden vierten von uns in die rote Tyrannei gestürzt hat.

MEINUNGEN

Der Hannoveraner Kfz-Meister ***Martin Többen*** *klagt in der „Bild“-Zeitung (11. August) über das* ***sinkende Niveau*** *der Lehrlings-****Bewerber****:*

„Bewerbungen strotzen vor Fehlern, im Vorstellungsgespräch können selbst einfachste Rechenaufgaben nicht gelöst werden, die Rechtschreibung ist dramatisch. Die Aufgaben in der Werkstatt werden immer komplexer, gleichzeitig muss ich die Anforderungen runterschrauben!“

Josef Kraus *greift in „Tichys Einblick“ (13. August) die bewusst* ***verdrängte Erinnerung*** *an den* ***kommunistischen Unrechtsstaat*** *auf:*

„Eigenartig! Während sich der Widerstand gegen ein Vergessen der Gräuel des Nationalsozialismus mit der zeitlichen Entfernung vom ‚Tausendjährigen Reich‘ immer engagierter formiert, rankt sich mit zunehmendem Abstand vom Bau des ‚antifaschistischen Schutzwalls‘ immer mehr Legendenbildung um die DDR. Wahrscheinlich haben viele DDR-Nostalgiker ihr ‚68‘ und die Fragen der Jungen (‚Was habt ihr in der DDR gemacht‘) noch vor sich. Es ist fast zu wünschen.“

Michael Klonovsky *sieht in seinen „Acta Diurna“ (13. August) das sozialistische* ***Grenzregime wieder auferstehen****:*

„Da der ganze Sozialstaat hier nur von ein paar Millionen klugen Köpfen und fleißigen Buckelkrummachern zusammengehalten wird, schlägt gerade die Auswanderung der Begabten ins Kontor; irgendwann muss man anfangen, ihre Ausreise zu erschweren, Immobilien zwangszubesteuern und im Zweifelsfall (‚mangelnde Solidarität mit sozial Benachteiligten‘) zu enteignen. Vorher werden sie das Bargeld abgeschafft haben, und wer auch immer hinaus will, muss einen Teil seines Barvermögens zurücklassen. So in etwa stelle ich mir das vor, der ich aus der DDR, also aus der Zukunft komme.“

Der in Syrien geborene Schriftsteller ***Ali Ahmed Said Esber*** *(„Adonis“) kritisiert in der „Jungen Freiheit“ (11. August) den* ***Verlust an Meinungsfreiheit*** *in Europa:*

„Die Öffentlichkeit ist zensiert; wenn nicht durch den Staat, dann durch Zeitungen, Zeitschriften, und das Denken der Menschen selbst. Die soziale Zensur ist schlimmer als die politische. In jedem von uns befindet sich derzeit eine Art ‚Polizist‘, der über ‚akzeptabel‘ und ‚inakzeptabel‘ entscheidet, und genau das ist das Entsetzliche: von innen heraus zensiert zu werden.“

Dass ***Top-Manager*** *ebenso* ***„globalisiert“*** *seien, wie es von den Arbeitnehmern stets erwartet wird,* ***stimmt nicht****, enthüllt Elitenforscher* ***Michael Hartmann*** *in „Wirtschaftswoche online“ (15. August):*

„An dem Argument, dass die Vorstandsgehälter so hoch sein müssen, weil die Topmanager sonst ins Ausland gehen, ist fast gar nichts dran. Schauen wir uns an, wie viele Deutsche im Ausland Großunternehmen leiten: Das sind ganz wenige Einzelfälle, gut eine Handvoll. Von den Top-300-Unternehmen der USA wird derzeit keines von einem Deutschen geführt, unter allen 4000 börsennotierten US-Unternehmen etwa ein halbes Dutzend. Verschwindend.“